

Preussische Allgemeine



Nr. 48 · 2. Dezember 2022

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €



Der ambitionierte Wüstenstaat

Seit Jahren baut das Emirat Katar seinen Einfluss in der Welt aus. Aktueller Beleg ist die Fußball-WM. Über einen Staat mit großen strategischen Ambitionen **Seiten 2**



Edith Stein Jüdische Preußin und katholische Märtyrerin **Seite 3**



Debakel Der Goldraub von Manching ist eine Blamage mit Ansage **Seiten 9 und 10**

AUFGEFALLEN

Thüringens fragwürdige Staatssekretäre

Hat die rot-rot-grüne Landesregierung des Freistaats Thüringen mehrere Staatssekretäre rechtswidrig ernannt? Das zumindest geht aus einem Bericht des Landesrechnungshofs hervor, aus dem der „Spiegel“ zitiert.

Dem Bericht zufolge hatte lediglich einer von acht durch den Rechnungshof überprüften Staatssekretären die nötige Qualifikation für das Amt. In zwei weiteren Fällen sei die Ernennung zumindest nachvollziehbar. Die übrigen fünf Beamten hätten zum Zeitpunkt ihrer Ernennung nicht ernannt werden dürfen, heißt es demnach im Bericht, der bereits im Februar 2022 erstellt worden war.

Die Erfurter Staatskanzlei wies den erhobenen Vorwurf zurück. In einer Stellungnahme auf ihrer Internetseite sagt sie, dass es sich in der Sache um einen laufenden Prüfungsvorgang des Rechnungshofs handele, der noch nicht abgeschlossen sei.

Die Opposition im Landtag sieht sich jedoch in ihrer seit Langem geäußerten Kritik an der Einstellungspraxis der Landesregierung bestätigt. Thomas Kemmerich (FDP) forderte personelle Konsequenzen sowie ein „schonungsloses Offenlegen des vollständigen Berichts“. Die CDU erklärte, dem Steuerzahler sei durch die Einstellung ungeeigneter Staatssekretäre vermutlich ein erheblicher Schaden entstanden. Und die AfD sieht in der Einstellungspraxis einen weiteren Beleg dafür, dass Führungspositionen nach politischer Loyalität statt nach Eignung und Befähigung vergeben würden. *neh*

GESELLSCHAFT

Integration ist keine Frage der Staatsbürgerschaft

Mit ihrer Begründung für die vereinfachte Einbürgerung von Zuwanderern ignoriert Innenministerin Faeser aktuelle Fakten und historische Erfahrungen

VON RENÉ NEHRING

Bundesinnenministerin Nancy Faeser will die Einbürgerung in Deutschland vereinfachen. Die Pläne sehen vor, hier geborenen Kindern ausländischer Eltern automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit zu geben, falls ein Elternteil seit fünf Jahren „seiner rechtmäßigen gewöhnlichen Aufenthalt“ in Deutschland hat, und die für eine Einbürgerung von Erwachsenen erforderliche Aufenthaltsdauer von acht auf fünf Jahre zu verkürzen. Zugleich solle die Verpflichtung wegfallen, bei der Einbürgerung auf die bisherige Staatsangehörigkeit zu verzichten. Für Einwanderer über 67 Jahre sollen zudem die bislang erforderlichen Sprachnachweise und der Wissenstest über Deutschland entfallen.

Die Kritik an den Plänen kam prompt. So sagte CDU-Generalsekretär Mario Czaja der Funke-Mediengruppe: „Die Staatsangehörigkeit ist kein Artikel, den es beim Black Friday im Sonderangebot gibt.“ AfD-Chef Chrupalla erklärte: „Die SPD fördert die Einwanderung, ohne zu prüfen, ob sie für unser Land nötig und nützlich ist. Das Leitbild der Einwanderungsgesellschaft überstrapaziert die Solidargemeinschaft.“ Und für den Regierungspartner FDP erklärte der Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Christian Dürr, dass die Integrationsbestrebungen bislang die falschen Ansätze setzen: „Wir hatten vor allen Din-

gen leider Migration in die sozialen Sicherungssysteme, aber wir brauchen händelnde Arbeitskräfte.“

Faeser selbst erläuterte im „Tagesspiegel“ ihre Beweggründe. „Viele Menschen mit Einwanderungsgeschichte“, so die Ministerin, „fühlen sich als Deutsche, wollen aber den Bezug zu ihrem Herkunftsland nicht komplett kappen. Ihre Identität hat mehr als eine einzige Zugehörigkeit. Und ihre persönliche Geschichte ist oft eng mit der bisherigen Staatsangehörigkeit verknüpft. Deshalb ist es falsch, Menschen dazu zu zwingen, ihre alte Staatsangehörigkeit aufzugeben, wenn sie die deutsche Staatsbürgerschaft beantragen wollen.“

Keine Frage des Passes

Den Erwerb eines deutschen Passes sieht Faeser als „ein starkes Bekenntnis zu Deutschland. Denn wer Deutsche oder Deutscher werden will, sagt Ja zum Leben in einer freiheitlichen Gesellschaft, zur Achtung des Grundgesetzes, zur Rechtsstaatlichkeit und zur Gleichberechtigung von Mann und Frau – Ja zu elementaren Grundlagen unseres Zusammenlebens.“

Damit freilich zeigt die Ministerin entweder eine große Naivität – oder eine Ignoranz gegenüber den Fakten. Denn seit Jahren zeigen Statistiken und prominente Fallbeispiele, dass Integration gerade keine Frage der Staatsangehörigkeit ist. Erinnert sei hier an das Entsetzen der deutschen Öffentlichkeit, als im Sommer 2018

die Fußballer Mesut Özil und Ilkay Gündoğan mit Recep Tayyip Erdoğan posierten und diesen als „ihren Präsidenten“ bezeichneten. Und gerade erst randalierten hunderte Marokkaner nach dem Sieg ihres Heimatlandes gegen Belgien bei der Fußballweltmeisterschaft in der belgischen Hauptstadt sowie in anderen Städten des Königreichs. Die meisten von ihnen aufgewachsen in eben jenem Belgien, gegen das sie nun zu Felde zogen.

Deutschland kennt Zuwanderung nicht erst seit der Zeit der Wirtschaftswunder-Gastarbeiter. Schon das Edikt von Potsdam des Großen Kurfürsten im Jahre 1685 ermöglichte es Flüchtlingen, hierzulande eine neue Heimat zu finden. Auch seine Nachfolger an der Spitze des preussischen Staates förderten die Zuwanderung. Aber sie hatten eine Bedingung: die Akzeptanz der geltenden Rechts- und Gesellschaftsordnung. In wenigen Generationen wurden so aus Hugenotten, Juden und Salzburger Protestanten überzeugte Preußen – ohne dass diese ihre überlieferte Identität aufgeben mussten.

Wer heute eine tatsächliche Integration der hier lebenden Migranten will, sollte sich daran orientieren. Die anforderungslose Vergabe der Staatsbürgerschaft fördert gerade nicht das „Ankommen“ in der deutschen Gesellschaft, sondern vielmehr den weiteren Zerfall in unzählige Parallelgesellschaften, in denen sich immer weniger dem Gesamtstaat verpflichtet fühlen.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Kasachstan droht die Einkeilung zwischen China, Russland und dem Westen **Seite 7**

Geschichte

Vor 100 Jahren wurde der Süden Irlands unabhängig von Großbritannien **Seite 11**

Das Ostpreußenblatt

Das Königsberger Gebiet wird bei Russen immer beliebter **Seite 13**

Lebensstil

Himmelsboten aus dem Erzgebirge als weltweiter Exportschlager **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Katar Die Wüstensöhne sind steinreich. Entsprechend groß ist ihr wirtschaftlicher Einfluss – nicht zuletzt auf Deutschland. Soldaten und Waffen stammen aus aller Herren Länder, und Umweltschutz spielt keine Rolle

Am längeren Hebel

Katar ist weniger abhängig von Deutschland als umgekehrt

VON WOLFGANG KAUFMANN

Das am Persischen Golf gelegene Emirat Katar, das nur etwa dreimal so groß ist wie Berlin und momentan die Fußball-Weltmeisterschaft ausrichtet, nimmt derzeit Platz 4 in der Liste der reichsten Länder der Welt ein. Von diesem Reichtum profitieren nicht nur die Mitglieder des regierenden Al-Thani-Clans, sondern auch die übrigen 270.000 Staatsbürger Katars. So müssen diese beispielsweise keinen einzigen Dirham für Strom und Wasser bezahlen. Darüber hinaus kommen sie in den Genuss eines hervorragenden Sozialsystems für Einheimische.

Der Wohlstand der islamischen Erbmonarchie speist sich in allererster Linie aus Katars riesigen Erdöl- und Erdgasvorkommen. Fachleute schätzen den Anteil Katars an den weltweiten Erdgasreserven auf 15 Prozent. Damit rangiert der Kleinstaat gleich nach Russland und dem Iran auf Platz 3. Allerdings werden die Bodenschätze Katars irgendwann versiegen und damit auch die hieraus resultierenden Geldströme aus dem Ausland. Deswegen ist die Herrscherfamilie schon seit einiger Zeit bemüht, alternative Finanzquellen zu erschließen.

Investor in Deutschland

Eine Schlüsselrolle spielt hierbei der 2005 ins Leben gerufene Staatsfonds Qatar Investment Authority (QIA). Mit seinem Vermögen von rund 450 Milliarden US-Dollar gilt er inzwischen als größter Staatsfonds der Welt. Rund um den Globus investiert er in zukunftsträchtige Branchen beziehungsweise Unternehmen. Dazu gehören auch große bundesdeutsche DAX-Konzerne und sonstige Branchenschwergewichte. So hält die zur QIA gehörende Qatar Holding LLC seit 2009 17 Prozent der Stammaktien des Autobauers Volkswagen. Das macht sie zum drittgrößten Investor bei VW nach der Porsche Automobil Holding und dem Land Niedersachsen. Bei der kürzlichen Veräußerung von Vorzugsaktien der Dr. Ing. h.c. F. Porsche AG sicherten sich die Katarer 23 Millionen davon. Dadurch sind sie mit fünf Prozent auch an dem deutschen Sportwagenhersteller beteiligt.

Ebenfalls auf der Einkaufsliste der QIA standen Aktien des zeitweise zweitgrößten Energieversorgungsunternehmens der Bundesrepublik RWE mit Sitz in Essen, des Münchener Industriekonzerns Siemens, des Hamburger Transport- und Logistikkriesen Hapag-Lloyd, des Tübinger Impfstoffherstellers CureVac und des Münchener Spezialisten für datengetriebene Prozessoptimierung Celonis. Hier bewegen sich die Anteile im Bereich zwischen drei und über zwölf Prozent. Damit ist die QIA nun der größte Aktionär von RWE und der viertgrößte Investor bei Siemens. Die Familie Siemens besitzt nur doppelt so viele Aktien des nach Werner von Siemens benannten Großunternehmens.

Und dann wäre da noch die Beteiligung an der Deutschen Bank. Katars früherer Emir Hamad bin Khalifa Al Thani und sein Cousin, der ehemalige Premierminister Hamad bin Dschassim bin Dschaber Al Thani, halten über die In-

vestmentfirmen Supreme Universal Holdings und Paramount Services Holdings offiziell 6,1 und de facto möglicherweise sogar zehn Prozent der Anteile an Deutschlands größtem Geldinstitut.

Importeur deutscher Waren

Ansonsten spiegeln sich die engen wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen der Bundesrepublik und des wegen der dortigen Menschenrechtssituation immer wieder heftig gescholtenen Golfemirats auch in den Handelsbeziehungen. Abgesehen von den USA und der Volksrepublik China importiert Katar aus keinem Land so viel wie aus Deutschland. Auch deutsche Unternehmen erhielten Großaufträge im Rahmen der Umsetzung des Infrastruktur-Entwicklungsprogramms Qatar National Vision 2030. So baut die DB International, eine Tochter der Deutschen Bahn AG, nun ein 650 Kilometer langes Schienenverkehrsnetz in dem Wüstenstaat. Es besteht aus Schnellfahr-

strecken zwischen dem Flughafen von Doha und dem Nachbarland Bahrain sowie einer Anbindung an das Gleissystem von Saudi-Arabien. Dazu kommen S- und U-Bahn-Linien im Ballungsraum um die katarische Hauptstadt.

Bei der Ausgestaltung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen dürfte das autoritäre Regime in Katar mittlerweile am längeren Hebel sitzen. Denn es kann seine Rohstoffexporte, Importe aller Art und Aufträge für Infrastrukturpakete je nach wirtschaftlicher oder politischer Opportunität diversifizieren, ist also nicht auf die Bundesrepublik angewiesen. Umgekehrt beeinflusst Katar durch seine strategischen Beteiligungen inzwischen das Schicksal mehrerer großer deutscher Konzerne, beispielsweise durch das Abstimmungsverhalten des QIA-Vertreters Mansoor Bin Ebrahim Al-Mahmoud und der Beauftragten der katarischen Trio Investmentgesellschaft Hessa al Jaber im Aufsichtsrat von Volkswagen.



Sagt mehr als tausend Worte über das Abhängigkeitsverhältnis zwischen Katar und Deutschland: Bückling des Bundeswirtschaftsministers Robert Habeck vor seinem katarischen Amtskollegen Scheich Mohammed bin Hamad bin Kasim al-Abdullah Al Thani

QATAR ARMED FORCES

Kleines Land mit einer wachsenden Armee

Während das Emirat seit Jahren Rohstoffe exportiert, importiert es Personal und Ausrüstung für den Ausbau seiner Streitkräfte

Aufgrund der zunehmenden Spannungen mit seinen Nachbarn, die ihm vorwerfen, terroristische Gruppierungen in der Region zu unterstützen, hat Katar in den vergangenen Jahren massiv aufgerüstet. Dafür wendete der Golfstaat nach Schätzungen des US-Auslandsgeheimdienstes CIA rund vier Prozent seines Bruttoinlandsprodukts beziehungsweise sechs Milliarden US-Dollar pro Jahr auf. Das Geld floss vor allem in Waffenimporte, deren Volumen sich in letzter Zeit verfünffachte. Mittlerweile nimmt Katar den Platz 8 in der Rangliste der weltgrößten Waffenimporteure ein.

Die Streitkräfte Katars bestehen aus 12.000 Mann Heer, 2500 Mann Marine

und 2000 Mann Luftwaffe. Nur rund ein Drittel der Soldaten sind Einheimische, der Rest sind Söldner aus rund 20 anderen Staaten.

Panzer, Haubitzen, Flugzeuge

Zu den Landstreitkräften gehören vor allem Infanterie-, Artillerie- und Panzerverbände. Insgesamt verfügt das katarische Heer über 62 Kampfpanzer, 70 Schützenpanzer, neun Berge- und Pionierpanzer, 60 Spähfahrzeuge, mehr als 400 gepanzerte Mannschaftstransporter, 36 Haubitzen und sechs Raketenwerfer. Außer aus den USA, Frankreich, Großbritannien, der Türkei, Brasilien, China und Südafrika kommen viele Waffen auch aus

Deutschland, seit 2009 die damalige Große Koalition Rüstungsexporten nach Katar grundsätzlich zugestimmt hat. So sind jetzt sämtliche 62 Kampfpanzer des Emirats Leopard 2A7+ von Krauss-Maffei Wegmann (KMW). Dazu kommen 32 Panzerspähwagen Fennek, 14 Allschutz-Transport-Fahrzeuge (ATD) Dingo, sechs Bergepanzer Wisent-2 und 24 selbstfahrende Panzerhaubitzen 2000 aus deutscher Produktion.

Die Marine Katars, die in Doha und auf der Insel Halul Stützpunkte besitzt, kann momentan vier britische, drei französische und zwei italienische Schnellboote sowie vier Landungsschiffe, sechs Patrouillenboote und zwei Schulschiffe

Katar ist der weltweit achtgrößte Waffenimporteur. Nur rund ein Drittel der Soldaten sind Einheimische, der Rest sind Söldner aus rund 20 anderen Staaten

türkischer Herkunft aufbieten. Außerdem erwartet das Emirat die Lieferung von vier Korvetten der Al-Zubarah-Klasse aus Italien, die bis zum Jahr 2024 erfolgen soll.

Und die Qatar Emiri Air Force führt 47 Kampfflugzeuge, darunter auch die zweistrahlige deutsch-französische Gemeinschaftsproduktion Alpha Jet, zwölf Transportflugzeuge, 37 Schulflugzeuge, sechs unbemannte Drohnen, 74 Hubschrauber und eine Vielzahl von Flugabwehrsystemen in ihrem Bestand. Darüber hinaus hat Katar noch weitere 64 Mehrzweckkampfflugzeuge der Typen Boeing F-15A „Strike Eagle“, Dassault Rafale und Eurofighter bestellt. W.K.

UMWELTSÜNDEN

Die WM macht es noch schlimmer

Das reiche islamische Emirat Katar, mit dem die Bundesrepublik diesen Mai eine „Energiepartnerschaft“ geschlossen hat, zählt zu den bedenkenlosesten Umweltverschmutzern des Globus. Der Wüstenstaat ist das Land mit dem höchsten Kohlendioxidausstoß pro Kopf.

Auch beim Wasserverbrauch rangieren die Katarer mit an der Spitze. Während sich ein Bundesbürger mit 128 Litern Trinkwasser pro Tag begnügt, verbraucht jeder der 2,7 Millionen Einwohner Katars 557 Liter. Deswegen sind zwölf Meerwasserentsalzungsanlagen nötig, die schädliche Chloride und Schwermetalle in den Ozean einleiten.

Die erforderliche Elektroenergie wie überhaupt der Strom in Katar stammt zu 99 Prozent aus Kraftwerken, die mit billigen, weil im eigenen Land geförderten fossilen Brennstoffen laufen. Dabei wäre in dem warmen Golfstaat viel Platz für Solarstromanlagen. Aber davon gibt es erst eine einzige. Sie wurde am 18. Oktober im Vorfeld der Fußball-Weltmeisterschaft eingeweiht.

Die WM verschlimmert die ökologische Situation in Katar noch weiter, auch wenn die Regierung des Emirats und die Fédération Internationale de Football Association (FIFA) von einer „Zero Impact WM“ phantasieren, bei der sämtliche Kohlendioxidemissionen kompensiert werden. Das Märchen von der „klimaneutralen“ Weltmeisterschaft basiert auf dem Trick, den Kohlendioxidausstoß beim Bau der Sportanlagen über deren mutmaßliche Lebensdauer zu verteilen, die man mit 60 Jahren zudem noch sehr großzügig ansetzt.

Die acht Stadien, von denen sechs komplette Neubauten sind, verschandeln die Umwelt aufs Größte. Sie beanspruchen mitsamt der nötigen peripheren Anlagen und gigantischen Parkplätze für die erhofften Besuchermassen eine Fläche von insgesamt 1140 Fußballfeldern. Das heißt, es wurden über acht Millionen Quadratmeter bislang unberührter Fläche in der Wüste zubetoniert und zuasphaltiert. W.K.

Jüdische Preußin, katholische Märtyrerin

Vor rund achtzig Jahren wurde die Philosophin und Ordensschwester Edith Stein ermordet. Eine besondere Verbindung hatte sie stets zu ihrer Heimatstadt Breslau – und zu dem liberalen Preußen, das ihren Vorfahren einst die Freiheit gab

VON KLAUS-RÜDIGER MAI

Im Sommer 1933 reiste die Philosophin Edith Stein mit dem Nachtzug zum Besuch in ihre Heimatstadt Breslau. Dass es der schwierigste Besuch ihrer 83-jährigen Mutter werden würde, weil keiner danach mehr stattfinden konnte, wusste sie.

Die Nationalsozialisten waren am 30. Januar an die Macht gekommen und gebrauchten diese seitdem mit äußerster Brutalität. Mit allen Repressionsmitteln des Staates und ihren Schlägertrupps jagten die Nationalsozialisten nun gnadenlos die politische Konkurrenz und alle, die sich der braunen Zukunft entgegenzustellen wagten. Und immer grausamer die Juden. Mit dem Ermächtigungsgesetz wurde die Grundlage dafür gelegt, Unrecht in Recht zu wandeln und den Terror gegen alles andere zu legalisieren.

Die Diskriminierung, die Drangsalierung, der Terror gegen die Juden wurde mit dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ und den ersten Boykotten jüdischer Geschäfte im April 1933 eröffnet. Edith Stein, die von dem Gesetz insofern betroffen war, als sie als Dozentin am Deutschen Institut für wissenschaftliche Pädagogik in Münster nicht mehr lehren durfte, schrieb am 5. April 1933 in einem Brief an die Freundin Hedwig Conrad-Martius die bedrückenden Worte: „Meine Lieben in Breslau sind natürlich sehr erregt und bedrückt. An unserem Geschäft macht es leider seit langem keinen Unterschied, ob es geöffnet ist oder nicht. Auch mein Schwager erwartet täglich seine Entlassung (Oberarzt an der Universitäts-hautklinik). Kuznitzky hat seine Stellung als Chef der Hautstation eines städtischen Krankenhauses bereits verloren. Jeder Brief enthält neue schlimme Nachrichten.“

Privater Rückzug in dunkler Zeit

Edith Stein, die 1922 in den Katholizismus konvertiert war, hatte zwei Ziele. Zum einen wollte sie ihre Mutter nach der Geschichte ihrer Familie befragen, denn sie plante ein Buch über das Alltagsleben jüdischer Familien in Deutschland, um gegen die Hetze der Nationalsozialisten, die perfide Zerrbilder von den Juden propagierten, die Welt der preußischen Juden zu setzen, die genauso sehr Preußen wie Deutsche wie Juden waren. Bereits Jahre zuvor hatte ein Ordensmann Edith Stein dazu aufgefordert, aufzuschreiben, was sie als „Kind einer jüdischen Familie an jüdischem Menschentum kennengelernt“ hatte, weil „Außenstehende so wenig über diese Tatsachen wüssten“. Stein hatte diese Anregung zwar positiv aufgenommen, aber es gab immer Wichtigeres zu tun, als sich einem so privaten Projekt zu widmen.

Doch nun hatten die neuen Machthaber in ihrem Bestreben, alles und jeden gleichzuschalten, begonnen, in das privateste Refugium des Einzelnen mit grellem Scheinwerfer hineinzuleuchten, weil sie wussten, dass eben das Private das Residuum und der Quell der Freiheit ist. Die totale Indoktrination begann bei der Jugend, deshalb blickte Edith Stein in ihrem Vorwort besonders auf sie, die „heute von frühester Kindheit an im Rassenhass erzogen“ und von jeder Information über die Wirklichkeit jüdischen Lebens „abgeschnitten“ wurde.

Die zweite Aufgabe, die in den Tagen ihres Besuchs in Breslau vor ihr stand, zeigte sich als ungleich schwieriger. Sie musste ihrer Mutter, einer streng gläubigen Jüdin, mitteilen, dass sie sich dazu entschlossen hatte, Karmelitin zu werden und in den Kölner Karmel einzutreten. Die Entscheidung für diesen Orden bedeutete den endgültigen Abschied von ihrer Familie. Edith Stein würde mit ihrem Beschluss nicht mit der Tür ins Haus fallen, darin war sie sich sicher. Die 83-jährige Frau litt ohnehin schon unter dem Zusam-



Suchende in einer Zeit des Schreckens: Edith Stein 1938

Foto: imago/United Archives International

menbruch von all dem, was ihr Leben ausmachte: unter dem Untergang bürgerlichen Lebens, den Demütigungen, den Herabsetzungen, dem Verlust von allem, was für sie in dem Wort „Preußen“ zusammengefasst war. Bei allem, was sie in ihrem langen Leben erlebt hatte, ging es ihr nicht in den Sinn, dass es „so schlechte Menschen geben könne“.

Edith Stein wollte, um sich ihrer Mutter zu offenbaren, eine günstige Situation abpassen. Doch zuvor würde sie das Projekt verfolgen, das angesichts der politischen Umstände für sie an Bedeutung gewann. Die Autobiografie beginnt mit einem in seiner Einfachheit und Offenheit genialen Satz: „Der Vater meiner Mutter, Salomon Courant, ist im Jahr 1815 geboren.“ Drei Jahre zuvor, 1812, war den Juden in Preußen als Teil der Stein-Hardenbergischen Reformen das volle Bürgerrecht zuerkannt worden. In diesem Jahr erhielten auch die Steins und die Courants das preußische Bürgerrecht. Salomon Courant wurde schon als preußischer Bürger geboren.

Verbundenheit mit Preußen

Im historischen Rückblick wird der preußische Militarismus gern als das Wesentliche an Preußen überbetont, und dabei die Verdienste, die sich Preußen im Rahmen der Toleranz und der Aufklärung erwarb, unterschätzt. Im engen Austausch mit den Aufklärern, mit Immanuel Kant, mit Friedrich Nicolai, mit Gotthold Ephraim Lessing, entwickelte sich die jüdische Aufklärung, die *Haskala*, durch das Wirken von Moses Mendelssohn und David Friedländer. Im „Antimachiavell“ hatte Kronprinz Friedrich, der spätere große König, 1740 geschrieben: „Es gibt kein Gefühl, das so untrennbar mit unserem Wesen verbunden ist, wie das der Freiheit ... denn da wir alle ohne Ketten geboren werden, verlangen wir danach, ohne Zwang zu leben.“ Schließlich unternahmen die preußischen Reformer um Heinrich Friedrich Karl Reichsfreiherr vom und zum Stein und den Staatskanzler Fürst Karl August von Hardenberg beherzte Schritte zur Emanzipation der Juden.

Aus diesem Grund wuchs unter den Juden in Preußen eine große Verbundenheit mit dem Königreich. In ihrem Lebenslauf für die Promotion schrieb Edith Stein 1916 ganz

selbstverständlich: „Ich bin preußische Staatsangehörige und Jüdin.“ Nach der Reichseinkünfte boomte Deutschland und auch Schlesien. Breslau wurde zur bedeutenden Metropole des Kaiserreiches. Der Maschinen- und Waggonbau, die Chemie- und Textilindustrie prosperierten, aber auch das universitäre Leben und die Kultur erlebten einen großartigen Aufschwung. Dieser war auch verbunden mit moderner Stadtplanung und Architektur. So wurde im Jugendstil um 1900 das Warenhaus „Barasch“ errichtet und Hans Poelzig, der in der Architektur zunächst den expressionistischen Stil, dann die Neue Sachlichkeit vorantrieb, erbaute 1914 den Konzertsaal. Rabbiner konnten in Breslau mit der Gründung des Jüdisch-Theologischen Rabbinerseminars der Fraenkelschen Stiftung ab 1854 ausgebildet werden. Nach Berlin lebte in Breslau die zweitgrößte jüdische Gemeinde im deutschen Kaiserreich.

Den Vater hatte Edith Stein nicht kennengelernt, denn Siegfried Stein starb kurz nach ihrer Geburt und hinterließ seiner Frau die Sorge um die sechs Kinder und um einen überschuldeten Holzhandel. Auguste Stein war eine kluge und durchsetzungsfähige Frau, die als Matriarchin die Familie zu Wohlstand führte und bald schon als bester Holzhändler Breslaus galt.

Optimismus einer Ära des Aufbruchs

In einer deutsch-preußisch-liberalen Familie aufgewachsen begann Edith Stein, 1911 an der Universität Breslau Germanistik, Geschichte, Philosophie und Psychologie zu studieren. Sie geriet ins Umfeld des Psychologen William Stern. In Sterns Seminar kam Edith Stein mit denjenigen in einen intensiven Austausch, die Lehrer werden wollten. Die jungen Leute, auch Edith Stein, trieb ein tatkräftiger Optimismus an, alles sollte besser werden. Es waren die wundervollen Jahre der Jugendbewegung, der Schulreform, der Lebensreform.

Doch das Studium in Breslau befriedigte sie bald immer weniger. Als sie für Sterns Seminar einen Vortrag erarbeitete, sagte der Kommilitone Georg Moskiewicz zu ihr: „Lassen Sie doch all das Zeug“ und reichte ihr Edmund Husserls „Logische Untersuchungen“. Durch die Lektüre begriff sie, dass sie sich

nicht für Psychologie, sondern für Philosophie interessierte.

In Göttingen studierte sie bei Husserl, wurde über den Begriff der Einfühlung promoviert und arbeitete, nachdem Husserl nach Freiburg gewechselt war, als dessen Assistentin. Bald schon musste sie sich eingestehen, dass ihr „lieber Meister“ ihre Arbeitskraft nach Kräften ausnutzte, aber nichts für ihre wissenschaftliche Karriere tat. Sie kündigte Husserl, ihr Nachfolger wurde Martin Heidegger. Steins Bemühungen, sich zu habilitieren, schlugen aus zwei Gründen fehl: erstens weil sie eine Frau und zweitens weil sie jüdischer Herkunft war.

Einmal sollte sie sich noch in Breslau engagieren, als Mitbegründerin der Deutschen Demokratischen Partei, der Partei Walther Rathenaus. Doch Parteipolitik, Hinterzimmerintrigen waren nicht ihre Welt, sodass sie sich schon bald wieder zurückzog: „Die Politik habe ich satt bis zum Ekel. Es fehlt mir das übliche Handwerkszeug dazu völlig: ein robustes Gewissen und ein dickes Fell. Immerhin werde ich bis zu den Wahlen aushalten müssen, weil es zu viel notwendige Arbeit gibt. Aber ich fühle mich gänzlich ent wurzelt und heimatlos unter den Menschen, mit denen ich zu tun habe. Wenn ich mich von all dem Wust freimachen kann, dann will ich versuchen, eine Habilitationsschrift zu machen. In dem ‚neuen Deutschland‘ – falls es ist – wird ja die Habilitation keine prinzipiellen Schwierigkeit mehr machen.“ Doch auch in dem neuen Deutschland wird sie sich nicht habilitieren können, weil sie eine Frau und weil sie Jüdin ist.

Rückzug ins Kloster

Die Frage nach dem Aufbau der menschlichen Person, danach, was der Mensch ist, trieb immer stärker ihre philosophischen Überlegungen an. Sie beschäftigte sich mit der mystischen Philosophie des Dionysios Aeropagita, mit der Scholastik, vor allem mit Thomas von Aquin, geriet über die Phänomenologen-Freunde mit dem Neothomismus in Berührung. Im Herbst 1933 zog sich Edith Stein in den Karmel von Köln zurück, um Karmelitin zu werden. Im Kloster verfasste sie zwei große Werke, ihr philosophisches Hauptwerk „Endliches und ewiges Sein. Ein Aufstieg zum Sinn des Seins“ und die zutiefst mystische „Kreuzeswissenschaft“.

Steins philosophisches Hauptwerk wird gerade in unserer Zeit wichtiger denn je, stellt es doch die Antithese zu Heideggers „Sein und Zeit“ dar, den anderen philosophischen Weg von Husserl weg. Von Husserl zieht sich eben doch eine gerade Linie über Heidegger, Foucault und Derrida zum „Wokismus“, zur Identitätspolitik, zum Genderismus. Stein versuchte hingegen, Wissen und Glauben, Philosophie und Theologie in einen neuen Einklang zu bringen. Im Gegensatz zu Heidegger, der das Ich als in die Existenz geworfen betrachtet, sieht sie das Ich als ein empfangenes Ich, das Anteil an Gottes Ewigkeit hat. *Geschöpflichkeit* statt *Geworfenheit*. Der Mensch hat Teil am Sinn des Ganzen, nicht seine Geworfenheit ist das letzte Wort, sondern seine Geschöpflichkeit, denn, wo jemand geworfen wird, da muss es auch einen Werfer geben.

Am 6. April 1968 kam es in Krakau zu einer bemerkenswerten Episode. Roman Ingarden hielt auf Einladung des Kardinals Karol Wojtyła, des späteren Papstes Johannes Paul II., vor geladenen Gästen einen Vortrag über das Leben und Werk von Edith Stein. Karol Wojtyła mag in Edith Stein, die in einer jüdischen Familie in Breslau geboren wurde, die zum Katholizismus konvertierte, den Schleier nahm und die schließlich die Nationalsozialisten am 9. August 1942 in Auschwitz aufgrund ihrer jüdischen Herkunft ermordeten, eine Brückenbauerin zwischen Judentum und Christentum gesehen haben, eine Märtyrerin und Heilige war sie für ihn ohnehin.

Die Autobiografie beginnt mit dem Satz: „Der Vater meiner Mutter, Salomon Courant, ist im Jahr 1815 geboren.“ Drei Jahre zuvor, 1812, war den Juden in Preußen das volle Bürgerrecht zuerkannt worden

Info



Dr. Klaus-Rüdiger Mai ist Schriftsteller und Publizist. Zuletzt erschien seine Biographie „Edith Stein – Geschichte einer Anknüpfung. Leben und Denken der Philosophin, Märtyrerin und Heiligen“ (Kösel 2022).

● MELDUNGEN

Wann endet die Pandemie?

Berlin – Während fast alle anderen Staaten ihre Corona-Maßnahmen aufgehoben haben, will Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) diesen Schritt in eine ferne Zukunft verschieben. Das geht aus seinen Aussagen anlässlich eines Long-Covid-Kongresses in Jena hervor: „Wir wollen die Pandemie beenden, aber sie ist erst beendet, wenn sie auch für diejenigen beendet ist, die an Long Covid erkrankt sind.“ Zu Lauterbachs entsprechender Mitteilung über den Kurznachrichtendienst Twitter vom 19. November meinte eine Nutzerin: „Das ist unglaublicher Quatsch! Wir wollen die Ebola-Epidemie in Sierra Leone beenden, aber sie ist erst zu Ende, wenn sie für die, die durch Ebola erblindet sind, beendet ist. Hätte jemand das 2014 gesagt, wäre er für verrückt erklärt worden.“ 2014 war das Jahr, in dem die Ebola-Epidemie in Westafrika ausbrach. Andere wiederum twitterten, die Corona-Pandemie ende sicher erst mit dem Rücktritt Lauterbachs. **W.K.**

Drohender Elektroschrott

Berlin – In den kommenden Monaten wird in den bundesdeutschen Arztpraxen möglicherweise Elektronikschrott im Wert von rund 300 Millionen Euro anfallen. Dies liegt daran, dass um die 130.000 sogenannte Konnektoren, spezielle Router, über welche die Praxen sensible Patientendaten codiert via Internet übertragen, nicht weiter verwendet werden können, weil die bislang verwendeten Schlüssel nun als unsicher gelten. Darüber hinaus haben die Zertifikate auf den Speicherkarten der Konnektoren, die quasi die Funktion von digitalen Unterschriften erfüllen, Ablaufdaten, die nun stufenweise erreicht werden. Normalerweise ließen sich beide Probleme mit einer einfachen Softwareaktualisierung lösen, womit die Anschaffung neuer Konnektoren überflüssig wäre. Aber weder die Hersteller noch die Krankenkassen, die für den Austausch finanziell aufkommen müssten, zeigen Interesse an dieser kostengünstigen Verfahrensweise. **W.K.**

Neue PAZ-Preise ab 2023

Hamburg – Wie in PAZ 46/2022 berichtet, steigen ab 1. Januar 2023 die Preise der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*. Das Inlands-Abonnement kostet dann 16 Euro im Monat, also 192 Euro im Jahr. Der Bezugspreis im Ausland steigt auf 18,50 Euro monatlich (22,50 Euro bei Luftpostversand). Am Kiosk kostet die PAZ künftig 3,90 Euro. Der Preis für das Online-Abo bleibt bei 10,25 Euro im Monat. Soweit keine Einzugs ermächtigtung besteht, bitten wir die Abonnenten um die rechtzeitige Anpassung von Daueraufträgen.

Grund für die Erhöhung sind erhebliche Preissprünge bei Druck und Papier, bei den Vertriebs- und den Energiekosten. Gleichwohl bleibt die PAZ deutlich günstiger als vergleichbare Wochenzeitungen. Deshalb bitten wir Sie herzlich um Ihr Verständnis – sowie darum, dass Sie unserer Zeitung auch weiter gewogen bleiben.

Ihre Redaktion und Verlag der PAZ



Nicht nur wegen der geplanten Anschaffung dieses US-Flugzeugs werden US-Amerikaner von dem deutschen Aufrüstungsprogramm profitieren: Lockheed Martin F-35A **Foto: US-Bundesregierung**

„SONDERVERMÖGEN BUNDESWEHR“

Bei wem die Kassen klingeln werden

Das 100-Milliarden-Programm bedeutet einen immensen Geldtransfer vom deutschen Steuerzahler zu superreichen US-Amerikanern

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am 3. Juni dieses Jahres beschloss der Bundestag das Gesetz zur Finanzierung der Bundeswehr und zur Errichtung eines „Sondervermögens Bundeswehr“. Darin heißt es: „Mit Hilfe des Sondervermögens werden im mehrjährigen Durchschnitt von maximal fünf Jahren zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf Basis der aktuellen Regierungsprognose für Verteidigungsausgaben nach NATO-Kriterien bereitgestellt.“ Das ergibt eine Summe von rund 100 Milliarden Euro.

Wo diese herkommen soll, verrät der Paragraf 4 des Gesetzes: „Das Bundesministerium der Finanzen wird ermächtigt,

zur Deckung der Ausgaben des Sondervermögens Kredite bis zur Höhe von 100 Milliarden Euro aufzunehmen.“

Die Ausgabe der Milliarden

Allerdings geht der Gesetzgeber davon aus, dass dieser Betrag nicht genügen wird, um die Bundeswehr hinreichend zu ertüchtigen. Daher bestimmt der Absatz 3 des Paragrafen 1 zudem noch: „Nach Verausgabung des Sondervermögens werden aus dem Bundeshaushalt weiterhin die finanziellen Mittel bereitgestellt, um das Fähigkeitsprofil der Bundeswehr und den deutschen Beitrag zu den dann jeweils geltenden NATO-Fähigkeitszielen zu gewährleisten.“

Die jährlichen Rüstungsausgaben sollen also auch nach 2026 bei 70 bis 80 Mil-

liarden Euro und damit etwa dem Doppelten des Bisherigen liegen. Das sind immense Summen, angesichts derer die Frage naheliegt, wer von der Verwendung des Sondervermögens und den geplanten Anschlusszahlungen profitieren wird.

Eine erste Antwort hierauf bietet die Anlage zum Gesetz namens „Wirtschaftsplan 2022 des ‚Sondervermögens Bundeswehr‘“. Aus dieser kann abgeleitet werden, welche Waffensysteme von welchen Herstellern auf der Wunschliste des Bundes stehen. Im Falle der „Dimension Land“ handelt es sich vor allem um Schützenpanzer und schwere Waffenträger für die Infanterie, im Falle der „Dimension See“ um Korvetten, Fregatten sowie Mehrzweckboote und im Falle der

„Dimension Luft“ um Kampfflugzeuge vom Typ Eurofighter ECR beziehungsweise Lockheed Martin F-35A, Hubschrauber und Luftabwehrsysteme.

Die Beschaffung der Milliarden

Hergestellt wird dieses Kriegsgüter von großen Rüstungskonzernen wie der europäischen Airbus Group, der französischen Thales Group sowie der US-amerikanischen Firmen Lockheed Martin, Northrop Grumman, Boeing und Raytheon. Dazu kommen aus Deutschland Rheinmetall und Thyssenkrupp, Krauss-Maffei Wegmann sowie die Werften von Lürssen und Blohm+Voss. 13 der insgesamt 22 involvierten Unternehmen sind oder gehören Aktiengesellschaften.

Das Grundkapital dieser Rüstungsunternehmen beläuft sich auf insgesamt 3,6 Billionen US-Dollar, von denen 2,4 Billionen von US-amerikanischen Investmentgesellschaften stammen. Den größten Anteil hieran hat die Capital Group mit 620 Milliarden Dollar, gefolgt von der Vanguard Group mit 340 Milliarden und BlackRock Inc. mit 253 Milliarden.

Gemäß dem Gesetz soll das Sondervermögen der Bundeswehr über Kredite finanziert werden. Das gibt zu Sorgen Anlass, da die deutsche Staatsverschuldung schon auf zweieinhalb Billionen Euro angestiegen ist. Damit verstößt die Bundesrepublik bereits gegen EU-Vorgaben.

Die 32 Banken, die über eine Zulassung zum Ankauf deutscher Staatsanleihen verfügen und an diesen verdienen, sind zu zwei Dritteln Aktiengesellschaften oder im Besitz von solchen. Das dahinterstehende Kapital beläuft sich auf rund 30 Billionen Dollar, von denen 13 Billionen US-amerikanischen Investmentunternehmen gehören. Auch hier stechen die Vanguard Group mit 3,51 Billionen und BlackRock mit 2,87 Billionen hervor. Danach folgt nun allerdings die Norwegische Zentralbank mit 2,23 Billionen auf Platz 3, während die Capital Group etwas zurücksteht, seit sie sich im April von ihren Beteiligungen an zwei Geldinstituten, die Bundeswertpapiere halten, der Deutschen Bank und der Commerzbank, getrennt hat.

Dessen ungeachtet werden die Hauptprofiteure des 100-Milliarden-Sondervermögens der Bundeswehr, das letztlich aus den Taschen des deutschen Steuerzahlers kommt, zweifellos die US-Investmentgesellschaften BlackRock, Vanguard Group und Capital Group sein. Deren Eigentümer beziehungsweise Großanleger bleiben zwar im Verborgenen, angesichts der globalen Vermögensverteilung ist aber davon auszugehen, dass es sich hierbei um einige wenige extrem reiche Personen handelt, die vor allem in den Vereinigten Staaten sitzen.

CORONA-HILFEN

Salafisten unter Betrugsverdacht

Fayez Kanfash soll über Strohleute durch falsche Angaben mehr als eine Million Euro erschlichen haben

Die Generalstaatsanwaltschaft Berlin hat am 22. November in mehreren Bundesländern 57 Wohnungen und Autos durchsuchen lassen. Hintergrund der Razzia ist der Verdacht auf einen großangelegten Subventionsbetrug bei Corona-Hilfen für Freiberufler und Kleinunternehmer. Bislang ermittelt die Generalstaatsanwaltschaft gegen mehr als siebzig Personen. Die Ermittlungsbehörden rechnen die Tatverdächtigen der salafistischen Szene Berlins zu. Im Zuge der Razzia durchsuchten Beamte des polizeilichen Staatsschutzes 37 Wohnungen in Berlin. Auch in Brandenburg, Sachsen, Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen führten Polizeibeamte Durchsuchungen durch.

Als eigentlicher Drahtzieher der großangelegten Betrügerei mit staatli-

chen Corona-Hilfen steht Fayez Kanfash unter Verdacht. Gegen den 25-jährigen Syrer ist in den vergangenen Jahren bereits wegen Volksverhetzung, Aufforderung zu Straftaten und Störung des öffentlichen Friedens ermittelt worden. Kanfash hatte im Herbst 2020 ein Video veröffentlicht, auf dem er verkleidet als Scheich einen gefesselten Mann mit einer Maske des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron am Strick durch die Neuköllner Sonnenallee zog. Dabei schlug er scheinbar mit einem Gürtel die Person mit der Macron-Maske, während umherstehende Jugendliche „Allahu Akbar“ johlten. In diesem Fall stellte die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen ein, weil sie zur Einschätzung gelangte, es habe sich um eine Aktion ge-

handelt, die durch die Freiheit der Kunst gedeckt sei.

Im aktuellen Ermittlungsverfahren geht die Staatsanwaltschaft dem Verdacht nach, dass der Syrer über Strohleute von der Investitionsbank Berlin (IBB) durch falsche Angaben über erfundene gewerbliche Tätigkeiten mehr als eine Million Euro an Corona-Hilfen erschlichen habe. Dazu soll der Syrer die Personalien, Steuerdaten und Kontoverbindungen von Strohleuten genutzt haben. Wie der Anwalt eines der Tatverdächtigen mitteilte, sollen die Strohleute eine geringe Provision erhalten haben.

Unklar ist für die Ermittler bislang, ob Kanfash die Corona-Hilfen mit nach Syrien genommen hat, wohin der Moslem im Juli vergangenen Jahres zurückgekehrt ist.

In Deutschland hatte Kanfash zuletzt im brandenburgischen Luckenwalde als Hartz-IV-Empfänger gelebt. Der Sprecher der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Berlin, Benjamin Jendro, sprach vor dem Hintergrund der Ermittlungen wegen Betrugs bei den Corona-Hilfen davon, dass Berlin als internationale Metropole „im Fokus terroristischer Netzwerke“ stehe.

Im Jahr 2020 waren in Berlin schon einmal Ermittlungen wegen des Verdachts auf Subventionsbetrug gegen Personen aus dem Salafisten-Milieu aufgenommen worden. Zu den verdächtigten Personen zählten damals auch ein früherer Vertrauter des Salafisten Anis Amri. Dieser gilt als Haupttäter des Attentats auf den Berliner Weihnachtsmarkt vom 19. Dezember 2016. **Hermann Müller**

KRIMINALITÄT

Banden terrorisieren das flache Land

Jugendgangs ausländischer Herkunft attackieren Gleichaltrige und sogar ganze Dorffeste

VON HERMANN MÜLLER

Immigrantisch geprägte Banden, die Angst und Schrecken verbreiten, sind kein Phänomen mehr, das nur in Berlin oder westdeutschen Großstädten auftritt. Mit der Masseneinwanderung der jüngsten Jahre machten sich auch in den neuen Bundesländern Banden von ausländischen Jugendlichen breit, die ihre Umgebung terrorisieren.

Besonders drastisch ist die Entwicklung in Sachsen-Anhalt. Dort ziehen seit Monaten extrem gewalttätige Jugendbanden raubend und prügelnd durch Halle (Saale). Die Opfer der brutalen Überfälle, zumeist andere Kinder und Jugendliche, werden mit Fäusten, Pfefferspray und Schlagstöcken attackiert. In vielen Fällen werden die Opfer auf dem Schulweg abgepasst und um Mobiltelefon, Bargeld, Kleidung oder Schuhe beraubt. Auch an beliebten Treffpunkten kommt es immer häufiger zu Übergriffen auf Jugendliche.

Heftige Szenen haben sich im März vor dem Landesmuseum abgespielt. Dort attackierte ein einzelner Angreifer gleich fünf Jugendliche mit einem Schlagstock. Dabei erlitten zwei der Opfer Verletzungen am Kopf, sodass sie im Krankenhaus versorgt werden mussten. Aus Angst vor Rache wollen die Traktierten im Regelfall keine Namen von Tätern nennen. „Wer sich widersetzt oder die Polizei holt, bekommt Probleme“, so ein Vater. Ermittelt hat die Polizei 130 Tatverdächtige unterschiedlicher Nationalitäten. Die Polizei warnt derweil vor Selbstjustiz. Hintergrund sind Berichte, wonach Hallenser Schüler es selbst in die Hand genommen haben, gegen die Banden vorzugehen.

Aus den Reihen der sachsen-anhaltischen FDP kommt der Vorwurf, Teile der Politik verschlossen vor dem Problem die Augen. Andreas Silbersack, FDP-Fraktionsvorsitzender im Landtag von Sachsen-Anhalt, sagt: „Wenn die Mehrheit der Stadträte in Halle das Problem kleiner macht, als es ist, oder schlimmer: es gänzlich ignoriert, dann ist hier ein Teil der



Neuer Brennpunkt des Bandenunwesens: Polizeieinsatz in Sachsen-Anhalt

Foto: ddp images

Politik auch ein Teil des Problems und nicht der Lösung.“ Betroffen sind von dem Problem der Jugendgewalt mittlerweile auch andere Teile Sachsen-Anhalts.

In Ansätzen ist die Entstehung immigrantisch geprägter Jugendbanden auch schon in Frankfurt/Oder zu beobachten. Dort ziehen zwei Gruppen, überwiegend arabischer Herkunft provozierend durchs Stadtzentrum. Selbst im umliegenden Landkreis Märkisch-Oderland breitet sich seit Monaten Gewalt aus, die von Jugendbanden ausgeht. In diesem ländlichen Raum sind es kriminelle Banden von Tschetschenen, die unverhohlen ihren Anspruch auf Beherrschung des öffentlichen Raums erheben. Lediglich lokale Medien haben bislang über gewalttätige Übergriffe auf Dorffeste im Oderbruch im vergangenen Sommer berichtet. Besonders brutal ging es am Rande eines Gemeindefest-

spiels in Neutrebbin zu. Dort provozierte eine Gruppe von 20 Jugendlichen in der Nacht zum 26. Juni anscheinend wahllos Festbesucher. Den Provokationen folgte alsbald massive Gewalt, durch die drei Besucher verletzt wurden. Die Polizei nahm daraufhin Ermittlungen wegen Bedrohung, gefährlicher Körperverletzung und schweren Landfriedensbruch auf.

Bekannt wurde nach der Gewaltorgie auf dem Trebbiner Fest, dass die Gruppe Jugendlicher bereits auf anderen Festen im Oderbruch aufgefallen war und sogar weitere Straftaten angekündigt hatte. Die Serie von Gewalt im Oderbruch hebt sich von sonst bekannten Dorffest-Raufereien in mehreren Punkten ab. Nach Aussagen von Besuchern handelt es sich bei der Tätergruppe um Tschetschenen, die als Asylananten nach Brandenburg gekommen sind. Der Landtagsabgeordnete Lars Gün-

ther (AfD) hat zudem aus seinem Wahlkreis Märkisch-Oderland Hinweise erhalten, dass der eigentliche Hintergrund der Übergriffe der Versuch von Tschetschenen ist, im ländlichen Raum des Oderbruchs den Drogenmarkt zu übernehmen und auszubauen. Konkurrenz durch Kleindealer wird von den Tschetschenen offenbar mit so brachialer Gewalt aus dem Weg geräumt, dass diese den Rückzug antreten. Wie in Halle ziehen es die Opfer vor, aus Angst vor brutalen Vergeltungsaktionen zu schweigen. Günther beobachtet die Entwicklung in seinem Wahlkreis mit großer Sorge: „Ich fürchte, dass mit extremer Brutalität nun auch im ländlichen Raum Brandenburgs Strukturen organisierter Kriminalität aufgebaut werden, die bisher vor allem aus Berlin-Neukölln oder westdeutschen Großstädten bekannt waren.“

KOLUMNE

Betreutes Wohnen

VON THEO MAASS

Zwar hat Berlin kein demokratisch legitimes Parlament mehr, aber Bezirksämter und Senatsverwaltung führen weiter ihren Kulturkampf gegen die Autofahrer. Unabhängig davon, ob politisch korrekte Elektroautos oder „Verbrenner“, soll im Spandauer Stadtteil Gartenfeld ein komplettes Neubaugebiet mit 3700 Wohnungen entstehen, in dem die Autoverdrängung zum Programm erhoben wird.

Das Investitionsvolumen beträgt 2,4 Milliarden Euro. Die Häuser sollen 19 Stockwerke und 60 Meter hoch werden. In den öffentlich ausliegenden Plänen heißt es: „Das geplante Stadtquartier auf der Insel soll ‚autoarm‘ entwickelt werden ... Den künftigen Bewohnern soll der Verzicht auf das eigene Kfz ermöglicht werden.“

Ermöglicht? In Wahrheit sollen die Bewohner wohl eher dazu genötigt werden! Weiter lesen wir nämlich: „Die Nutzung der Verkehrsflächen soll wenig attraktiv fürs Auto gestaltet werden.“ Parkplätze nahe der Wohnung sind gar nicht erst vorgesehen.

Phantasien von grünen Autohasern? Nein. Federführend ist der Spandauer Baustadtrat Thorsten Schatz und der kommt von der CDU. Zwei gewaltige Parkhäuser sind geplant für 2000 Autos und 9000 Fahrräder. Unlängst trompetete die CDU, die Partei wolle (bei der Wiederholungswahl im Februar) Berlin „erobern“. Wen sollen nun die mehr als 1,3 Millionen Kfz-Besitzer in Berlin wählen? Die CDU will offenbar bei dieser Wahl den Grünen einige Stimmen abjagen.

Die SPD-geführte Senatsbauverwaltung übertrifft die CDU-Pläne für Gartenfeld noch. Dort ist von einer Straßenbahnlinie und einem Radschnellweg die Rede. Bei alledem muss man wissen, dass der CDU-Spitzenkandidat, Kai Wegner, aus Spandau kommt. Baustadtrat Schatz scheint das Wohlwollen Wegners zu genießen.

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich verschenke für ein Jahr befristet die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____
 IBAN: _____
 Bank: _____
 Datum, Unterschrift: _____

Zahlung per: Lastschrift Rechnung

Empfänger des Abos ist:

Name: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____

Der **Geschenkgutschein** soll geschickt werden an:
 den Schenkenden den Empfänger des Abos

Bitte den **Bestellschein** einsenden an:
 Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Verschenken Sie Lesefreude

Die PAZ als Jahresabo für Ihre Lieben

40 Euro
Prämie
für Sie

Gleich unter
 040-41 40 08 42
 oder per Fax
 040-41 40 08 51
 oder online
 www.paz.de/abo
 bestellen!

Zeitung für Deutschland
 www.paz.de

MELDUNGEN

Comeback der FPÖ

Wien – Österreichs Rechte bestätigt abermals ihren Ruf als Stehaufmännchen der Politik. Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) liegt Umfragen zufolge bei 25 Prozent. Damit hat sie fast wieder die Werte erreicht, bei denen sie vor der sogenannten Ibiza-Affäre um den damaligen Parteichef und Vizekanzler Heinz-Christian Strache lag. Zu verdanken hat sie dies auch dem Oppositionskurs, den Strache-Nachfolger Herbert Kickl fährt. In den Reihen der „Blauen“ wächst die Zuversicht, dass es nach der nächsten Wahl zu einer erneuten Koalition mit der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) kommen könnte. Deren Granden schließen allerdings eine Regierung unter Führung des FPÖ-Chefs Kickl bisher kategorisch aus. Aus der einflussreichen oberösterreichischen FPÖ-Landesgruppe kam nun der Vorschlag, dass Kickl auf eine mögliche Kanzlerschaft verzichtet. „Jörg Haider hat 1999 im Sinne der Sache auch auf den Kanzler verzichtet“, sagte Landessekretär Michael Gruber und fügte hinzu: „Notfalls muss Kickl zurückstehen.“ P.E.

Verbrechen mit Waffeneinsatz

Moskau – Laut einer Statistik des russischen Innenministeriums ist die Zahl der Verbrechen, bei denen Schusswaffen und Sprengsätze zum Einsatz gekommen sind, seit Jahresbeginn um 30 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gestiegen. Die meisten Verbrechen mit Waffeneinsatz zählt das Kursker Gebiet, gefolgt vom Gebiet Belgorod nahe der ukrainischen Grenze. Auch in den Metropolen Moskau und St. Petersburg stieg die Kriminalität. Kritische Medien beschreiben insgesamt eine Zunahme der Gewaltbereitschaft in der russischen Bevölkerung. Die Mehrzahl der registrierten Verbrechen betrifft Eigentumsdelikte wie Diebstähle, Betrug, Raubüberfälle und Gewaltdelikte. Ebenso sei die Zahl der schweren und besonders schweren Verbrechen im Zusammenhang mit extremistischen Tendenzen angestiegen. Kremelkritische Medien berichten über von der Front Heimgekehrte, die zu Hause bei Konflikten zur Waffe greifen, aber auch von Kriegsgegnern, die Gebäude staatlicher Institutionen mit Molotow-Cocktails angreifen. MRK

Freispruch für Aktivistin

Komsomolsk – Ein Berufungsgericht in Komsomolsk am Amur hat die Künstlerin und Frauenrechtsaktivistin Julia Zwetkowa freigesprochen, die wegen der „Verbreitung pornographischer Materials“ im November 2019 festgenommen und seitdem von den Behörden schikaniert wurde. Mal wurde sie unter Hausarrest gestellt, mal wurden ihr Geldbußen auferlegt. Sie wurde auf die Liste „Ausländischer Agent“ gesetzt und durfte das Land nicht verlassen. Die Aktivistin für die Rechte von LGBTI-Menschen wurde von den Vorwürfen freigesprochen. Natalja Zwjagina von Amnesty International in Russland sieht in der Urteilsverkündung ein „seltenes Beispiel tatsächlicher Gerechtigkeit im heiligen Russland“. MRK

AMERIKA

Costa Rica zieht die Notbremse

Präsident Chaves Robles kündigt Verschärfung der Asylgesetzgebung an

VON BODO BOST

Auf der Pressekonferenz im Anschluss an die Sitzung des Regierungsrates am 16. November hat der Präsident von Costa Rica, Rodrigo Chaves Robles, angekündigt, dass sein Land die Regeln für die Beantragung von politischem Asyl aufgrund des Mangels an internationaler Hilfe ändern wird. Die „reiche Küste“, so die deutsche Übersetzung des spanischen Staatsnamens, zählt zu den ältesten Demokratien und Rechtsstaaten der Erde. Noch im Jahre 2020 hieß es seitens des deutschen Auswärtigen Amtes voller Lob: „In Zentralamerika stellt Costa Rica einen Stabilitätsanker dar, es achtet Presse-, Meinungsfreiheit und Menschenrechte.“ Der große Emigrationstreck heraus aus

Venezuela und die sich ändernde US-Einwanderungspolitik haben das kleine Land mit einer Fläche von Hessen und Rheinland-Pfalz zusammen indes inzwischen in die größte Krise seit Jahrzehnten geführt.

Viele wollen raus aus Venezuela

Der Präsident schrieb der Koordinatorin der Vereinten Nationen in Costa Rica, Allegra Baiocchi: „Die in unserer Gesetzgebung vorgesehene Regelung für politische Flüchtlinge wird von Gruppen ausgenutzt, die keine politischen Flüchtlinge, sondern Wirtschaftsmigranten sind. Die Zeit ist gekommen, in der die Mitverantwortung der internationalen Gemeinschaft unverhältnismäßig stark auf uns als Gesellschaft übergegangen ist, und die internationale Gemeinschaft arbeitet nicht mit den Mitteln, die dieses Land

braucht.“ In dem Dokument werden Maßnahmen vorgesehen, die verhindern sollen, dass das Flüchtlingsregime „von Personen, die nach Costa Rica auswandern wollen, um dort zu bleiben und zu arbeiten, missbraucht wird“.

Robles sagte, dass 200.000 Menschen den Status eines politischen Flüchtlings beantragt hätten, der ihnen das Recht gebe, im Land zu bleiben und zu arbeiten. Das seien fast fünf Prozent der Bevölkerung des kleinen Landes. Der Präsident wies darauf hin, dass es sich nicht nur um einen weiteren Weckruf handele, sondern dass echte Maßnahmen ergriffen würden. Der Schritt sei notwendig geworden, weil von der UN-Flüchtlingsorganisation, deren Schwerpunkt seit 70 Jahren auf der Betreuung der Palästinaflüchtlinge liege, die bereits in dritter und vierter Genera-

tion Flüchtlinge seien, dem kleinen überforderten Land keinerlei Unterstützung gewährt werde. Auch die steinreichen arabischen Golfstaaten, die bereits Fußball-Weltmeisterschaften durchführten, weil sie nicht wüssten, wohin mit dem Geld, zeigten keinerlei Bereitschaft, der UN bei der sozialen Betreuung der Palästinaflüchtlinge zu helfen, trotz des islamischen Gebots der Zakat-Armensteuer.

Viele wollen rein in die USA

Nach Angaben des panamaischen Nationalen Migrationsdienstes haben in den letzten Monaten mehr als 200.000 Migranten die Region auf dem Weg nach Norden durchquert. Costa Rica liegt auf derselben Route. Dass der Strom der Migranten, die durch Panama und Costa Rica strömen, derart zugenommen hat, hängt mit Venezuela zusammen, dessen sozialistische Regierung dem Kontinent mit sieben Millionen Migranten den größten Flüchtlingsstrom in seiner Geschichte beschert hat. Aber sie hängt auch mit den Veränderungen in der US-Migrationspolitik zusammen. Die wirtschaftliche und soziale Krise Venezuelas ist nichts Neues, aber im Juli dieses Jahres verlängerte die Regierung von US-Präsident Joe Biden den Vorübergehenden Schutzstatus (Temporary Protected Status, TPS) für Venezolaner, die in den USA ankommen. Deshalb wollten noch mehr Venezolaner in die USA. Gleichzeitig übte die USA jedoch starken Druck auf Mexiko und andere mittelamerikanische Länder aus, keine direkten Flugverbindungen mehr mit Venezuela zu unterhalten. Nachdem alle direkten Flugverbindungen zwischen Venezuela und Mittelamerika gestrichen wurden, machen sich jetzt Hunderttausende von Venezolanern zu Fuß auf den Weg durch die gefährliche Darienenge in Panama, in der es keinerlei Straßen, sondern nur Urwald gibt.

Dazwischen liegt Costa Rica

In Europa spielt Deutschland die Rolle der USA und lockt Migranten aus aller Herren Länder mit den höchsten Sozialleistungen. Gleichzeitig übt es Druck auf Länder wie Serbien aus, die Armutsmigranten aus aller Welt ohne Visum einreisen lassen, um direkt danach weiterzuziehen nach Deutschland. Der einzige Unterschied ist, in Mittelamerika ist der US-Einfluss Realität, in Europa lachen alle anderen Länder über Deutschland.



Viele Migranten aus Südamerika zieht es Richtung Norden in den mittelamerikanischen Flaschenhals Costa Rica: Die einen bleiben, die anderen ziehen weiter nach Nordamerika Foto: Mauritius

EUROPA

Scheinheiligkeit à la française

Frankreich fordert von Italien Willkommenskultur, aber animiert Immigranten zum Weiterreisen

Am 11. November war das Schiff von SOS Méditerranée „Ocean Viking“ mit 234 auf dem Mittelmeer aufgenommenen Migranten im Militärhafen von Toulon gelandet, nachdem es drei Wochen lang auf der Suche nach einem Aufnahmehafen unterwegs gewesen war und ein Tauziehen zwischen Frankreich und Italien stattgefunden hatte, das dem französischen Schiff die Landung verweigert hatte. Für diese Verweigerung hat der französische Innenminister die neue italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni hart kritisiert.

Wie das Innenministerium vor dem Staatsrat bekanntgab, wurde eine Woche nach dem Empfang der „Ocean Viking“ in Toulon mit 123 mehr als der Hälfte der in Frankreich angelandeten Migranten die

Einreise in das französische Hoheitsgebiet verweigert. Von den 234 Personen, die das Schiff auf dem Mittelmeer aufgenommen hatte, werden die rund 40 angeblichen alleinstehenden Minderjährigen von der Kinderfürsorge betreut. Die 194 offiziellen Erwachsenen wurden in einem geschlossenen „Wartebereich“ untergebracht, in dem sie vom französischen Amt für den Schutz von Flüchtlingen und Staatenlosen (OFPRA) angehört wurden. Dieses sollte über die Begründetheit ihres Asylantrags entscheiden, damit sie offiziell in das Land aufgenommen werden konnten. Obwohl das OFPRA 120 ablehnende Stellungnahmen abgegeben hat und den betroffenen Personen die Einreise in das Hoheitsgebiet Frankreichs verweigert wurde, sind diese

nach einer Woche verschwunden, wahrscheinlich nach Deutschland, darunter auch die Hälfte der angeblichen unbegleiteten Minderjährigen.

Die 66 Migranten, die eine positive Stellungnahme für eine Aufnahme in das Hoheitsgebiet erhielten, werden nicht in Frankreich bleiben, sondern auf Deutschland, Finnland, Portugal und acht weitere europäischen Länder verteilt, die sich freiwillig bereit erklärt haben, sie nach ihrer Landung in Frankreich aufzunehmen.

Frankreich hat nur ein Zehntel so viele Ukraineflüchtlinge aufgenommen wie Deutschland. Von den in Frankreich aufgenommenen Migranten haben in diesem Jahr allein 40.000 den Weg über den Ärmelkanal nach England gewählt. Nicht

Italien ist in diesem Jahr das EU-Land, das die meisten Migranten abgibt, sondern Frankreich, und dann beschwert es sich auch noch, wenn Italien einmal Migranten abgibt.

Innenminister Gérald Darmanin hatte vor der Nationalversammlung großspurig erklärt, dass mindestens 44 Personen, die einen negativen Bescheid erhalten hatten, in ihr Herkunftsland „zurückgeführt“ würden, „sobald ihr Gesundheitszustand“ dies erlaube. Sollte dies nicht möglich sein, hofft man in Frankreich, dass auch diese dann den Weg nach Deutschland oder Großbritannien finden, wo die Sozialleistungen wesentlich höher sind. Aus welchen Ländern die Migranten stammten, wurde bei all den Meldungen gar nicht bekannt. Bob

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Kasachstans Präsident Kassym-Schomart Tokajew, der durch vorgezogene Präsidentschaftswahlen seine Macht festigen konnte, hat den Umbau der Gesellschaft sowie wirtschaftliche Reformen in seinem Land versprochen. Zu Beginn des Jahres war es zu Massenprotesten gekommen, die Tokajew mit Härte und der Unterstützung Moskaus blutig niederschlagen ließ. 238 Tote und etwa 10.000 Verletzte waren das Ergebnis dieser Aktion.

Nun will er mit entschiedenen Schritten das „Neue Kasachstan“ aufbauen, wobei er eine „Multivektor“-Politik, das heißt, Gespräche mit allen internationalen Partnern, verfolgt. Obwohl Kasachstan traditionell als Brücke zwischen China und Russland gilt, wendet Tokajew sich derzeit verstärkt dem Westen zu.

Der kasachische Präsident macht keinen Hehl daraus, dass er sich aus der Abhängigkeit von Russland lösen möchte. Bei einer Zusammenkunft der EU-Kommission am 17. November in Brüssel mit Vertretern der zentralasiatischen Staaten stellte Kasachstan in Aussicht, die EU mit 30 sogenannten kritischen Rohstoffen zu beliefern. Als kritisch werden Rohstoffe eingestuft, wenn sie sowohl eine entscheidende wirtschaftliche Bedeutung haben, als auch importiert werden müssen. Kasachische Unternehmen fördern aktuell 16 dieser Rohstoffe, 14 weitere liegen noch unter der kasachischen Erde, werden aber noch nicht abgebaut.

Die EU will ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den zentralasiatischen Republiken ebenfalls ausbauen. Angesichts der geopolitischen Situation werden neue Transportwege unter Umgehung Russlands immer wichtiger, um die globale Lieferkette für Waren zu gewährleisten. Kasachstan ist nicht nur das neungrößte Land der Welt, es verfügt auch über immense Rohstoffvorkommen, darunter Chrom, Magnesit, Kobalt, Graphit, Platin, Magnesium sowie Seltene Erden, die alle als kritische Rohstoffe gelten.

In den vergangenen Jahren hat Kasachstan die Möglichkeit ausländischer Direktinvestitionen erleichtert. Laut der Nationalbank Kasachstans haben zu den insgesamt 152,8 Milliarden US-Dollar Direktinvestitionen die Niederlande 60 Milliarden beigetragen. Vertreter von EU und Kasachstan setzen auf eine langfristige Kooperation. Kasachstan hofft, demnächst zu den größten Nickel- und Kobaltförderern der Welt zu werden. Der Rohstoff ist wichtig für den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Gedacht ist auch an die Entwicklung einer gemeinsamen Wertschöpfungskette für Akkus und Grünen Wasserstoff. Das nächste Treffen von Fachleuten und Spitzenpolitikern beider Wirtschaftsräume soll am 7. Dezember stattfinden.



Nimmt Kurs auf die Europäische Union: Kassym-Schomart Tokajew (r.) mit EU-Ratspräsident Charles Michel in Brüssel

KASACHSTAN

Eingekeilt zwischen Russland, China und dem Westen

Präsident Tokajew will mit seiner „Multivektor“-Politik ein wichtiger geopolitischer Partner sein – EU-Annäherung birgt jedoch auch Gefahren

Außenministerin Annalena Baerbock hat während ihres Besuchs mit einer Wirtschaftsdelegation in Astana Ende Oktober eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Kasachstan „auf Augenhöhe“ in Abgrenzung zu China und Russland angeboten. Man wolle nachhaltige Projekte auf den Weg bringen. Ein deutsches Unternehmen habe bereits den Auftrag für die Entwicklung eines Windparks von der Größe Brandenburgs erhalten. Baerbock erkennt bei ihren ideologisch geprägten Zielen allerdings die Tatsache, dass Kasachstan sowohl zu Russland als auch zu China traditionell gute Beziehungen unterhält. Eine engere Bindung an Europa birgt Gefahren (siehe Seite 8).

Tokajew hat mehrfach die Gelegenheit genutzt, auf Distanz zu Moskau zu gehen. Nach dem 24. Februar erklärte er, den Krieg werde Kasachstan nicht unterstützen, der Siegesparade am 9. Mai blieb er

demonstrativ fern, und die Unabhängigkeit der Volksrepubliken Donezk und Lugansk erkannte er nicht an. Kasachstan bot 200.000 geflohenen Russen nach der Teilnimmarmachung Unterschlupf. In dem 19 Millionen Einwohner zählenden Staat leben insgesamt rund 120 Ethnien. Durch den Ukrainekrieg wurde das Nationalbewusstsein in dem Vielvölkerstaat gestärkt.

Etliche Abhängigkeiten von Moskau

Der Kreml versäumt es nicht, Tokajew spüren zu lassen, dass sein Land wirtschaftlich auf den großen Nachbarn angewiesen ist. Der größte Teil der Ölexporte im Wert von 40 Milliarden US-Dollar jährlich Richtung Westen läuft über russisches Territorium. Lebensmittel und Konsumgüter werden hauptsächlich aus Russland importiert. Die Beziehungen reichen bis in die Sowjetzeit zurück, und Russland befreit sich auch heute noch als Schutz-

macht in ganz Zentralasien. Mit einer Ver-ringerung seiner Position in Kasachstan dürfte Putin kaum einverstanden sein.

Geostrategisch spielt Kasachstan auch für China eine bedeutende Rolle. China ist der Hauptabnehmer kasachischer Waren, vor allem von Öl, Gas, Uran, Kupfer und anderen Metallen. Kasachstan ist zudem Teil der „Neuen Seidenstraße“, die über Kasachstan, nach Russland, Europa und in andere Länder Zentralasiens führt. So ist die Äußerung des chinesischen Staatschefs Xi Jinping, China werde Kasachstan bei der Verteidigung seiner Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität unterstützen, als deutliche Warnung Richtung Moskau zu verstehen, sollte Russland in Kasachstan ähnliche Pläne wie in der Ukraine verfolgen. China hat in den vergangenen Jahren 5,5 Milliarden US-Dollar in die kasachische Rohstoffwirtschaft und Infrastrukturprojekte gesteckt.

„JUGEND IN DEUTSCHLAND“

Wie der deutsche Nachwuchs tickt

Die Inflation hat laut einer Trendstudie den Krieg in Europa als größte Sorge abgelöst

Innerhalb der jüngeren Generation macht sich die Erkenntnis breit, dass die unbeschwernten Wohlstandsjahre wohl vorbei sind. Das geht aus der aktuellen Trendstudie „Jugend in Deutschland“, hervor, die federführend von dem Volkswirtschaftler und Zukunftsforscher Simon Schnetzer seit gut zwei Jahren im Halbjahresabstand vorgelegt wird.

Im sogenannten Jugendbarometer gaben ein Viertel der 1027 befragten 14- bis 29-Jährigen an, mit ihrer psychischen Gesundheit unzufrieden zu sein. 16 Prozent beklagten Hilflosigkeit, weitere zehn Prozent berichteten sogar von Suizidgedanken. Diese Werte sind seit der letzten Trendstudie von diesem Mai angestiegen. „Bei einer erschreckend großen Minder-

heit haben sich die psychischen Sorgen verfestigt und verdichtet, sodass dringende Unterstützung notwendig ist“, sagte Schnetzer. Es sei nicht zu übersehen, dass bei vielen jungen Menschen die Kräfte der psychischen Abwehr verbraucht seien. Die Überlagerung von Krisen verlangt den Jugendlichen zum Teil zu viel ab.

Streben nach Work-Life-Balance

Schon seit einigen Monaten hängen die größten Sorgen der 14- bis 29-Jährigen mit der Inflation zusammen. Noch im März erschien der Krieg in der Ukraine den Jugendlichen als größte Bedrohung. Der bisherige Dauerbrenner der „Generation Z“, die Angst vor den Folgen des Klimawandels, hat laut der Studie abgenommen.

Zwar bereitet der Klimawandel mit 55 Prozent mehr als der Hälfte der Jugendlichen Sorge, aber 68 Prozent antworten mit Krieg in Europa und sogar 71 Prozent mit Inflation auf die Frage: „Welche wirtschaftlich-gesellschaftlichen Themen bereiten dir Sorge?“ Drei von vier Jugendlichen befürchten wachsende Kosten für Nahrungsmittel, Strom und Gas. Immerhin 41 Prozent äußerten die Angst, die Miete künftig nicht mehr zahlen zu können. 54 Prozent fürchten eine Wirtschaftskrise und 49 Energieknappheit.

Jeder fünfte Jugendliche hat Schulden. „Das wird unter jungen Menschen kaum besprochen“, sagt Schnetzer. Viele geben Geld aus, das sie nicht haben. Die Möglichkeit, etwa bei Klarna oder PayPal,

später zu bezahlen, würde eine realistische Einschätzung der Situation erschweren. Investitionen bei Plattformen wie Trade Republic zeigten, dass es jungen Menschen oftmals nicht bewusst ist, dass sie auch Geld verlieren können. „Offenbar ist ihnen nicht greifbar genug, dass reales Geld, reale Schulden mit realen Konsequenzen drohen“, sagen die Befragten.

Auffallend ist laut den Autoren, dass sich generell eine Werteververschiebung abzeichnet. Ein geruhsames Leben erst im Alter erscheint vielen jungen Menschen nicht erstrebenswert. „Die Generation strebt nach einem vernünftigen Ausgleich von Arbeit und Freizeit. Sie wollen ihre besten Jahre nicht verschenken“, sagen die Autoren. Peter Entinger

● MELDUNGEN

Katar liefert an Deutschland

Doha – Katars Regierung gab bekannt, dass Qatar Energy mit Deutschland einen Liefervertrag für Flüssigerdgas (LNG) abgeschlossen hat. 15 Jahre lang sollen jährlich zwei Millionen Tonnen LNG geliefert werden. Wie es aus Doha heißt, soll das Gas an das US-Unternehmen Conoco Phillips gehen, das es dann weiter nach Brunsbüttel liefert. Ryan Lance, der Chef von Conoco Phillips, sagte, dass das Gas in Deutschland bei verschiedenen Käufern vermarktet werden soll. Beginn der Lieferungen ist allerdings erst im Jahr 2026. Zuerst müssen noch LNG-Terminals an Nord- und Ostsee gebaut werden, um die ausbleibenden Gaslieferungen aus Russland durch Flüssiggas ersetzen zu können. Wirtschaftsminister Robert Habeck sieht den Vertragsabschluss positiv, will sich aber zu Details nicht äußern. Im Frühjahr hatte er entgegen den Prinzipien der rot-grünen Regierung den Energiekauf in Autokratien verteidigt. MRK

LNG-Gas auch für China

Peking/Doha – Die Volksrepublik China und Katar haben den möglicherweise umfangreichsten Vertrag aller Zeiten über die Lieferung von Flüssigerdgas (LNG) abgeschlossen: Die beiden Staatskonzerne Qatar Energy und Sinopec Group vereinbarten, dass das Wüsten-Emirat am Persischen Golf ab 2026 über 27 Jahre mehr als 100 Millionen Tonnen LNG im Wert von rund 60 Milliarden US-Dollar an China liefert. Damit stach Sinopec andere Interessenten an katarischem Erdgas aus, die keine langfristigen Abnahmeverpflichtungen eingehen wollen. Durch das Geschäft kann die Führung in Peking der chinesischen Wirtschaft in den kommenden Jahrzehnten eine kontinuierliche und stabile Versorgung mit Flüssigerdgas garantieren, und das zu stabilen Preisen ohne unberechenbare Preisschwankungen. Katar wiederum ist in der Lage, langfristig in die Steigerung seiner Produktionskapazitäten zu investieren. W.K.

Rapider Wertverlust

Menlo Park – Nachdem der Börsenwert der fünf größten US-Technologiekonzerne Amazon, Alphabet/Google, Apple, Microsoft und Meta Plattformen (Facebook) auf dem Höhepunkt der Corona-Pandemie bis auf elf Billionen Dollar geklettert war, liegt er nun nur noch bei sechs Billionen. Die Hauptursache hierfür ist das Ende der Pandemie, das dazu führt, dass die Menschen wieder zu ihren alten Gewohnheiten zurückkehren, also nicht mehr so viel online bestellen und weniger im Digitalen leben. Dadurch erweisen sich viele Investitionen seit 2020 als Verlustgeschäft, und es gibt riesige Personalüberhänge. Hinzu kommt der starke Rückgang der Werbeeinnahmen infolge der Rezession. Besonders angeschlagen ist Meta Plattformen aufgrund des schleppenden Geschäfts mit dem Metaversum, einer virtuellen Parallelwelt. Deshalb entlässt das Unternehmen nun 11.000 Mitarbeiter. Das sind rund 13 Prozent der Belegschaft. W.K.

KOMMENTARE

Seien wir gewarnt

HANS HECKEL

Die Bilder von den Unruhen in China sind auf unerträgliche Weise ermutigend und erschreckend zugleich. Ermutigend, weil sie zeigen, wie Freiheitswille sowie das Streben nach Demokratie und Rechtsstaat selbst in einem Volk wach und kampfbereit leben können, das bei allen Lockerungen der Post-Mao-Ära nie wirklich in einem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat gelebt hat. Erschreckend ist die unbändige Brutalität, mit welcher das kommunistische Regime auf die Erhebung des Volkes antwortet.

China ist zudem eine Warnung: In der roten Volksrepublik kann die Welt beobachten, wie Pandemie- und Lockdown-Politik offensichtlich dafür missbraucht werden können, die Freiheit der Bürger auf Dauer zu unterdrücken – selbst wenn diese Freiheit schon zuvor begrenzt war. Dass das Regime von Xi Jinping auf eine besonders drastische „No-Covid-Politik“ gesetzt hat, liegt offensichtlich weit weniger an einem übersteigerten Streben nach möglichst

perfektem Gesundheitsschutz. Nach dem Motto „Vergeude nie eine Krise“ sah das Regime vielmehr eine Chance, qua Ausnahmezustand die Rechte des Volkes zu zerstören, ohne dabei die Fratze des Despoten zeigen zu müssen.

Deutschland ist nicht China und unsere Bundesrepublik keine diktatorische Volksrepublik. Doch der Verlust der Freiheit verläuft häppchenweise. Autoritäre Geister treiben überall auf der Erde ihr Unwesen – und lauern auf Chancen. So hatte es auch in Deutschland Stimmen gegeben, welche sich darüber öffentlich freuten, welche gute Blaupause die Corona-Zwangmaßnahmen für künftige Freiheitsbeschränkungen abgegeben hätten – ob für den „Klimaschutz“ oder anderes.

Glücklicherweise konnten sich diese Kräfte in Deutschland nicht durchsetzen. Gerichte haben manch übertriebene Maßnahmen gebannt oder zumindest nachträglich verurteilt. Ein wachsender gesellschaftlicher Druck drängt mit Macht und Erfolg zurück in die Normalität. China aber sollte uns allen eine Mahnung bleiben.

Keine zweite Ukraine!

MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Die „Multivektor“-Politik des kasachischen Präsidenten Kassym-Schomart Tokajew, das heißt, sein Versuch, der bedeutendsten Wirtschaft in Zentralasien ein größeres geostrategisches Gewicht zwischen West und Ost zu verleihen, erinnert an das Handeln des ehemaligen ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch.

Beiden gemeinsam ist, dass sie derselben Politikergeneration entstammen und ihre berufliche Laufbahn in der Sowjetunion begann. Während Tokajew einer Intellektuellenfamilie entstammt, wuchs Janukowitsch in einer Arbeiterfamilie in der Region Donezk auf. Gemeinsam ist beiden, dass sie noch vor dem Zerfall der Sowjetunion in führenden Positionen eingesetzt waren.

In der Post-Sowjetära unterscheidet sich ihr Weg maßgeblich. Während Janukowitsch stets in der Ukraine verblieb, sammelte Tokajew als Außenminister

Kasachstans wie zuvor schon als Botschafter der Sowjetunion in Singapur und China Auslandserfahrung.

Janukowitschs Lavieren zwischen dem großen Nachbarn Russland einerseits sowie EU und NATO andererseits endete im Fiasko. 2014 wurde er als ukrainischer Präsident von der Euro-Majdan-Bewegung gestürzt. Sein oft widersprüchliches Handeln gepaart mit diplomatischem Ungeschick sowie dem Druck, dem dieser am Ende vonseiten der EU wie von Russland ausgesetzt war, legten schließlich den Grundstein für den heutigen Ukrainekrieg.

Dass Tokajews Affronts gegen Putin und sein Streben nach Handelsbeziehungen unter Umgehung Russlands Gefahren bergen, dürfte ihm durchaus bewusst sein. Ob Kasachstan jedoch eine zweite Ukraine wird, hängt nicht zuletzt davon ab, ob die EU aus ihren Fehlern gelernt hat. Tokajew erhält zum anderen Rückendeckung aus China, die Janukowitsch nicht zuteil wurde.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Teus; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbebotschaften der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Telefon Faxredaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Telefon Faxvertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de



Mit der „One Love“-Binde auf der Ehrentribüne während der Fußball-WM in Katar: Bundesinnenministerin Nancy Faeser

KOLUMNE

Ziel oder Mittel?

FLORIAN STUMFALL

Was die deutsche Fußballnationalmannschaft in Katar an Peinlichkeit dadurch verursacht hat, dass man sich – Verbandsführung wie Spieler – zum Spielball des politisch-korrekten Zeitgeistes hat machen lassen, ist vielfach erörtert worden. Doch über die gegenwärtigen Misslichkeiten hinaus war die ebenso törichte wie überflüssige Demonstration, der Bundesinnenministerin Nancy Faeser noch einen persönlichen Akzent verpasste, tiefergehendes Sinnbild einer Geisteshaltung, welche die Stellung Deutschlands in der Welt und sein Verhältnis zu anderen Staaten berührt.

Nachdem die damalige Kanzlerin Angela Merkel im Jahre 2015 alle Welt nach Deutschland eingeladen hatte und die derzeitige Ampelkoalition beschlossen hat, sie darin noch zu übertreffen, regt sich ein von den Medien schlecht unterdrücktes Unbehagen in weiten Teilen der Bevölkerung. Diesem tritt der politisch-mediale Komplex dadurch entgegen, dass er die Wichtigkeit und den edlen Charakter einer Pflege des Multikulturalismus hervorhebt und jede Kritik daran als Ausdruck der Fremdenfeindlichkeit ächtet. Je mehr kulturferne Traditionen in Deutschland an Geltung gewinnen, so Absicht und Propaganda, umso besser sei dies für das Land.

Diese Haltung aber steht in einem auffälligen Gegensatz zu den Üblichkeiten des Alltags der deutschen Diplomatie, die darin kulminieren, dass Regierung, kirchliche Einrichtungen, alle möglichen Organe der Entwicklungshilfe, Gewerkschaften sowie Verbände aller Art und mit unterschiedlicher Legitimation sich das Ziel gesetzt zu haben scheinen, aller Welt westliche Sichtweisen und Überzeugungen nahezubringen, wenn es sein muss mit Gewalt.

Deutsche Ideologie

Als Rechtfertigung dient die Hypothese, das, was die europäische Tradition als Menschenrechte benannt hat, besitze weltweite Gültigkeit. Diese Behauptung verkennt, dass diese Rechte, sollten sie denn für jeden und überall gelten, ein überall gleiches Menschenbild voraussetzen, das heißt, gleiche Kultur, Traditionen, gesellschaftliche Sitten und religiöse Überzeugung. Eine solche Annahme aber ist völlig unsinnig, wie allein schon ein Blick ins Wochenprogramm der Fernsehanstalten zeigt, wo zahlreiche Dokumen-

tationen über fremde Länder und die dortigen Gepflogenheiten gezeigt werden, die sich von den europäischen durch die Bank teils erheblich unterscheiden.

Erst vor wenigen Tagen wandte sich Wjatscheslaw Wolodin, der Vorsitzende der russischen Staatsduma, an die westlichen Länder und rief: „Hört auf damit, uns eure Werte aufzuzwingen; ihr habt eure Werte und wir haben die unsrigen!“ Wenn nun schon dieser Vorwurf der weltanschaulichen Bevormundung aus dem orthodoxen Kulturkreis erklingt, der dem lateinischen Abendland doch am engsten

In Deutschland gilt der selbstgefällige ethische Anspruch als Ziel, in den USA und dem UK als Mittel, die eigene Machtpolitik voranzubringen

verwandt ist, um wie viel mehr muss diese Bevormundung in gänzlich fremden Kulturen die Menschen vor den Kopf stoßen. Die These von der globalen Gültigkeit der Menschenrechte ist schon hier gescheitert. Samuel P. Huntington, der großartige Analyst und Autor des Werkes „Kampf der Kulturen“, schreibt: „Der Nichtwestler betrachtet als westlich, was der Westen als universal betrachtet.“

Doch dagegen werden die Vereinten Nationen ins Feld geführt, die überall von Nutzen scheinen, wo man einen weltumspannenden Gleichheitswahn wie ein engmaschiges, erstickendes Netz über Länder und Menschen legen will. Hier heißt es, die Erklärung der Menschenrechte sei von so gut wie allen Mitgliedern der UN unterzeichnet worden, was die Gültigkeit dokumentiere. Das ist insofern richtig, als tatsächlich fast alle Länder das Dokument unterschrieben haben, ein paar Exoten ausgenommen.

Zu diesen Exoten aber gesellen sich auch die USA, welche die Konvention zwar unterschrieben, aber nie ratifiziert haben und ihr so die Rechtswirksamkeit nehmen. Für Washington war es daher umso pro-

blemloser, nach dem 11. September 2001 durch den Patriot Act die wichtigsten geltenden Bürgerrechte außer Kraft zu setzen. Nachdem aber sogar die USA sich der UN-Menschenrechtskonvention verweigern, kann von deren Allgemeingültigkeit nicht mehr die Rede sein.

Angelsächsischer Pragmatismus

Doch es gibt noch ein weiteres aussagekräftiges Beispiel. Die islamischen Länder, immerhin die Vertretung von über einer Milliarde Menschen, hat im Jahre 1990 die „Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam“ verabschiedet. Darin wird festgehalten, dass man zwar Grundrechte anerkenne, diese aber unter dem Vorbehalt stehen, dass sie der Lehre des Propheten nicht widersprechen. Es gilt daher die Scharia, nicht ein einklagbares individuelles Recht.

Dennoch beharrt Deutschland – und im Gefolge und abgestuft einige andere westliche Länder – darauf, die eigene Sicht vom Menschen, seiner Art und seinen Rechten zum Maßstab für die Welt zu machen. Es vergeht kein Staatsbesuch in einem missliebigen, weil kulturell andersartigen Land, in dem nicht der deutsche Gast als erstes auf die Lage der Menschenrechte bei seinen Gastgebern aufmerksam macht, diese nach Art eines Schullehrers rügt und Besserung einfordert. Dass man sich damit selbst und seinen politischen Zielen durchweg schadet, wird in Kauf genommen; Hauptsache scheint zu sein, dass der betreffende Politiker, wieder daheim in Deutschland, sich in Pose werfen und sagen kann: „Den Chinesen hab ich es aber gezeigt!“ Hier wird eine ideologische Verblendung sichtbar, die der Lust an der Selbstzerfleischung nahekommt.

Die Vereinigten Staaten oder auch das Vereinigte Königreich sind da pragmatischer. Zwar führen sie auch die Menschenrechte im Panier, unterstreichen ihren Anspruch an andere Länder aber im Bedarfsfall mit dem Einsatz kriegerischer Mittel, um die eigenen Interessen zu verfolgen. Libyen, Syrien oder Somalia sind nur drei Beispiele von vielen. Der Pragmatismus nämlich führt dazu, dass man nicht wie in Deutschland den selbstgefälligen ethischen Anspruch als Ziel, sondern als Mittel betrachtet, die eigene Machtpolitik voranzubringen.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Bankrott einer Kulturnation

Der Goldraub von Manching offenbart einmal mehr den schludrigen Umgang hierzulande mit dem kulturellen Erbe

VON RENÉ NEHRING

Der Raub des Kelten-Goldschatzes von Manching ist ein Desaster. Am 22. November 2022 brachen Unbekannte in das Kelten-Römer-Museum in der oberbayerischen Marktgemeinde ein und stahlen sämtliche 483 Goldmünzen sowie einen rund 200 Gramm schweren Goldklumpen aus der Zeit um 100 vor Christus (siehe zu dem Schatz auch die folgende Seite).

Nur neun Minuten brauchten die Täter, um einen der größten Goldfunde des 20. Jahrhunderts ins Ungewisse verschwinden zu lassen. „Ungewiss“ vor allem deshalb, weil angesichts der Tatsache, dass derartige Schätze gewöhnlich schwer zu verkaufen sind, zu befürchten ist, dass die Münzen eingeschmolzen werden. Zuvor hatten die Räuber mehrere Glasfaserkabel der Telekom durchtrennt und so nicht nur den Zugang der Gemeinde zum Internet gekappt, sondern auch die Alarmanlage des Museums ausgeschaltet.

Nachlässigkeit und Ignoranz

Die Umstände des Goldraubs sind bezeichnend für den Umgang des deutschen Rechts- und Kulturstaats mit den ihm anvertrauten Gütern. Denn das Verbrechen von Manching ist nicht das erste dieser Art. Im November 2019 brachen Diebe in das Dresdner Grüne Gewölbe ein und stahlen 21 Schmuckstücke mit rund 4300 Diamanten in einem Gesamtwert von weit über 100 Millionen Euro. Im März 2017 raubten Einbrecher eine 100 Kilogramm schwere Goldmünze aus dem Berliner Bode-Museum. Der Schaden hier: knapp vier Millionen Euro. Und im März 2008 stahlen Räuber das Borghorster Stiftskreuz, das zu den bedeutendsten Goldschmiedearbeiten der Ottonen-Zeit gehört.

Eine solche Häufung von Vorfällen wirft Fragen auf. Eine naheliegende ist die nach den Tätern, die ausweislich ihres



Schadensaufnahme: Eine leereräumte Vitrine im Kelten-Römer-Museum Manching

Foto: pa

Vorgehens absolute Profis waren. In der Sache des Juwelenraubs von Dresden stehen sechs Mitglieder des arabischen Remmo-Clans vor Gericht, der seit Jahren regelmäßig im Zusammenhang mit schwersten Straftaten genannt wird. Und für den Einbruch im Bode-Museum wurden zwei Remmo-Clan-Mitglieder zu je viereinhalb Jahren Haft verurteilt. Da beide Verbrechen eine ähnliche Handschrift wie der Raub von Manching aufweisen, gerieten die Remmos umgehend in Verdacht, auch nun wieder ihre schmutzigen Finger im Spiel zu haben. Bewiesen ist das nicht. Und doch stellt sich die Frage, wie es sein kann, dass diese Täter den deutschen Rechtsstaat immer wieder vorführen?

Eine weitere Frage ist, wie leicht kriminelle Kulturgüter stehlen können. Offenkundig ist es nicht allzu schwer, im Land der Dichter und Denker die Sicherheitskonzepte der Museen und Ausstellungshäuser auszuhebeln. Offenkundig wird niemand von den dort Verantwortlichen misstrauisch, wenn ein Stromausfall die eigenen Schutzvorkehrungen aushebelt. Und offenkundig gibt es für viele Einrichtungen keinen Wachschatz, der wenigstens sporadisch nach dem Rechten sieht und bei Bedarf sofort eingreift. In Manching wurde der Raub erst am nächsten Tag bemerkt, in Dresden beobachteten Sicherheitsleute zwar die Tat auf einem Monitor, durften aber „aus Sicher-

heitsgründen“ nicht selbst einschreiten, sondern mussten die Polizei informieren.

Natürlich kann in einem Land wie Deutschland mit seiner einzigartigen Dichte an kulturellen Schätzen nicht jeder Ort rund um die Uhr wie eine Festung bewacht werden. Aber dass man in bedeutende Stätten der Weltkultur einfach hineinspazieren kann, sobald man den Strom ausgeschaltet hat, macht sprachlos.

Der niedrige Stellenwert der Kultur

Und so gilt es, noch vor allen Sicherheitsfragen darüber zu sprechen, welchen Stellenwert historische Gemälde, Skulpturen, Bücher und Handschriften hierzulande haben. Denn die Museen, Archive und Bi-

bliotheken, in denen diese lagern, sind ja nicht nur von Räufern bedroht, sondern auch von Schlamperei und Vernachlässigung. 2004 fielen 50.000 Bände der Anna-Amalia-Bibliothek in Weimar einem verheerenden Feuer zum Opfer. Als Ursache gilt ein Schweißbrand, der durch ein veraltetes Kabel ausgelöst wurde. Ein Debakel also, das vermeidbar gewesen wäre.

Und in Köln stürzte 2009 das historische Stadtarchiv zusammen, weil gleich nebenan waghalsig ein U-Bahn-Tunnel gebaut wurde und selbst ein Absinken des Gebäudes um 20 Millimeter während der Bauarbeiten niemanden alarmierte. So fiel ein Bauwerk, das immerhin den Zweiten Weltkrieg, der Köln in Schutt und Asche legte, schadlos überstanden hatte, der Ignoranz unserer Tage zum Opfer. Der materielle Schaden geht in die Milliarden, der ideelle ist nicht zu benennen.

Doch zurück zu Manching: Wo bleibt in dieser Sache ein Wort der zuständigen Kulturstaatsministerin, die qua Amt oberste Lobbyistin in Sachen Kultur sein sollte? Wo bleibt zum Beispiel ein Appell an die Nation, endlich die Gefahren für das in Deutschland liegende Kulturgut zu erkennen und dieses angemessen zu sichern? Zu vernehmen war Claudia Roth dazu in den vergangenen Tagen nicht. Auch auf ihrer dienstlichen Webseite findet sich dazu nichts. Dafür unter dem Stichwort „Green Culture“ ein Plädoyer für einen „Aufbruch zu mehr Nachhaltigkeit in Kultur und Medien“ – was auch immer das im Kontext der Kultur sein soll. Gibt es etwas Nachhaltigeres als einen jahrtausendealten Goldschatz – und dessen Aufbewahrung an einem sicheren Ort?

Derlei Nicht-Reaktionen sowie auch der Befund, dass der Raub von Manching schon wenige Tage später aus dem Fokus der Öffentlichkeit weitgehend verschwunden ist, lassen indes befürchten, dass die Deutschen auch in Zukunft so manches „Manching“ erleben werden.

FILMKRITIK

Verrauschender Humor

Weltuntergang mit deutscher Unterstützung – Die Verfilmung von Don DeLillos Roman „Weißes Rauschen“

Fragt man nach den großen Themen, die uns in diesen Zeiten beschäftigen, kommt man schnell auf Seuche und Krieg. Anklänge dazu kann man schon in einem prophetischen Roman finden, der Mitte der 1980er Jahre in den USA erschienen ist. Don DeLillos „Weißes Rauschen“ wurde damals schon als Meisterwerk betrachtet, das so zeitlos das ganze Elend der Welt beschreibt, dass seine Landsleute dem Autor, der später hochpolitische Romanhits wie „Mao II“ oder „Unterwelt“ nachlegte, neben US-Kollegen wie Thomas Pynchon oder Richard Ford seit Jahrzehnten den Literaturnobelpreis gönnen.

Mit der Verfilmung von „Weißes Rauschen“ macht der US-Streamingdienst Netflix jetzt wieder Werbung für DeLillo. Bevor der Film ab dem 30. Dezember über Netflix zu sehen ist, erscheint er vom 8. Dezember an in den deutschen Kinos. Dass der Streamingkonzern den Streifen zuerst in den Kinos auswertet, dürfte auch daran liegen, dass mit Lars Eidinger und Barbara Sukowa zwei deutsche Schauspielstars mitwirken, wenngleich auch erst gegen Ende des Films. Und schließlich spielt auch Hitler eine Rolle.

Denn der Protagonist ist ein Hitler-Forscher, der seinen Studenten erklärt, wie der Diktator einst Deutschland an die Wand gefahren hat, der aber nicht erkennt, wie tief die eigene konsumorientierte Welt bereits in den Abgrund starrt. Schließlich bricht die Katastrophe in Form eines Chemieunfalls herein, bei

dem der Hitler-Dozent samt Patchworkfamilie panisch aus der Kleinstadt flieht. Was folgt, ist ein Untergangsszenario, das in bester Science-Fiction-Tradition mit ästhetisch-apokalyptischen Bildern an Filme wie „Independence Day“ erinnert.

Wenn sich die Menschen mit Masken und Schutzanzügen vor den giftigen Ga-

sen schützen, ist das sicher keine ungewollte Analogie zur heutigen Pandemie. Der Film ist schließlich mitten in der Lockdown-Zeit im Frühjahr 2021 entstanden. Vom Ukrainekrieg war damals noch nicht die Rede. Und doch klopft nach der Heimkehr der Familie ins traute Heim am Ende der Krieg an die Tür – genauer der Drogenkrieg in Form einer Substanz namens Dylar. Lars Eidinger fungiert hier als schmieriger Dealer, dessen pennerhaftes Auftreten trotz weniger Einsatzminuten ebenso ein Höhepunkt des Films ist wie Barbara Sukowa als gotteslästernde Nonne im Lazarett dieses Alltagskrieges.

Dagegen bleiben Adam Driver als Dozent und Greta Gerwig als seine Frau regelrecht blass. Regisseur Noah Baumbach hat für seinen Film auf die altbewährten Darsteller seiner früheren Großstadtkomödien wie „Francis Ha“ zurückgegriffen. Entsprechend komödiantisch sollte das absurde Theater in „Weißes Rauschen“ herüberkommen. Der Humor verrauscht allerdings in diesem Film, der die Komplexität der – durchaus spaßhaften – Romanvorlage nur selten in den Griff bekommt.

Harald Tews



Auf der Flucht: Hitler-Dozent Jack Gladney (Adam Driver) mit Familie

MELDUNGEN

300 Jahre Ort der Kunst

Wien – Das Wiener Belvedere feiert 2023 sein 300. Jubiläum. Aus diesem Anlass läuft dort bis zum 7. Januar die Ausstellung „Das Belvedere. 300 Jahre Ort der Kunst“, welche die wechselnde Nutzung der barocken Schlossanlage thematisiert. 1723 fertiggestellt, diente die Anlage ursprünglich als Sommerresidenz des Prinzen Eugen von Savoyen. www.belvedere.at tws

100 Jahre Kleist-Museum

Frankfurt an der Oder – Am 22. November 1922 eröffnete im Geburtshaus Heinrich von Kleists der Vorläufer des heutigen Kleist-Museums. Zum diesjährigen Jahrestag erhalten Besucher bis zum 11. Dezember den Katalog zur Dauerausstellung im Wert von 19,50 Euro gratis. Die aktuelle Sonderausstellung „Kleist romantisch“ ist noch bis zum 15. Januar zu sehen. Internet: www.kleist-museum.de tws

KELTSCHATZ

Gestohlene „Regenbogenschüsselchen“

Der aus dem Kelten-Römer-Museum entwendete Münzschatz zeugt von einer der größten keltischen Ortschaften in Europa

VON WOLFGANG KAUFMANN

Wenn die Bauern in Süddeutschland früher nach einem Regenguss ihre Äcker bearbeiteten, stießen sie manchmal auf glitzernde runde schüsselförmige Goldstückchen mit geometrisch-abstrakten Mustern, für deren Herkunft sie zunächst keine Erklärung fanden. Bis dann irgendwann das Gerücht aufkam, das seien vom Ende eines Regenbogens zur Erde geglittene Tropfen. Aufgrund dieser „himmlischen“ Natur schrieben die Landbewohner den „Regenbogenschüsselchen“ viele heilende Wirkungen zu. Angeblich ließen sich damit Krämpfe, Fieber, Geburtswehen und die Fallsucht lindern. Dementsprechend schätzte man die Objekte nicht nur wegen ihres Materialwertes.

Inzwischen ist klar, dass die seltsamen Fundstücke Münzen der Kelten sind, also jener hochentwickelten Volksgruppe, die in der Eisenzeit große Teile Europas besiedelte und ihr eigenes Geld herstellte. Es gibt Sammler, die für eine derartige keltische Goldmünze über 4000 Euro zahlen. Dieser Umstand ist wohl auch dafür verantwortlich, dass unbekannte Täter in der Nacht vom 21. zum 22. November in das Kelten-Römer-Museum in Manching unweit von Ingolstadt einbrachen und dort 483 „Regenbogenschüsselchen“ stahlen. Zu Recht bezeichnete der bayerische Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, Markus Blume (CSU), dies als eine „Katastrophe“.

483 „Regenbogenschüsselchen“

Bei dem Diebesgut handelt es sich nämlich nicht um ein x-beliebiges Konvolut keltischer Münzen, sondern um den größten zusammenhängenden Münzschatz aus der Epoche der Kelten, der im 20. Jahrhundert gefunden wurde. Die spektakuläre Entdeckung der Goldstücke gelang Matthias Leicht vom Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege am späten Nachmittag des 26. August 1999 im Zuge planmäßiger Ausgrabungen südlich der Bahnhofstraße von Manching. Nachdem seine Kollegen das Areal schon verlassen hatten, um Feierabend zu machen, stieß der Archäologe hier zunächst



Bis zum Einbruch im Kelten-Römer-Museum im oberbayerischen Manching: Goldmünzen der Kelten

Foto: pa

auf eine einzelne Münze. Danach suchte er systematisch mit dem Metalldetektor weiter. Leicht konnte den gesamten Schatz, zu dem neben den „Regenbogenschüsselchen“ auch noch ein 217 Gramm schwerer Goldklumpen und drei Bronzeringe gehörten, orten beziehungsweise bergen, bevor die Dunkelheit hereinbrach und eventuelle Raubgräber auf dem Plan erschienen.

Laut dem Direktor der Archäologischen Sammlung München liegt der Handelswert der Goldmünzen bei rund 1,6 Millionen Euro. Man gehe von einem Verkaufspreis von 3000 bis 4000 Euro pro Münze aus, sagte Rupert Gebhard. Den reinen Materialwert des Goldes bezifferte Gebhard auf aktuell rund 250.000 Euro.

Die nähere numismatische Untersuchung der Münzen von jeweils rund sieben Gramm Gewicht ergab, dass es sich

um Prägungen des keltischen Stammes der Boier aus der Zeit um etwa 100 v. Chr. handelte. Dies ist insofern bemerkenswert, als die Boier seinerzeit vor allem in Böhmen lebten, während im Raum Manching die ebenfalls keltischen Vindeliker siedelten. Also müssen die Geldstücke einen weiten Weg zurückgelegt haben, was auf Handelskontakte zwischen den Boiern und Vindelikern hindeutet.

Unklar ist hingegen, unter welchen Umständen der Schatz in den Boden gelangte. Wenn es sich um kein rituelles Opfer handelte, kommt vor allem ein Verstecken im Zuge von kriegerischen Handlungen in Frage. Der Besitzer scheint diese nicht überlebt zu haben, denn sonst hätte er sein Geld wohl wieder ausgegraben.

Kaum kann verwundern, dass die „böhmischen“ Münzen in Manching auftauchten. Dort befand sich nämlich wäh-

rend der Eisenzeit ein sogenanntes Oppidum. Die befestigte stadtartige Siedlung lag an der Kreuzung wichtiger Handelsrouten von Nord nach Süd und Ost nach West. Deren Geschichte begann zum Ende des 4. Jahrhunderts v. Chr. Gegen 150 v. Chr. avancierte das Oppidum zu einer der größten keltischen Ortschaften in ganz Europa. Wahrscheinlich diente es als Hauptsitz des Stammes der Vindeliker. Auf jeden Fall nahm die bebaute Fläche zur Mitte des zweiten vorchristlichen Jahrhunderts 380 Hektar ein, auf denen zwischen 5000 und 10.000 Menschen lebten.

Von der überragenden Bedeutung des Oppidums von Manching zeugt die gewaltige Ringmauer von über sieben Kilometern Länge, welche die gesamte Siedlung umfasste. Sie bestand aus insgesamt 11.800 Festmetern Holz, 20.000 Tonnen Kalkstein und 200.000 Kubikmetern Er-

de zur Verfüllung der Hohlräume der Konstruktion und wurde um 100 v. Chr. sowie dann nochmals zu einem späteren Zeitpunkt erneuert.

Hauptsitz der Vindeliker

Rund drei Jahrzehnte nach der Errichtung der ersten Mauer, um 120 v. Chr., drangen die Römer nach Südgallien vor und trieben damit einen ersten Keil in das keltische Territorium. Währenddessen zogen die aus dem Norden kommenden germanischen Kimbern und Teutonen durch Bayern. Dabei kann es zu Kämpfen im Raum Manching gekommen sein.

Das Ende der dortigen Siedlung resultierte jedoch nicht aus militärischen Konflikten. Vielmehr führte der Zusammenbruch des keltischen Wirtschafts- und Handelssystems gegen Ende des 1. Jahrhunderts v. Chr. zu einem deutlichen Rückgang der Bevölkerung und zur rapiden Verödung des Oppidums. Daher fanden die Römer bei ihrem Eintreffen im Jahre 15 v. Chr. nur noch kärgliche Reste der einstmaligen blühenden Ortschaft vor.

Unser heutiges Wissen über das Oppidum von Manching resultiert aus archäologischen Untersuchungen, die schon ein gutes Jahrhundert vor 1999 begannen, nämlich im Jahre 1892. Allerdings wurde ab 1936 ein Flugplatz in Manching angelegt, wodurch es zu massiven Zerstörungen der Fundstätte kam. Dennoch konnten zwischen 1955 und 2018 im Rahmen mehrerer großer Grabungskampagnen noch wesentliche Reste der keltischen Siedlung freigelegt werden. Die hierbei gefundenen Artefakte, darunter neben dem Münzschatz auch ein einzigartiges vergoldetes Kultbäumchen aus dem 3. Jahrhundert v. Chr., kamen allesamt in das Kelten-Römer-Museum von Manching, das 2006 eröffnet und nunmehr auf so spektakuläre Weise bestohlen wurde.

Schon vorher gab es Anzeichen, dass sich Kriminelle vor Ort herumtreiben. So haben Raubgräber im Mai dieses Jahres auf dem Gelände einer neuerlichen wissenschaftlichen Grabung nachts 140 Löcher geschaufelt, um den Archäologen zuvorzukommen. Ob sie dabei auch fündig wurden, ist bis heute unklar.

NAMIBIA

Das Curt-von-François-Denkmal in Windhuk wurde abgebaut

Die Statue des preußischen Offiziers und Gründers der Stadt ist verpackt und ins Unabhängigkeitsmuseum verbracht worden

Die Behörden in der namibischen Hauptstadt Windhuk haben am 23. November das Denkmal von Curt von François entfernt, wie es die Aktivistin Hildegard Titus seit dem Jahre 2020 gefordert hatte. Die 2,4 Meter hohe Bronzestatue wurde 1965, als Namibia von Südafrika verwaltet wurde, während der Feierlichkeiten zum 75-jährigen Bestehen von Windhuk enthüllt. Die Statue, die als Symbol der kolonialen Vergangenheit Namibias galt, ist die letzte einer ganzen Reihe von kolonialen Denkmälern, die schon entfernt wurden.

Die Statue von Curt von François wurde sorgfältig fachmännisch verpackt in das Unabhängigkeitsmuseum gebracht, um dort sicher aufbewahrt zu werden. Proteste oder Störungen gab es während der Prozedur nicht. Viele Menschen strömten zu dem beliebten Fotomotiv gegenüber dem Hilton Hotel, um letzte Fotos von dem Denkmal zu machen. Welche neue

Statue den Sockel auf dem jetzt leeren Platz zieren soll, wurde von der Stadt noch nicht entschieden.

Nicht alle Namibier sind glücklich über die Entfernung der Statue. In der Lokalzeitung „The Namibian“ kam Ruprecht von François zu Wort, der die Entfernung des Denkmals als eine Beleidigung für die Erben des Stadtgründers und eine Diskriminierung der Damara-Geschichte bezeichnete. Der 73-Jährige ist ein Urenkel von Curt von François aus einer Beziehung mit Amalia Gereses, einer Damara-Prinzessin. Seine uneheliche Tochter Josephine von François, die Curt von François als sein Kind anerkannte, hatte 1965 fast 100-jährig noch an der Einweihung des Denkmals in Windhuk teilgenommen. Die Volksgruppe der Damara, die zu den Ureinwohnern des Landes gehört, bildet mit heute acht Prozent der Gesamtbevölkerung eine der kleinsten Volksgruppen Namibias.



Vor dem Abbau: Das Curt-von-François-Denkmal in Windhuk

Curt von François war wie sein Vater preußischer Offizier. 1889 wurde er beauftragt, eine Schutztruppe zur Absicherung der deutschen Interessen in der neuen Kolonie Deutsch-Südwestafrika aufzustellen. An der Grenze der Siedlungsgebiete der Hereros und Namas, der beiden damals größten Völker des Landes, die miteinander verfeindet waren, legte der Geograph 1889 auf den Ruinen einer zerstörten Missionsstation eine kleine Feste an, um weiteren kriegerischen Aktivitäten der beiden Völker vorzubeugen. Die zerstörte Missionsstation trug den Namen „Klein-Windhuk“. Am 18. Oktober 1890 wurde auf François' Betreiben hin der Grundstein für die Feste „Groß-Windhuk“ gelegt. Hieraus entwickelte sich später Windhuk, die Hauptstadt Deutsch-Südwestafrikas, heute unter der Schreibweise „Windhoek“ Hauptstadt von Namibia. 1891 wurde François zum Reichskommissar und 1893 zum Landeshauptmann ernannt.

Nach vier Jahrzehnten versöhnten sich 1892 Hereros und Namas unter François' Vermittlung nicht zuletzt wegen der neuen militärischen Festung, die nun zwischen den Siedlungsgebieten der beiden Völker lag und sie trennte. Diese plötzliche Beendigung der Stammesfehden stärkte die beiden Völker und veranlasste sie gemeinsam zu einem Aufstand gegen die deutsche Kolonialherrschaft. Zuerst erhoben sich die Namas und ermordeten eine Reihe deutscher Farmer.

François befahl einen Angriff auf den Nama-Häuptling Hendrik Witbooi. Weil es François, der mittlerweile den militärischen Rang eines Hauptmannes bekleidete, nicht gelang, Witbooi zu bezwingen, wurde er im September 1895 von seinem Amt als Kommandeur der Schutztruppe entbunden und nach Deutschland zurückbeordert, wo er 1931 als Kritiker der Kolonialpolitik und Freund des Sozialisten August Bebel starb. *Bodo Bost*

VON CLAUDIA HANSEN

Schreie, Schüsse und donnerndes Artilleriefeuer: Wer in den Keller des General Post Office in Dublin geht, wird mitten in die dramatischen Szenen des Osteraufstands von 1916 hineingezogen, der damals blutig niedergeschlagen wurde. „Werdet Zeugen der Revolution“, verspricht die Ausstellung. Ein animierter Film auf einer riesigen gebogenen Drei-D-Videoleinwand macht den Besucher schwindelig. Zentrum der damaligen Ereignisse war das Hauptpostamt, das GPO. In diesem massiven Gebäude verschanzten sich die irischen Rebellen, bis die britische Armee sie niederbombte.

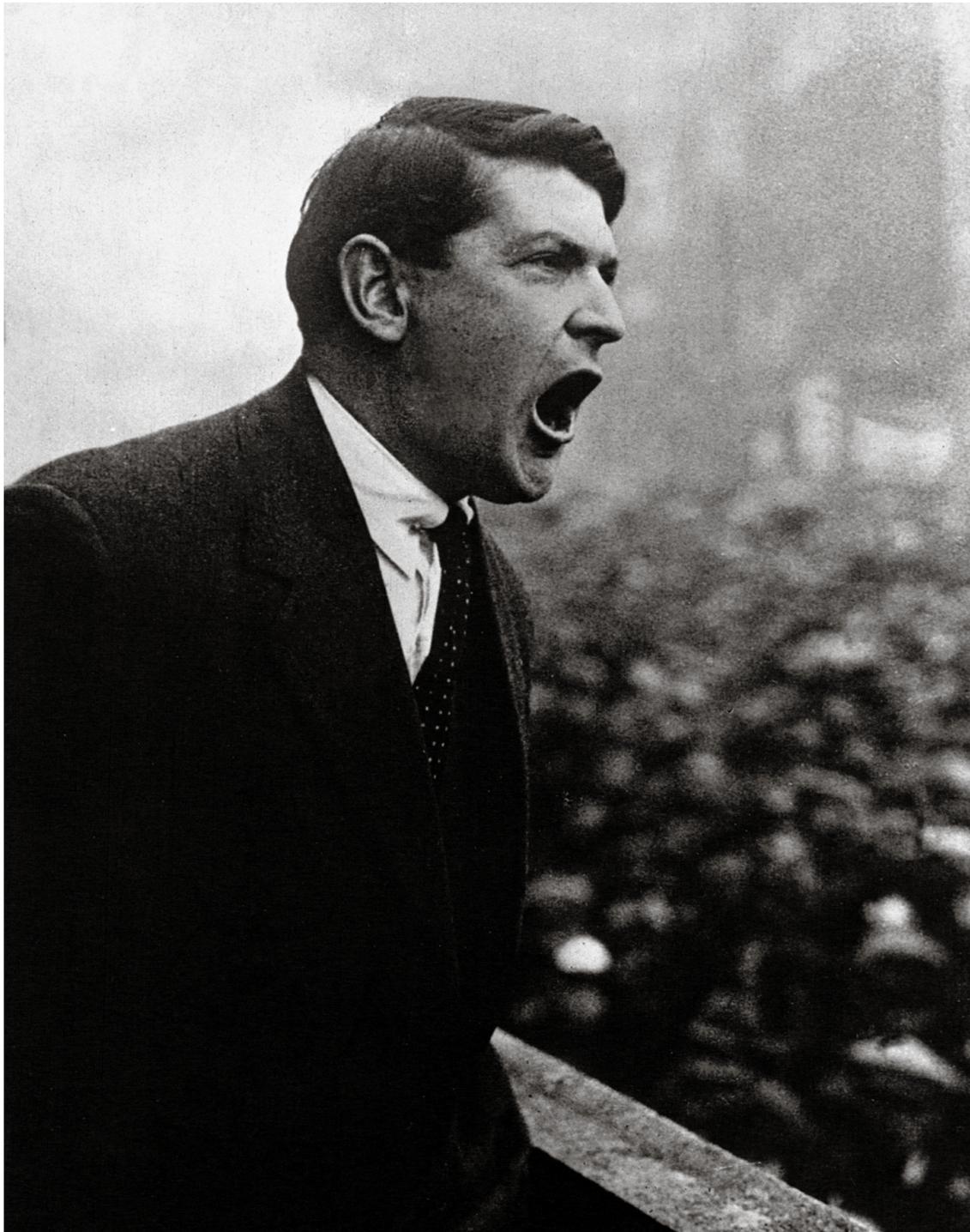
Der irisch-republikanische Osteraufstand im April 1916 war ein Himmelfahrtskommando, dilettantisch und naiv organisiert. Anfangs stand die Mehrheit der Bevölkerung Dublins auch gar nicht auf der Seite der militanten Rebellen, die hier mitten im Ersten Weltkrieg einen Unabhängigkeitskrieg starten wollten. Ihr Aufstand scheiterte nach nur sechs Tagen. Doch die harte Reaktion der Briten wendete das Blatt und löste eine Solidaritätswelle aus. Die Unabhängigkeitsbewegung gewann immer mehr Unterstützer, die radikale Partei „Sinn Féin“ (wir selbst) wurde zur Massenorganisation. Und nach einem zweieinhalbjährigen Unabhängigkeitskrieg 1919 bis 1921 sah sich London gezwungen, den Anglo-Irischen Vertrag zu unterzeichnen, der wenigstens für die 26 Grafschaften im katholischen Süden Irlands einen Freistaat vorsah.

Anglo-Irischer Vertrag

Der Weg dorthin war lang und opferreich. Im 19. Jahrhundert war ein neues irisches Nationalbewusstsein gewachsen. Dichter und Denker entdeckten die alte gälische Landessprache wieder und gründeten Kulturvereine wie die Gaelic League. Politisch wache Bürger forderten „Irish Home Rule“ – politische Selbstbestimmung. Ihnen war die Lage ihrer kleinen Insel schmerzhaft bewusst, die in den 1840er Jahren grauenhafte Verluste an Menschenleben während der Großen Hungersnot erlitten hatte und sich von London unterdrückt fühlte. Millionen Iren wanderten in dieser Zeit aus. Als Kolonie hing Irland von Londons Gutdünken ab, eine britisch-protestantische adelige Oberschicht beherrschte das Land politisch und auch ökonomisch. Zwei republikanische Aufstände 1848 und 1867 scheiterten, ebenso die ersten Anläufe für ein „Home Rule“-Gesetz. 1912 schien das von den Liberalen in Westminster eingebrachte (dritte) „Home Rule“-Gesetz zum Greifen nahe, die gemäßigten Nationalisten der Irish Party schienen erfolgreich.

Aber den radikalen, revolutionär gestimmten Republikanern genügte das nicht. 1905 hatten sie Sinn Féin gegründet und sannen auf eine Strategie zur politischen Unabhängigkeit. Auf der anderen Seite bildete sich die Ulster Volunteer Force, eine unionistische paramilitärische Miliz, die „Home Rule“ verhindern wollte. Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs verhinderte, dass das Gesetz in Kraft trat. Während der Vorsitzende der gemäßigten Irish Party alle Patrioten aufrief, sich als Freiwillige zum Dienst in der britischen Armee zu melden, sahen die militanten irischen Republikaner die Chance eines Aufstandes gegen die Briten, während diese vom Krieg gegen Deutschland abgelenkt sind.

Organisiert wurde der Aufstand von der Irish Republican Brotherhood, zu deren militärischen Anführern ab 1915 Männer wie Joseph Plunket und Patrick Pearse, ein Lehrer und Mitglied der Gaelic League, gehörten. Hinzu kamen der Gewerkschafter James Connolly von der Irish Citizen Army und weitere. Auch wenn Connollys sozialistische Bewegung das Motto vertrat „We serve neither King nor Kaiser, but Ireland“ (Wie dienen weder [dem britischen] König noch [dem deutschen] Kaiser, sondern Irland), wa-



Handelte 1921 den Anglo-Irischen Vertrag mit aus, der vor 100 Jahren zur Proklamation des Irischen Freistaats führte: Der Freiheitskämpfer Michael Collins als Redner auf einer Protestkundgebung in Dublin

Foto: mauritius

IRLAND

Als der Süden ein Freistaat wurde

Mit der Proklamation der Verfassung gründete der britische König vor 100 Jahren den Vorgänger der heutigen Republik

ren doch einige andere Rebellen zur Zusammenarbeit mit dem deutschen Kaiserreich bereit, getreu dem Motto: Der Feind meines Feindes ist mein Freund. Die deutsche Marine schickte sogar ein Schiff, die „Libau“, mit Gewehren und Sprengstoff zur Unterstützung des Osteraufstands, doch wurde der Blockadebrecher von der Royal Navy abgefangen, und dessen Kapitän sah sich zur Selbstversenkung gezwungen.

Am Ostermontag, dem 24. April 1916, war es so weit. Ein siebenköpfiges Komitee rief vor dem Hauptpostamt die Republik aus und erklärte sich zur provisorischen Regierung. Passanten reagierten eher verwundert, manche lachten. Der bewaffnete Aufstand geriet zum Fiasko. Statt einer landesweiten Erhebung folgten nur etwa 1200 Männer und ein paar Frauen in Dublin dem Ruf zu den Waffen. Unterstützt von einem Kanonenboot im Hafen machte die herbeigeilte britische Armee mit ihrer überlegenen Feuerkraft die Revolutionäre nieder. 458 Menschen starben, darunter mehr als ein Drittel Kinder und Jugendliche. Mehr als 3500 Aufstän-

dische verhafteten die Briten, 16 Anführer exekutierten sie, darunter Connolly, nachdem Pearse nach sechs Tagen Kampf die Kapitulation unterzeichnet hatte.

Irish Free State Constitution Act 1922

Doch die Niederlage verwandelte sich schrittweise in einen Sieg, da die Bevölkerungsmehrheit mehr und mehr zur Sache der irischen Republikaner neigte. Im Dezember 1919 gewann Sinn Féin bei der Parlamentswahl triumphal. Nur in der nordwestlichen Ecke des Landes, in Ulster, behielten Unionisten die Mehrheit. Der folgende Unabhängigkeitskrieg, ein Guerillakrieg, in dem sich die Irish Republican Army (IRA) und die britische Armee gegenüberstanden, forderte bis Mai 1921 nochmals fast 2000 Todesopfer. Hinterhalte, Mordanschläge, Vergeltungs- und Wiedervergeltungsschläge erschütterten über anderthalb Jahre die Insel.

Der am 6. Dezember 1921 geschlossene Anglo-Irische Vertrag beendete den Irischen Unabhängigkeitskrieg. Er sah die Schaffung eines Irischen Freistaates vor. Dadurch erhielt nun zumindest der Süden

der Insel erstmals politische Selbstbestimmung mit einer eigenen Regierung. Aber als Freistaat blieb (Süd-)Irland Teil des Empires unter der britischen Krone. Es wurde ein Dominion wie Australien, Neuseeland oder Kanada.

Ein Teil der irischen Unabhängigkeitsbewegung störte sich an der Beschränkung der Unabhängigkeit des Freistaates und dessen Beschränkung auf den Südtel der Insel. Darüber kam es zum Irischen Bürgerkrieg, den die Befürworter des anglo-irischen Kompromisses gewannen.

Entsprechend dem Anglo-Irischen Vertrag wurde eine Verfassung für den zu schaffenden Irischen Freistaat entworfen. Dieser Entwurf wurde vom britischen Parlament gebilligt. In dem Irish Free State Constitution Act 1922 hieß es in Section 1, dass die Verfassung durch eine königliche Proklamation in Kraft trete, die spätestens am 6. Dezember 1922 zu erfolgen habe. An jenem Nikolaustag des Jahres 1922 fand dann auch tatsächlich eine königliche Proklamation der Verfassung statt, die als Gründungsakt des Irischen Freistaates gilt.

GERHARD LÖWENTHAL

Wie der „rote Gerhard“ zum Rechten wurde

Wenigstens Gerhard Löwenthals Kindheit bietet der Linken wenig Ansätze zur Kritik. Der am 8. Dezember 1922 in Berlin geborene Sohn eines jüdischen Kaufmanns war während der NS-Zeit antisemitischer Diskriminierung durch die NS-Machthaber ausgesetzt. Zu Zeiten der sogenannten Reichskristallnacht musste er wegen seiner jüdischen Abstammung die Schule verlassen und wurde sogar mit seinem Vater für kurze Zeit in das Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert. Die Beziehungen seiner nicht-jüdischen Mutter und die Arbeit in einem als kriegswichtig eingestuftem Betrieb ersparten ihm Schlimmeres.

Das schienen gute Voraussetzungen für ein gutes Verhältnis zu den neuen Machthabern nach dem Wechsel von den NS- zur Sowjetherrschaft in seiner mitteldeutschen Heimat. Und in der Tat gehörte er zu den ersten, denen die neuen, nun roten Herren ein Medizinstudium ermöglichten. Allerdings stieß die sozialistische Gleichschaltung auf seine Kritik, und so gehörte der Medizinstudent zu den Mitbegründern der Freien Universität Berlin. Nebenbei arbeitete er für den Rundfunksender im amerikanischen Sektor (RIAS).

Nach dem Studium setzte er seine Tätigkeit für den Berliner Rundfunk fort. Über eine Tätigkeit bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Paris kam er nach der Gründung des ZDF im Jahre 1963 schließlich nach Brüssel, wo er die Leitung der dortigen ZDF-Redaktion übernahm.

Man mag es kaum glauben, aber Berlins sozialdemokratischer Bürgermeister Ernst Reuter hat einmal behauptet, Löwenthal neige seiner Partei zu, und sein christdemokratischer Schwiegervater Ernst Lemmer nannte ihn den „roten Gerhard“. Von daher verwundert es nicht, dass der später bei der Linken so verhasste Schwiegerson eines CDU-Spitzenpolitikers 1968 einstimmig vom Fernsehrat die Leitung des neugeschaffenen „ZDF-Magazins“ übertragen bekam.

Die Ablehnung der 1969 beginnenden Neuen Ostpolitik, die er als „Wandel durch Anbiederung“ geißelte, machte ihn dann zum Hassobjekt der Linken diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs. Nachdem 1971 bereits „Kennzeichen D“ als linkes Pendant zu seinem „ZDF-Magazin“ geschaffen worden war, wurde Löwen-



FOTO: IMAGOPRIST

Vor 100 Jahren geboren: Löwenthal

thal, kaum dass er das Renteneintrittsalter 65 erreicht hatte, nach 585 Sendungen „unter dem Druck des Linkskartells in die Zwangspensionierung geschickt“, wie er selbst es formulierte. Gerhard Löwenthal starb am Nikolaustag des Jahres 2002 in Wiesbaden.

Manuel Ruoff

VON WOLFGANG KAUFMANN

Wissenschaftler, welche Theorien vertreten oder zu Forschungsergebnissen gelangen, die den Reichen und Mächtigen dieser Welt nicht genehm sind, haben es stets schwer. Wenn auch moderne Demokratien niemanden mehr auf dem Scheiterhaufen verbrennen, wenn er den herrschenden Dogmen widerspricht, so gilt dies auch für sie. So wurden im Zuge der Corona-Pandemie und der daraufhin gestarteten Impfkampagne allerlei Zensur- und Zersetzungsmaßnahmen ergriffen, die sich selbst gegen bislang sehr angesehene Fachleute bis hinauf zum Nobelpreisträger richteten.

Als Ausführende agierten dabei Informationstechnologie-Unternehmen beziehungsweise sogenannte soziale Netzwerke wie Google, Facebook, Twitter, LinkedIn, YouTube und TikTok sowie diverse Mainstream-Medien und staatliche Institutionen oder Bildungseinrichtungen, die ihrerseits wiederum das Geschäft von Regierungen, einflussreichen internationalen Organisationen und Pharmakonzernen besorgten.

Berichte hierüber galten zunächst als „Verschwörungsgeschwurbel“, bis dann beispielsweise aufflog, dass Google eine Erklärung von mehreren zehntausend Wissenschaftlern und Ärzten namens Great Barrington Declaration zum offenkundig nicht vorhandenen Nutzen allgemeiner Lockdowns durch diverse Tricks im Internet „unsichtbar“ zu machen versuchte. Womit das Unternehmen ganz im Sinne von hohen US-Regierungsbeamten wie Francis Collins, dem Direktor der National Institutes of Health (NIH) des Washingtoner Gesundheitsministeriums, handelte.

Zensur und Zersetzung

Welche Methoden die Zensoren und Zersetzer noch verwendeten, ist nun aus einer umfangreichen empirischen Studie der israelischen beziehungsweise australischen Kriminologen und Kommunikationsexperten Yaffa Shir-Raz, Ety Elisha, Brian Martin, Natti Ronel und Josh Guetzkow hervorgegangen. Die Studie erschien am 1. November im renommierten Fachmagazin für Wissenschaft, Lernen und Politik „Minerva“ und trägt den Titel „Censorship and Suppression of COVID-19 Heterodoxy: Tactics and Counter-Tactics“ (Zensur und Unterdrückung der COVID-19-Heterodoxie: Taktik und Gegentaktik).

Der Beitrag basiert auf der Befragung von „hoch qualifizierten Ärzten und Forschern aus verschiedenen Ländern, welche in ihren Veröffentlichungen und Aussagen hinsichtlich COVID-19 offizielle Ansichten in Frage stellten“. Die aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes nicht namentlich genannten Probanden aus Kanada, Australien, Deutschland, Israel,



Kritiker zum Schweigen bringen: Die Corona-Jahre waren ein dunkles Kapitel für die Wissenschaftsfreiheit

Foto: imago images/photothek

PANDEMIE

Wie Abweichlern das Leben zur Hölle gemacht wurde

Israelisch-australische Studie belegt, welche zutiefst hinterhältigen und oft absichtlich existenzbedrohenden Schikanen Kritiker der offiziellen Corona-Politik ausgesetzt waren

Tschechien, Großbritannien und den USA berichten vor allem über folgende Arten von Maßnahmen gegen ihre Person, wobei der Artikel bestimmte charakteristische Details ausspart, um die Anonymität der Betroffenen zu wahren: Boykott der bislang viel konsultierten Experten durch die Mainstream-Medien bei gleichzeitiger böswilliger Etikettierung als „Corona-Leugner“ und Ähnliches; Instrumentalisierung von Dritten wie Kollegen oder angeblichen „Faktenprüfern“ zum Zwecke der weiteren Diskreditierung der Dissidenten – teilweise unter Einsatz plumper Lügen; Abwertung der bisherigen fachlichen Leistungen der Kritiker im Zuge ausgedehnter „Negativkampagnen“ sowie Warnung der Öffentlichkeit vor den angeblichen Verbreitern übler Fehlinformationen.

Das hatte ganz konkrete Auswirkungen. So weigerten sich manche Fachblätter plötzlich, allen wissenschaftlichen Standards entsprechende Artikel anzunehmen, oder zogen bereits publizierte

Texte aus der weltgrößten medizinischen Bibliothek United States National Library of Medicine zurück. Dazu kam die Verdrängung aus den Herausgebergremien von Zeitschriften oder aus Gesundheitsausschüssen wie beispielsweise denen der NIH in den USA – ohne jedwedes reguläre Verfahren beziehungsweise ohne vorherige Anhörung der Betroffenen.

„Ich war sprachlos“

Außerdem berichten die Interviewpartner von Shir Raz und deren Kollegen über Drohungen der verschiedensten Art. Oft ging es um die Streichung von Forschungsgeldern oder sogar den Entzug der ärztlichen Zulassung. Manchmal wurden die Abweichler einfach entlassen oder zur Kündigung genötigt oder ihnen wurden die Forschungsgelder gestrichen. Darüber hinaus trat auch die Staatsmacht selbst in Erscheinung, was sich unter anderem in polizeilichen Hausdurchsu-

chungen aufgrund konstruierter Vorwürfe äußerte. Das erfolgte im Regelfall keineswegs im Verborgenen, sondern sehr offen, um potentielle weitere Kritiker abzuschrecken. In einem Fall wurde der Dissident sogar auf der Website des Gesundheitsministeriums seines Landes an den Pranger gestellt. Parallel dazu beteiligten sich manche Pharmakonzerne an der Hatz auf die unbequemen Wissenschaftler, indem sie ruinöse Klagen gegen einige von ihnen anstrebten.

Jeder der von derlei Maßnahmen oder besser Machenschaften Betroffenen stand zunächst unter Schock: „Ich war sprachlos. Mir passiert das nicht. Das hätte ich mir nicht vorgestellt ..., dass dies das Land ist, in dem wir leben.“ Dann obsiegte der starke Wille, sich „aus Gründen der Meinungsfreiheit und ... Sorge um die öffentliche Gesundheit“ zu wehren. Dazu bildeten die angegriffenen Ärzte und Wissenschaftler neue Netzwerke und antworteten mit gerichtlichen Gegenklagen oder

entlarvten die Repressionsmaßnahmen publikumswirksam als solche. Ebenso schlugen sie zurück, indem sie ihre Aussagen durch weitere unwiderlegbare Daten und Fakten unterfütterten. In diesem Zusammenhang kam ihnen entgegen, dass mittlerweile viele alternative Informationskanäle existieren, über die sich obrigkeitlich unerwünschte Forschungsergebnisse verbreiten lassen.

Damit sorgten die Dissidenten für wachsendes Misstrauen und sinkenden Respekt innerhalb der Bevölkerung gegenüber den Akteuren und Institutionen, die sich an der Zensur und Zersetzung beteiligten, woraus nicht zuletzt ein stetig wachsendes gesellschaftliches Interesse an den „gefährlichen“ Informationen resultierte. Insofern liegen die fünf Autoren der israelisch-australischen Studie vollkommen richtig, wenn sie konstatieren, dass „Versuche, Kritiker zum Schweigen zu bringen und zu zensieren, manchmal nach hinten losgehen“.

GEDENKEN AN WERNER SCHULZ

„Was lange gärt, wird schließlich Mut“

Der DDR-Bürgerrechtler blieb auch als langjähriger Politiker von Bündnis 90/Die Grünen seinen demokratischen Prinzipien treu

Am 9. November verstarb Werner Schulz während einer Gedenkveranstaltung im Berliner Schloss Bellevue. Der Tod ereilte den DDR-Bürgerrechtler, der später als Politiker für Bündnis 90/Die Grünen wirkte, ausgerechnet an dem Tag, von dem er einmal sagte, dass er „wie kein zweiter die Geschichte der Deutschen bündelt“. Gerade wegen der Ambivalenzen, die sich mit dem 9. November verbinden, hätte ihn Schulz gern als deutschen Nationalfeiertag gesehen.

Dem 1950 im sächsischen Zwickau geborene Schulz, der Lebensmitteltechnologie studiert hatte, wurde 1980 von der Berliner Humboldt-Universität aufgrund seines Protests gegen den sowjetischen

Einmarsch in Afghanistan gekündigt. 1981 gehörte er zu den Mitbegründern des oppositionellen Pankower Friedenskreises. In der Zeit des Umbruchs und der friedlichen Revolution engagierte er sich im Neuen Forum, er gehörte der ersten freigewählten Volkskammer der DDR und bis 2005 dem Bundestag an. Vom Neuen Forum war er zum Bündnis 90 gewechselt, das 1993 mit den Grünen fusionierte.

Schulz hätte statt eines Beitritts der DDR nach Artikel 23 des Grundgesetzes eine Vereinigung nach Artikel 146 mit einer neuen Verfassung vorgezogen. Innerhalb seiner Partei stand er oft gegen die Mehrheit. So setzte er sich während der Jugoslawienkriege bereits frühzeitig für

eine Militärintervention ein und verwahrte sich gegen den Gedanken einer Zusammenarbeit mit der zunächst in PDS umbenannten SED. Seinem Parteikollegen „Joschka“ Fischer war Schulz in herzlicher Abneigung verbunden. Schon sehr früh hatte er für einen kritischen Umgang mit dem russischen Präsidenten Putin plädiert.

Zuhören gehört zur Demokratie

Die 2005 zur Herbeiführung von Neuwahlen durch Gerhard Schröder gestellte Vertrauensfrage bezeichnete er als „fingiert, inszeniert und unehrlich“. Gegenüber den Abgeordneten aus den eigenen Reihen sei dies Machtmissbrauch gewesen.

Sie seien „eingeladen“ worden, bei der Abstimmung dem Willen der Regierung zu folgen, obwohl die rot-grüne Koalition über eine stabile Mehrheit verfügt habe.

Schulz, der später noch einmal ein Mandat im EU-Parlament erhalten sollte, galt als bemerkenswerter Redner. In guter Erinnerung ist seine Ansprache vom 9. Oktober 2009 in Leipzig anlässlich des 20. Jahrestages der entscheidenden Montagsdemonstration. Unter anderem führte er aus: „Die unerwartete Übermacht von 70.000 hatte alle Einsatzpläne zunichte gemacht und übertraf die Kapazität der geplanten Internierungslager.“ Einen langen Vorlauf habe die Revolution von 1989 gehabt, im Rückblick könne man

mit dem Wortwitz von damals sagen: „Was lange gärt, wird Mut.“

Dass Schulz im Spektrum der Grünen eine Ausnahmeerscheinung war, zeigte er auch am 3. Oktober 2020. Linke, SPD und Grüne boykottierten im sächsischen Landtag die Festrede des konservativen Christdemokraten Arnold Vaatz, der zuvor unter anderem den Umgang mit den Kritikern der Corona-Politik angeprangert hatte. Schulz, der immer der Meinung war, zuzuhören gehöre zur Demokratie, nahm demonstrativ als Gast an der Veranstaltung teil und bezeichnete „den Ausfall meiner grünen Freunde hier im Landtag“ als „inakzeptabel, armselig und peinlich“.

Erik Lommatzsch



NÖRDLICHES OSTPREUSSEN

Sehnsuchtsorte im Königsberger Gebiet

Anstieg der Touristenzahlen: Neben den Ostseebädern wird auch das Hinterland immer beliebter

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

Die Möglichkeiten für Russen, in andere europäische Länder zu reisen, sind seit dem Ukraine-Krieg und den gegen Russland verhängten Sanktionen sehr begrenzt. Das gilt für Reisen zu jedem Zweck. Dieser Umstand hat das nördliche Ostpreußen noch stärker als bisher in den Fokus russischer Touristen gerückt.

Besonders auffällig werden die Kurorte an der Ostsee als Sehnsuchtsorte angestreut. Viele deutsche Häuser wurden renoviert, evangelische Kirchen, Hotels, Kurhäuser und andere öffentliche Gebäude, die aus der Vorkriegszeit erhalten geblieben sind, erinnern an Orte der Bundesrepublik.

In den vergangenen Jahren haben die Bewohner im nördlichen Ostpreußen verstärkt damit begonnen, sich um die Geschichte der Region zu kümmern. Geschichtsinteressierte können durch den Königsberger Stadtteil Amalienau spazieren, der von Jahr zu Jahr schöner und sauberer wird. In der Stadt kann man die erhaltenen und restaurierten Tore und Festungen besichtigen, entweder auf eigene Faust oder mit einer der zahlreichen angebotenen Führungen.

In vielen Orten der Region beherbergen die Vorkriegsgebäude heute historische Ausstellungen und Schautafeln. Ein besonders beliebter Ausflugsort ist Cranz. Die Fußgängerzonen des Ortes mit den malerischen bunten Häusern mit Ziegeldächern sowie Cafés mit Tischen im Freien, schöne Stadtkulpturen, Bootsfahrten im Stadtpark oder entlang der neuen Promenade erwecken bei vielen den Eindruck, als befände man sich im Westen Europas.

Wurde das nördliche Ostpreußen in der Vergangenheit seitens der Russischen Föderation eher wie ein Stiefkind behandelt, so haben die Sanktionen des Westens einen Entwicklungsschub befördert. Es wurde viel in die Infrastruktur investiert, Neues konnte entstehen. Im Zent-



Stellvertretend für Reisen ins westliche Europa: In Cranz spüren russische Touristen, die derzeit nicht mehr in den Westen ausreisen dürfen, der deutschen Vergangenheit nach

Foto: J.T.

rum von Cranz markieren in den Boden eingelassene blinkende LED-Lichter alle Fußgängerüberwege, und auch ansonsten sind alle Straßen hell erleuchtet. Cranz erstrahlt buchstäblich in neuem Licht.

In der vergangenen und der diesjährigen Tourismussaison war eine auffällige Zunahme von Ausflügen und Touren in die Städte und Dörfer der Region zu verzeichnen. Interessierten sich die Touristen früher lediglich für Königsberg, die Küstenorte und die Kurische Nehrung, so besuchen sie jetzt auch die abgelegenen Orte der Region. Dank Restaurierungsprojekten und Privatinitiativen gibt es immer mehr Attraktionen und Sehenswürdigkeiten in den Provinzstädten wie Tapiaw [Gwardesjk], Gerdauen [Schelesnodoroschnyj], Ragnit [Neman] und Gumbinnen [Gusew].

Obwohl die Zahl der Gäste in der Region im Jahresverlauf um mehrere Prozent zurückgegangen ist, verzeichnet der Tourismusmarkt der Region im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ein Umsatzplus von 90 Prozent. Das Leistungsvolumen von Reisebüros, Reiseveranstaltern und anderen Buchungsdiensten in der Region belief sich von Januar bis Ende des Sommers auf umgerechnet 18 Millionen Euro.

Hotels fast ausgebucht

Während in den Frühjahrsmonaten ein leichter Rückgang zu verzeichnen war, erreichten die Gästezahlen im Juli und August bereits wieder das Vorjahresniveau. Bis zum Ende des Sommers waren in den Hotels fast alle Zimmer ausgebucht, und die Mietpreise für Feriendomizile lagen höher als die in Sotschi. Der Flughafen

Powunden [Chrabrowo] fertigt täglich etwa 50 Flüge ab, darunter allein zwischen 25 und 30 aus Moskau. Der durchschnittliche Preis für ein Flugticket liegt bei 112 Euro für einen einfachen Flug. Zwar sind auch Anreisen per Bahn über Litauen möglich, aber der Preis für eine Zugfahrkarte ist ähnlich hoch wie für ein Flugticket, und für Litauen wird ein Transitvisum benötigt. 95 Prozent der Touristen reisen daher mit dem Flugzeug an. Die Flugzeit hat sich wegen der verlängerten Route als Folge der Sperre des NATO-Luftraums von einer Stunde vierzig Minuten auf zwei Stunden 30 Minuten verlängert.

Die durchschnittlichen Kosten für eine Unterkunft in Königsberg liegen bei rund 35 Euro pro Nacht. Die Russen schätzen die Region nicht zuletzt wegen des vergleichsweise milden Klimas.

MELDUNGEN

Winterflugplan Schimanen

Schimanen – Seit dem 1. November bis zum 25. März 2023 ist der Winterflugplan auf dem Flughafen Olsztyn-Mazury in Schimanen gültig. Die bisherigen Verbindungen bleiben bestehen, es ändern sich lediglich Abflugdaten und -zeiten. Das gilt für Flüge zu den Londoner Flughäfen Stansted und Luton, zu den polnischen Zielorten Krakau und Breslau sowie auch die Verbindungen mit WizzAir nach Dortmund. Nach den Aussagen der Flughafen-Betreiber war die Sommersaison sehr zufriedenstellend. Mit einer Wiederaufnahme sowie einem Ausbau von Verbindungen kann gerechnet werden. Für Fluggäste von und nach Dortmund gelten die Flugtage Dienstag und Sonnabend, der Hinflug von Dortmund geht am späten Vormittag, der Rückflug von Schimanen am frühen Nachmittag. Die genauen Zeiten ändern sich im Lauf der Saison, daher sollten sie vor dem Flug genau geprüft werden.

U.H.

Anziehend restauriert

Ortelsburg – Die Ruinen der Deutschordensburg in Ortelsburg zwischen dem Großen und dem Kleinen Haussee werden nach ihrer im Juni dieses Jahres beendeten Restaurierung zu einem Anziehungspunkt in der Stadt. Der große Besucherandrang in diesem Jahr von über 250.000 Gästen zeige das Potential, sodass ständig etwas Neues gezeigt werden sollte, sagte Bürgermeister Krzysztof Mańkowski im Gespräch mit Radio Olsztyn. Aus den Regionalen Entwicklungsprogrammen der Europäischen Union konnte die Stadt gut 106.000 Euro gewinnen, für die unter anderem das Ritterdorf zusätzlich ausgestattet werden kann. Eine weitere Attraktion werden besondere Einrichtungen für Behinderte in der Burg sein, darunter ein mit Blindenschrift versehenes Modell der Burg.

U.H.

SÜDLICHES OSTPREUSSEN

Alternative Energie zum Anfassen

Auf Initiative der AGDM besuchten 20 Jugendliche drei verschiedenen Anlagen, die auf ökologischer Basis betrieben werden

Als die Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit (AGDM) die Mittel für ihre Projektarbeit und Kulturtätigkeit im Jahr 2022 beantragte, überlegte sie sich ein Projekt, bei dem Umweltbewusstsein im Mittelpunkt stehen sollte.

Die AGDM beschloss, ein Integrationsprojekt für Jugendliche zu organisieren, bei dem junge Menschen an die Orte in der unmittelbaren Umgebung herangeführt werden, an denen Erneuerbare Energiequellen zur Anwendung kommen. Den Teilnehmern sollte auch gezeigt werden, wie man mit den Energieressourcen sparsam umgeht.

Ende Oktober begab sich die von einem Experten im Bereich Energiewirtschaft begleitete Gruppe von 20 Jugendlichen zu drei Orten, an denen Strom und Wärme aus regenerativen Trägern erzeugt werden. Die mit der Ökologie verbundenen Begriffe wurden im Laufe des Pro-

jekts zweisprachig auf Deutsch und Polnisch behandelt.

Zuerst wurde das 2019 errichtete Allensteiner Kraftwerk „Kortowo BIO“ be-



Besichtigung in Dietrichswalde: Schülergruppe vor der Biogasanlage

Foto: D.K.

sucht. Das Heizkraftwerk, das zum Allensteiner Stadtunternehmen für Wärmeenergie gehört, wird mit Abfallprodukten natürlicher Herkunft wie Holzspänen und Hackschnitzeln betrieben. Die mit Schutzhelmen ausgerüsteten Projektteilnehmer bekamen die Gelegenheit, sich die Prozesse der Energiegewinnung aus Biomasse anzuschauen. Wie die Strom- und Wärmeerzeugung genau durchgeführt wird, erklärte der Leiter des Kraftwerks, Rafał Sierzputowski.

Mit dem Bus fuhren die Jugendlichen weiter zum Flugplatz in Grieslienen. Seit 2012 verfügt das Dorf über eine Photovoltaikanlage, die als einer der ersten Solarparks im Lande von der Kommunalverwaltung errichtet wurde. Über die Geschichte, bisherigen Erfahrungen, das Funktionieren und die Instandhaltung von Sonnenkollektoren sowie über Entwicklungsperspektiven der Photovoltaik

in der Republik Polen erzählte Adam Sternicki, der Vorstandsvorsitzende des Energieunternehmens.

Die letzte Station war Langgut in der Landgemeinde Dietrichswalde. Seit 2013 arbeitet hier in einem Landwirtschaftsbetrieb eine 1,2-Megawatt-Biogasanlage. Für die Energieherstellung werden 12.000 bis 13.000 Tonnen Mais, Gras und Grünfütter von Brachflächen benötigt. Die Reste werden nach dem gesamten Energiegewinnungszyklus an lokale Bauern als natürliches Düngemittel verkauft.

Das dank der Zuwendung des Bundesministeriums des Innern und für Heimat umgesetzte Projekt ermöglichte den Jugendlichen, nicht nur Orte in Ostpreußen kennenzulernen, an denen Erneuerbare Energiequellen genutzt werden, sondern es war auch eine gute Gelegenheit, sich in die Strukturen der Deutschen Minderheit einzubringen.

Dawid Kazanski

Wir gratulieren...



ZUM 101. GEBURTSTAG

Breuer, Emma, geb. **Usko**, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 6. Dezember

Dittrich, Charlotte, geb. **Soboll**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 3. Dezember

Olschewski, Günter, aus Steinkendorf, Kreis Lyck, am 8. Dezember

Walpuski, Heinrich, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 6. Dezember

ZUM 100. GEBURTSTAG

Fauken, Hedwig, geb. **Wengoborski**, aus Lyck, Lycker Garten 12, am 2. Dezember

Olk, Edith, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 5. Dezember

Wolf, Christel, geb. **Olk**, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 5. Dezember

ZUM 99. GEBURTSTAG

Blumenstein, Margarete, geb. **Po-lixa**, aus Roggenfelde, Kreis Treuburg, am 6. Dezember

Gruber, Edeltraud, geb. **Klipp**, aus Bieberswalde, Kreis Wehlau, am 7. Dezember

Kiesling, Erna, geb. **Barkus**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 6. Dezember

Petrick, Gertrud, geb. **Witt**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 5. Dezember

ZUM 98. GEBURTSTAG

Klein, Gertrud, geb. **Winkler**, aus Trenk, Kreis Fischhausen, am 5. Dezember

Pabsch, Gertrud, geb. **Rinka**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 6. Dezember

ZUM 97. GEBURTSTAG

Bardtke, Lilli, geb. **Trylus**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 6. Dezember

Klemz, Gerda, geb. **Findeisen**, aus Treuburg und aus Fischhausen, am 3. Dezember

Maschlinski, Erich, aus Bobern, Kreis Lyck, am 3. Dezember
Panneck, Willy, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 7. Dezember
Schliwinski, Heinrich, aus Mulden, Kreis Lyck, am 3. Dezember
Umlauff, Ilse, aus Mulden, Kreis Lyck, am 7. Dezember

ZUM 96. GEBURTSTAG

Becker, Roland, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 6. Dezember

Hartmann, Hildegard, geb. **Stacklies**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 4. Dezember

Jorkowski, Herbert, aus Modelkau, Kreis Neidenburg, am 5. Dezember

Kamann, Alfred, aus Gerhardsweide, Kreis Elchniederung, am 8. Dezember

Kawlath, Eleonore, geb. **Diesing**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 8. Dezember

Moehrke, Karl-Heinz, aus Lyck, am 5. Dezember

Peper, Kurt Gustav, aus Sarkau, Kreis Fischhausen, am 6. Dezember

Roggon, Erika, geb. **Ruchatz**, aus Jesken, Kreis Treuburg, am 3. Dezember

Seiler, Margarete, geb. **Bolz**, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 4. Dezember

Teske, Hildegard, geb. **Suchert**, aus Rudau, Kreis Fischhausen, am 7. Dezember

ZUM 95. GEBURTSTAG

Fischer, Ilse, geb. **Schapat**, aus Skulbetwarren, Kreis Elchniederung, am 2. Dezember

Liebner, Hannelore, geb. **Rogalla**, aus Bartkengut, Kreis Neidenburg, am 5. Dezember

Schulz, Erich, aus Wehlau, am 2. Dezember

Schulze, Dieter, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 6. Dezember

Zintarra, Helmut, aus Ortelsburg, am 4. Dezember

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bär, Edith, geb. **Beyer**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 3. Dezember

Gustke, Christel, geb. **Dikomey**, aus Treuburg, am 3. Dezember
Klönner, Hermann, aus Wehlau, am 3. Dezember

Krutzinna, Werner, aus Lyck, Karl-Freyburger-Straße 6, am 3. Dezember

Potrafke, Edith, geb. **Niederstrasse**, aus Treuburg, am 2. Dezember

Reddig, Heinz, aus Aßlacken, Kreis Wehlau, am 2. Dezember

Schirmer, Hildegard, geb. **Czarnecki**, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 4. Dezember

Steinbrücker, Klaus, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 8. Dezember

Stoltz, Irmgard, geb. **Weiß**, aus Kiefernheide, Kreis Lyck, am 2. Dezember

ZUM 93. GEBURTSTAG

Brennig, Hildegard, geb. **Trott**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 8. Dezember

Gerken, Hildegard, geb. **Petrusch**, aus Groß Dirschkeim, Kreis Fischhausen, am 6. Dezember

Gerull, Christel, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 5. Dezember

Gerull, Gerda, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 5. Dezember

Hofmann, Erika Christa, geb. **Leibenath**, aus Ribben, Kreis Ebenrode, am 3. Dezember

Nikulla, Erich, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 3. Dezember

Rieck, Ursula, geb. **Pliquet**, aus Ebenrode, am 4. Dezember

Sassnick, Christel, aus Medenau, Kreis Fischhausen, am 2. Dezember

Schwietzer, Ursula, geb. **Plessa**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 8. Dezember

Stritzel, Hans-Werner, aus Lyck, am 2. Dezember

ZUM 92. GEBURTSTAG

Gubernatis, Marianne, geb. **Karau**, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 7. Dezember

Gutt, Erwin, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 6. Dezember

Hochfeld, Fritz, aus Eichen, Kreis Wehlau, am 2. Dezember

Jacobeit, Siegfried, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 4. Dezember

Klein, Werner, aus Watzum, Kreis Fischhausen, am 3. Dezember

Kohse, Helmut, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 3. Dezember

Lasarzewski, Helmut, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 4. Dezember

Leng, Manfred, aus Warschkeiten, Kreis Preußisch Eylau, am 8. Dezember

Malliaris, Margot, geb. **Kabrek**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 3. Dezember

Möhrstedt, Helene, geb. **Biallas**, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, am 7. Dezember

Nötzel, Ruth, geb. **Kerlies**, aus Heinrichstal, Kreis Treuburg, am 7. Dezember

Rogowski, Anneliese, geb. **Dölle**, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 5. Dezember

Schöneburg, Wolfgang, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 4. Dezember

Salk, Eitel, aus Siemienau, Kreis Neidenburg, am 5. Dezember

Schoenherr, Hans-Georg, aus Lötzen, am 8. Dezember

Sembritzki, Ulrich, aus Bunhausen, Kreis Lyck, am 4. Dezember

ZUM 91. GEBURTSTAG

Brock, Horst, aus Schalensee, Kreis Lötzen, am 8. Dezember

Dorka, Hedwig, geb. **Olbrisch**, aus Höhenwerder, Kreis Ortelsburg, am 7. Dezember

Ebert, Horst, aus Augam, Kreis Preußisch Eylau, am 5. Dezember

Heckes, Else, geb. **Möglich**, aus Gollen, Kreis Lyck, am 5. Dezember

Krannich, Waltraut, geb. **Rimkus**, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 3. Dezember

Milewski, Else, geb. **Skorzinski**, aus Millau, Kreis Lyck, am 3. Dezember

Niklaus, Edeltraud, geb. **Schreiber**, aus Saadau, Kreis Ortelsburg, am 4. Dezember

Polley, Ella, geb. **Stahlhut**, aus Deumenrode, Kreis Lyck, am 8. Dezember

Reimer, Elisabeth, geb. **Marquardt**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 3. Dezember

Royla, Werner, aus Kielen, Kreis Lyck, am 8. Dezember

Siwottek, Kurt, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, am 2. Dezember

Wassermann, Ingrid, geb. **Mucha**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 4. Dezember

Westphal, Hans-Joachim, aus Adela, Kreis Elchniederung, am 7. Dezember

Wydra, Gertrud, geb. **Chlebo-witz**, aus Trossen, Kreis Lötzen, am 8. Dezember

ZUM 90. GEBURTSTAG

Altrock, Irmgard, geb. **Klett**, aus Groß Budlacken, Kreis Wehlau, am 4. Dezember

Fuchs, Gerhard, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 4. Dezember

Jorzick, Günter, aus Sareiken, Kreis Lyck, am 6. Dezember

Kölling, Sigrid, geb. **Palten**, aus Schareiken, Kreis Treuburg, am 6. Dezember

Marholz, Traute, geb. **Jorzik**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 4. Dezember

Masuch, Erna, geb. **Wysk**, aus Neuffieß, Kreis Ortelsburg, am 3. Dezember

Schuster, Annemarie, geb. **Malluga**, aus Thalheim, Kreis Neidenburg, am 2. Dezember

ZUM 85. GEBURTSTAG

Decker, Siegfried, aus Kukukswalde, Kreis Ortelsburg, am 7. Dezember

Dormeyer, Dieter, aus Schwalgenort, Kreis Treuburg, am 8. Dezember

Fischer, Adelinde, geb. **Offschanny**, aus Berndhöfen, Kreis Lyck, am 7. Dezember

Fredl, Christa, geb. **Katarzinski**, aus Lenzenhof, Kreis Lyck, am 8. Dezember

Funk, Gisela, geb. **Tertel**, aus Scharfenrade, Kreis Lyck, am 2. Dezember

Gorlo, Horst-Paul, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 4. Dezember

Grünheidt, Waltraut, geb. **Doerk**, aus Rummau, Kreis Ortelsburg, am 7. Dezember

Hanuschik, Helga, geb. **Murawski**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 2. Dezember

Harder, Eva-Maria, geb. **Sbrzesny**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 5. Dezember

Höfer, Hilmar, aus Rodebach, Kreis Ebenrode, am 2. Dezember

Kruber, Siegfried, aus Langheide, Kreis Lyck, am 2. Dezember

Meyer, Henry, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 5. Dezember

Meyer, Peter, aus Ebenrode, am 5. Dezember

Nitzkowski, Gunter, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 5. Dezember

Lerch, Gerhard, aus Bartzdorf, Kreis Neidenburg, am 6. Dezember

Rädeke, Waltraut, geb. **Struppek**, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 6. Dezember

Seele, Luise, geb. **Klein**, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 5. Dezember

Selinger, Christel, aus Pommern, am 2. Dezember

Wagener, Elli, geb. **Krutzinna**, aus Rodental, Kreis Lötzen, am 7. Dezember

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Zollondz, Günter, aus Oschekau, Kreis Neidenburg, am 4. Dezember

ZUM 80. GEBURTSTAG

Haase, Christel, geb. **Paplewski**, aus Allenbruch, Kreis Lötzen, am 5. Dezember

Jannusch, Hannelore, geb. **Skörius**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 7. Dezember

Maye, Klaus, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 5. Dezember

Rippa, Eckhard, Kreisgemeinschaft Ortelsburg, am 3. Dezember

Sauselin, Karin, aus Ortelsburg, am 6. Dezember

Schwokowski, Dr. Heinrich, aus Lötzen, am 8. Dezember

Stobbe, Werner, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 6. Dezember

Trucks, Detlev, aus Polenzhof, Kreis Elchniederung, am 6. Dezember

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bosbach, Thomas, aus Rogehnen, Kreis Fischhausen, am 2. Dezember

Hagenbrock, Ralf, aus Wehlau, am 4. Dezember

Reischuck, Hartmut, aus Treuburg, am 5. Dezember



Kulturzentrum Ostpreußen

Kabinettausstellung: Bismarck-Türme in Ostpreußen

Am Beispiel der sogenannten Bismarck-Türme verfolgt die Ausstellung das Ziel, die Geschichte eines unglaublichen Personenkultes nachzuzeichnen, der nach dem Tod des ‚Eisernen Kanzlers‘ 1898 von großen Teilen der deutschen Bevölkerung getragen wurde. Auch wenn die Politik Bismarcks heute kontrovers diskutiert wird, zeigt die Begeisterung seiner Zeitgenossen, mit der sie des ersten deutschen Reichskanzlers gedachten, wie populär dieser Politiker noch acht Jahre nach seiner Entlassung bei der Bevölkerung war.

Nur wenige historische Persönlichkeiten hinterließen in der Landschaft und im Alltag so zahlreiche und so mannigfaltige Spuren wie es Fürst Otto von Bismarck (1815–1898) vermochte und immer noch vermag. Es ist nicht nur seine vielschichtige Politik, wie die von ihm maßgeblich betriebene Reichsgründung von 1871 und das von ihm geschaffene Sozialversicherungssystem, die zu seinem Erbe gehört. Zu den fassbaren Ausdrücken die-

ser Verehrung gehörte auch der Entwurf und die Errichtung besonderer Denkmäler, die Bismarck-Türme. Neben den knapp 200 Monumenten, die zu seinen Ehren fast ausschließlich aus Privatpenden errichtet wurden, standen einst auch zehn davon östlich der Weichsel, deren Geschichte und Schicksalen im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen nachgegangen wird. Zur Ausstellung erscheint eine inhaltsgleiche Broschüre, die nur im Kulturzentrum Ostpreußen unter E-Mail: service@kulturzentrum-ostpreussen.de oder per Telefon unter (09141) 86440 zum Preis von 4,50 Euro plus Porto bezogen werden kann.



Zusendungen für die Ausgabe 50/2022

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 50/2022 (Erstverkaufstag 16. Dezember) **bis spätestens Dienstag, den 6. Dezember**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Angela Selke
 Telefon (040) 4140080
 E-Mail: selke@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
 Herrn Bundesgeschäftsführer
 Dr. Sebastian Husen
 Buchstraße 4
 22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de



Aus den Landesgruppen Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Martinstag

Hof – Vorsitzender Christian Joachim begrüßte die Mitglieder im Jahnheim zur Monatsversammlung und dem gemeinsamen Essen der, von Wirtin Sabine Knoll zubereiteten, Gansbrust.

Er gratulierte den Geburtstagskindern des vergangenen Monats und überbrückte die Wartezeit mit einem kleinen Exkurs über die Legende des Heiligen Martin, der sich vor seiner Ernennung zum Bischof von Tours im Gänsestall versteckte und von den schnatternden Gänsen verraten worden war. Kulturwart Bernd Hüttner berichtete vom Leben der Dichterin Johanna Ambrosius. Von ihr stammte das erste Ostpreußenlied unter dem Titel „Mein Heimatland: Sie sagen all' du bist nicht schön“, das sie 1884 verfasste. Nach dem Essen saßen die Mitglieder noch lange zusammen und genossen die gemeinsame Zeit.



Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlital, Tel. (06151)148788

Advents- und Weihnachtsfeier Kassel – Sonntag, 11. Dezember, 15 Uhr, Landhaus Meister, Fuldaalstraße 140, Kassel-Wolfsanger: Advents- und Vorweihnachtsfeier mit Dorothea Deyß.

Termine 2023

Kassel – Donnerstag, 2. Februar, 15 Uhr. „Ostpreußische Landschaft

ten und ihre Besonderheiten“. Nach Aufzeichnungen von Professor Herbert Liedtke.

Donnerstag, 2. März, 15 Uhr. „Liebes altes Lesebuch“. Schätze deutscher Dichtung Teil II, ausgewählt und vorgetragen von Gerhard Landau und Gertraud Nitschky.

Bericht

Kassel – Das Novembertreffen der Kasseler Gruppe stand ganz im Zeichen der (Teil-) Wiedervereinigung Deutschlands vor 22 Jahren. Unter dem Titel: „Daß ich das noch erleben darf“ erinnerte Vorsitzender Gerhard Landau an jene dramatische Wendezeit, welche die Weltpolitik und insbesondere die Gesellschaft in West- und Mitteldeutschland über die Maßen verändern sollte. Der Chronist nutzte dabei Dokumentationen aus seinem Sammelgut von Hunderten von Presseberichten und literarischen Quellen, die sich mit dem Thema befassen, fügte eigenes Erleben bei und bat den Zuhörer, ebenfalls Kenntnisse und persönliche Erfahrungen einzubringen. Ein reger Gedankenaustausch prägte den besonderen Heimatnachmittag.

Im ersten Teil des Vortrags erinnerte der Berichterstatter an die bewegenden Ereignisse vor dem Mauerfall. Wie Paukenschläge kamen sie daher in immer kürzer werdenden Zeitspannen und in zunehmender Wucht. Aufmerksam Zeitgenossen ahnten: Da liegt etwas in der Luft, da kommt etwas auf uns zu mit erheblichem Veränderungspotenzial!

Zu diesen markanten Vorkommnissen zählen etwa das erste Schlupfloch für DDR-Flüchtlinge an der ungarisch-österreichischen Grenze am 2. Mai 1989, das Pan-Europa-Fest bei Ödenburg mit dem Massenausbruch von 660 DDR-Urlaubern in den Westen, die Besetzungen deutscher Botschaften in Prag und Warschau und natürlich die Großdemonstrationen in Leipzig, Berlin und anderswo. Im Hauptteil des Beitrags schilderten zunächst ein Thüringer

und danach ein Nordhesse, wie sie die Grenzöffnungen nach dem 9. November 1989 im Werratal erlebten. Herzergreifende Worte riefen in Erinnerung, wie das Neuland im Westen des Flusses für die Thüringer und etwas später in östlicher Richtung für die Westdeutschen erlebt wurde.

Das Bekenntnis: „1989 und 1990 erlebte ich die spannendsten und schönsten Tage meines Lebens“ kann man heute noch gelegentlich hören, jedenfalls von Leuten, die mit dem Heimatland Deutschland noch etwas am Hut haben. G. L.



Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822)5465. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531)2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901)2968

Jahreshauptversammlung

Lüneburg – Die Landesgruppe Niedersachsen tagte im Ostpreußischen Landesmuseum (OL) in Lüneburg. Da sich die Vorsitzende, Barabara Loeffke, krankheitsbedingt entschuldigen musste, hat der stellvertretende Vorsitzende Fritz Folger kurzfristig die Leitung der Jahreshauptversammlung am 27. September übernommen.

Er begrüßte die Delegierten, Einzelmitglieder und Gäste sowie den Direktor des Hauses, Joachim Männert, der seinerseits die Erschienenen willkommen hieß.

Zu Beginn der Versammlung wurde der im Berichtsjahr Verstor-

benen gedacht, unter anderem Alfred Wermke, Träger des Bundesverdienstkreuzes und der Goldenen Ehrennadel der Landsmannschaft Ostpreußen, der am 9. April im Alter von 93 Jahren verstarb. Ein besonderes Gedenken galt den deutschen Soldaten, die unter Einsatz ihres Lebens noch einer Vielzahl von Flüchtenden die Flucht aus ihrer Heimat ermöglicht haben.

Die Regularien, wie Feststellung der Beschlussfähigkeit und die Genehmigung des Protokolls der letzten Jahreshauptversammlung vom 5. August 2021, konnten schnell abgearbeitet werden. Der Kassenprüferbericht hat keinerlei Beanstandungen ergeben, sodass die Entlastung der Kassenführerin und auch des gesamten Vorstandes vorgeschlagen und einstimmig erteilt wurde.

Bevor es zur Wahl kam, trug Folger aus seiner umfangreichen Ausarbeitung zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges am 1. September 1939 einige Passagen vor. In einer Ergänzungswahl zum Vorstand wurde Christian Perbandt, Lehrte, einstimmig gewählt. Die Wahl der Vertreter der Landesgruppe für die Ostpreußische Landesvertretung (OLV) fiel einstimmig auf Horst Buschalsky, Helmut Papke und Christian Perbandt.

Unter der Corona-Pandemie haben die einzelnen Gruppen ungleich gelitten. Inzwischen sind alle, zumeist monatlich mit Wort- und Bildvorträgen, aktiv. Öfter als früher wird lediglich ein Zusammenkommen zum Plachandern gewünscht. Allein die Ortsgruppe Buxtehude plant eine Busfahrt.

Der Tagesordnungspunkt „Schwerpunkte der zukünftigen Arbeit der Landesgruppe, der Bezirks- sowie der Kreis- und Ortsgruppen“ wurde ersetzt durch einen Vortrag des Museumsdirektors über die Veränderungen, die gegenwärtige Arbeit und die Schwierigkeiten des OL. Die Corona-Zeit hat für das Museum erhebliche finanzielle Einbußen zur Folge gehabt. So sind neben den fehlenden Einzelbesuchern auch aus-

Zeitzeugenaufruf

„Mehr als ein Dach über dem Kopf. Wohnen hat Geschichte“ ist in diesem Jahr das Thema des Geschichtswettbewerbs des Bundespräsidenten, an dem ich, 10. Klasse, teilnehme.

Da meine Großeltern aus Ostpreußen geflüchtet sind, habe ich mich für das Thema „Wohnen auf/nach der Flucht am Ende des Zweiten Weltkrieges (1944-1945)“ entschieden, mit Ostpreußen als Schwerpunkt. Ich suche nun Zeitzeugen, die

meinen Fragebogen ausfüllen und über ihre Erfahrungen berichten.

Wenn Sie bereit dazu wären, können Sie mich über die folgenden Kontaktdaten erreichen:

Charlotte Gudat
Windmühlenweg 11
01468 Moritzburg
charlotte-gudat@gmx.de
035207 99529

Vielen Dank vorab für Ihre Mithilfe!
Charlotte Gudat

gebliebene Besuche von Schulklassen und Vereinen zu beklagen gewesen. Die Kosten für Heizung und Strom sind wie überall erheblich gestiegen. Christoph Hinkelmann tritt nach 30 Museumsjahren in den Ruhestand. Ebenso geht Jörn Barfod in den Ruhestand, arbeitet aber noch weiter mit. Das Museum bietet inzwischen seine Audioguides in polnischer, russischer und englischer Sprache an.

Abgerundet wurde die Versammlung durch einen Einführungsvortrag Hinkelmanns zur Sonderausstellung „Der Elch – Klischee und Wirklichkeit eines Symboltieres“ mit einer abschließenden Führung. F. F.

Adventsfeier

Braunschweig – Mittwoch, 7. Dezember, 14 Uhr, Gaststätte „Mahlzeit“, Kälberwiese 13 a: vorweihnachtliches Zusammensein mit Kaffeetafel und weihnachtlichen Vorträgen.

Adventsfeier

Rinteln – Donnerstag, 8. Dezember, 15 Uhr, Stadtmission Rinteln, Waldkaterallee 1a, nahe Bahnhof: Adventsfeier der Landsmannschaft der Ostpreußen, Westpreu-

ßen und Danziger, Ortsgruppe Rinteln, mit einem Vortrag von Prof. Heinz Schürmann über „Pilgern in aller Welt“. Wir freuen uns auf ein vorweihnachtliches Beisammensein bei Kaffee und Kuchen und bitten wegen der zu treffenden Vorbereitungen um zeitige Anmeldung unter Telefon (05751) 5386 oder per E-Mail: rebuschat@web.de. Gäste sind uns stets willkommen. Joachim Rebuschat



Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzende:** Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher **Schriftführerin:** Elke Ruhne, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964)1037, **Fax** (02964)945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Advents- und Weihnachtsfeier Essen – Freitag, 9. Dezember, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfsraße 51, 5144 Essen:

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-03-B

Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser
ostpreußisches
Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Landesgruppen

Fortsetzung von Seite 15

Advents- und Weihnachtsfeier. Wie in jedem Jahr wird von unserem Wirt ein Gänsebratenessen angeboten.

Weihnachtsfeier

Viersen-Dülken - Sonnabend, 10. Dezember, 15 Uhr, Café Robin Hood, Alter Markt 3: Weihnachtsfeier. In bekannter Weise wird für unser leibliches Wohl gesorgt. Für reichlich Kaffee und Kuchen erbiten wir einen Unkostenbeitrag von 7,- Euro pro Gedeck. Für Besinnlichkeit bei Kerzenschein und vertrauten Liedern wollen wir alle gemeinsam sorgen.

Wie immer sind Gäste bei uns gerne gesehen und jederzeit herzlich in unserer Mitte willkommen.

Ihr Kommen nach langer Pandemiepause stärkt die heimatliche Erinnerung und hilft unserer landsmannschaftlichen Ortsgruppe in Dülken. Bitte melden Sie sich telefonisch unter (02162) 58217 an.

Jürgen Zauner

Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Hof Eckloff

Bad Schwartau - Beim Monats-treffen der Gruppe wurde ein Vortrag mit Bildern über eine Som-



Mittlerweile eine Ruine: Gut Eckloff während einer Ostpreußenreise

nach Elbing wieder an die Front. Am 24. Januar ist er dort bei Kampfhandlungen gefallen.

Danach wurden vier polnische Bauernfamilien aus der Gegend von Lemberg hier einquartiert, von ihren Höfen vertrieben bekamen sie je bis zu 20 Hektar Land, den Rest übernahm eine Kolchose. Als ich mit meiner Mutter 1982 unseren Hof das erste Mal nach dem Krieg besuchte, waren zwei Familien der nächsten Generation bereits weggezogen. Das Wirtschaftsgebäude auf der einen Seite war völlig abgerissen und nur noch an den Konturen zu erkennen.

Heute, 40 Jahre später, waren die Wirtschaftsgebäude mit fehlendem Dach und eingestürzten Mauern ebenfalls von der Natur in Besitz genommen. Das Wohnhaus ist wegen Einsturzgefahr nicht mehr bewohnbar. Heute lebt hier nur noch ein Ehepaar von den Ankömmlingen aus dem Jahr 1945. Sie sind in eines der Arbeiterhäuser umgezogen und haben eine Kuh und etwas Federvieh in einer trockenen Ecke des Stallgebäudes untergebracht.

Weitere Ziele dieser Reise werden in den kommenden Ausgaben vorgestellt.

Danzig

Bad Oldesloe und Tremsbüttel - Im November trafen sich die Ost- und Westpreußen wieder bei Anemarie Knopf in Tremsbüttel. Nach der Begrüßung wurde die Einladung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge zur Feierstunde am Volkstrauertag in Bad Oldesloe in der Friedhofskapelle bekannt gegeben.

Thema des Nachmittags war „Danzig - Provinzhauptstadt von Westpreußen“. Danzig tauchte erstmals um 997 unter dem Namen Gyddanzyc als Sitz slawischer Fürsten auf, 1240 erhielten deutsche Marktsiedlungen lübsches Stadtrecht. 1308 kam der Ort in den Besitz des Deutschen Ordens, der ihm 1343 Culmer Recht verlieh; seit 1361 gehörte er zur Hanse. Danzig stellte sich unter polnische Oberhoheit und erlangte dadurch viele Privilegien. Im Thronfolgekrieg (1734) wurde es von den Russen erobert. Bei der Zweiten Teilung Polens (1793) wurde Danzig preußisch und nach französischer Besatzung 1814 wieder preußisch.

In den Jahren 1816 bis 1824 und 1878 bis 1919 war Danzig Hauptstadt der Provinz Westpreußen. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde es mit dem Versailler Vertrag ab 1920 zur Freien Stadt erklärt, 1922 zoll- und wirtschaftspolitisch Polen angeschlossen - auch Post und Bahn. Nach dem Polenkrieg ab 1. September 1939 kam Danzig wieder zum Deutschen Reich.

Die Referentin lernte Danzig im April 1940 kennen, als ihr Vater vom Oberlandesgericht Marienwerder zum Oberlandesgericht Danzig abgeordnet worden war. Im Januar 1945 auf der Flucht übernachteten sie und ihre Mutter zwei Nächte auf dem Fußboden der Bahnhofshalle, am nächsten Tag wurde der Bahnhof fast völlig zerstört. Erst 1991 besuchte sie nach Kriegsende die Hansestadt wieder, danach bei jeder Reise mit dem Heimatkreis Marienwerder.

In Danzig gibt es viele internationale anerkannte Einrichtungen, die Technische Hochschule neben

anderen, die Philharmonie, den internationalen Flughafen. Der Stadtkern besteht aus der Recht-, Vor- und der Altstadt, 1945 wurde sie fast vollständig zerstört.

Nach einer Aufzählung bekannter Danziger, wie den Wall- und Wassermeister Adam Wiebe (um 1600), Lorenz Eichstädt (1596-1660) Mediziner und Mathematiker, den genialen Erfinder und Instrumentenbauer Daniel Gabriel Fahrenheit (1686-1736), den Philosophen Arthur Schopenhauer (geb. 1788-1860), folgten gute Gespräche und Dank an die Gastgeberin für den Nachmittag. Gisela Brauer

Adventsfeier

Burg auf Fehmarn - Dienstag, 13. Dezember, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: ostdeutsche Adventsfeier der Landsmannschaft Ost-, Westpreußen und Danzig. Pastor Kark-Carlson wird besinnliche Worte zum bevorstehenden Weihnachtsfest sprechen. Für die musikalische Umrahmung sorgt Kathrin Kark aus Landkirchen mit ihrer Flötengruppe. Eine festlich geschmückte Kaffeetafel, weihnachtliche Geschichten sowie Lieder, begleitet von Brigitte Asbahr und Ina Naujok auf dem Akkordeon, werden die Mitglieder und Gäste unterhalten. Gäste sind herzlich willkommen.

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg (VLM FI) e.V.

Flensburg - Dienstag, 6. Dezember, 15 Uhr, TSB-Sportheim Eckener Straße 24, 24937 Flensburg: Kaffeetafel im Advent, Lieder, Geschichten und Gedichte.

Rätsel

A large crossword puzzle grid with various clues in German. The clues include: hochziehen (Segel, Flagge), Elektronikmesse in Berlin, weibliches Lasttier, US-Filmstar (Johnny), Heiliger Patron Böhmens, Bootsrunder, große amerik. Raubkatze, Versammlung, Sitzung, islam. Hauptheiligtum, fertig gekocht, Erlangung, Monatsname, Heurmond, Ansturm auf etwas Begehrtes (englisch), Werk von Homer, Bein-gelenk, Pferdengart, Staat in Südamerika, umsonst (für ...), Metallstift, mittelp. europ. Gebiet (Antike), deutscher Reichspräsident (Friedrich), Lederart, Triebwagen der Eisenbahn, ungebohrne Leibesfrucht, Versmaß: Taktart, spanischer Fluss, Brauch, Sitte (lateinisch), Gießgefäß (Schmiermittel), Mut, Schneid (ugs.), transportabel, Erkaltsymptom, vorzugsweise, eingedickter Süßholzsaf, Musical von A. Lloyd Webber, locker, wacklig, schwedischer Kupferstecher, deutsches Nordseebad, weiches Sedimentgestein, kleine, vier-saitige Gitarre, österr. Abtei an der Donau, gleichförmiger Ablauf im Leben, Standortbestimmer (Schiff), Evangelist, hingestreckt sein, sportlicher Betreuer, Ausbilder, Sauer-milch-getränk, Winter-sportart, Brut-stätte, amerik.-engl. Dichter (T. S.), eine der Ostfriesischen Inseln, Mensch, der etwas stiehlt, ohne Abzüge (Ge-hälter), Lager-stätte, Magazin, Baustoff, hoch achten, Zart-Fein-gefühl, gerade dort, genau dort, Strudel-wirkung, Rüge, Verweis, Un-beweg-lichkeit, Verpackungsgewicht, griechischer Kriegsgott, Junge, Bub, Gebirge zwischen Europa u. Asien, besitz-anzei-gendes Fürwort, Strom in Ost-sibirien, un-ge-bräuch-t, uner-wünscht, nicht statthaft, Kfz-Zeichen Darmstadt, chem. Zeichen für Radium, Erzgang (Bergbau), Rettungs-helfer (Kurz-wort), nordischer Hirsch, Elch, chemisches Zeichen für Neon, Fuß-Spazier-gänger, Süd-frucht, Stadt in Bayern, am Bodensee.

Sudoku

A 9x9 Sudoku grid with some numbers pre-filled. The numbers are: Row 1: 2, 4, 7, 1; Row 2: 3, 6, 8, 2; Row 3: 7, 5; Row 4: 8, 7, 9; Row 5: 4, 2, 9; Row 6: 3, 5, 6; Row 7: 5, 7; Row 8: 6, 7, 2, 1; Row 9: 5, 4, 6, 8.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

A 6x6 grid with two diagonals highlighted. The top-left to bottom-right diagonal contains the numbers 1, 2, 3, 4, 5, 6.

Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei andere Worte für Kennzeichen. 1 Kirchenversammlung, 2 Grundmuster, Konzept, 3 Abschnitt bei der Hauserrichtung, 4 scherzhaft: Sohn (lateinisch), 5 zu irgendeinem Zeitpunkt, 6 Anrede für einen engl. Adligen

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Zierpflanzengeschäft. 1 Teil einer Pflanze, 2 Brettspiel, 3 unartikuliert sprechen, 4 Gestalt aus „1001 Nacht“, 5 niederländische Universitätsstadt

A circular diagram with five numbered fields (1-5) and arrows indicating a clockwise path between them.

Heimatkreisgemeinschaften

Angerburg

Kreisvertreter: Wolfgang Schiemann, **Gst.:** C. Bierwirth, Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101

Heimatpolitische Tagung

Rotenburg (Wümme) – Sonnabend, 11., bis Sonntag, 12. Februar, Ratsgymnasium: 65. Heimatpolitische Tagung. Bitte notieren Sie sich schon heute diesen Termin. Die Einladungen werden rechtzeitig zu Beginn des neuen Jahres versandt und auch hier und im nächsten Heimatbrief veröffentlicht werden.

Johannisburg

Kreisvertreter: Klaus Downar, An der Grubenbahn 21, 01662 Meißen, Telefon (03521) 4592901, www.kreisgemeinschaft-johannisburg.de; kodo48@aol.com; **Kassenverwalter:** Günter Woyzechowski, Röntgenstraße 14, 31157 Sarstedt, Telefon (05066) 63438, g.awoy@htp-tel.de

Betreuungsfahrt

Johannisburg – Der Aufgabenstellung der sozialen und humanitären Hilfe zu folgen, gab es auch in diesem Jahr eine Betreuungsfahrt nach Johannisburg. In Stadt und Landkreis konnte etwa 100 alten und kranken Menschen aus der deutschen Minderheit geholfen werden. Gerade in diesem Jahr ist die Unterstützung wichtig, die Menschen können mit ihren kleinen Renten kaum auskommen, dabei die enormen Preissteigerungen zu bewältigen ist unmöglich. Dabei ist von den Energiekosten noch keine Rede.

Unser erfahrenes Team mit Günter Woyzechowski, Detlef Liedtke und Erich Bergmann hat sich für alle Betroffenen Zeit genommen und alle waren dankbar für die Hilfe und die Zeit für persönliche Gespräche. Viele Wünsche, gerade nach Medikamenten und Hilfsmitteln, wurden notiert und an den Vorstand unserer Kreisgemeinschaft zur Prüfung der Möglichkeiten weitergeleitet.

Ein großes Paket mit Süßigkeiten fand im Transporter Platz und

so konnten viele Kinder für sie Außergewöhnliches in Empfang nehmen. Auch eine Ladung original Dresdner Christstollen wurde verteilt und war für die Empfänger eine Besonderheit.

Ebenso wurden die Menschen mit Behinderung besucht und bedacht, die Tageseinrichtung, in der diese Menschen zu finden sind, steht in jedem Jahr auf der Besuchliste unseres Teams. Es ist immer eine Freude dort empfangen zu werden und Gespräche zu führen.

Pastor Pysz von der evangelischen Gemeinde sorgt sich in allen Belangen des Alltags dieser Menschen und bietet ein hohes Maß an Fürsorge. Einer schwer behinderten jungen Frau, die ihr Leben seit Kindheit an im Rollstuhl verbringt, konnte unser Team wieder helfen und die Finanzierung einer lebensnotwendigen Sauerstofftherapie sicherstellen.

Es gab auch ein Jubiläum, dass mit einer Feierstunde gewürdigt wurde. Unser Hilfeverein der Deutsche Freundeskreis ROSCH besteht in diesem Jahr 30 Jahre! Es war für unsere Kreisgemeinschaft nicht nur eine Ehre, nein es war auch Grund Danke zu sagen und an der Feierstunde teilzunehmen. Alle Größen aus Kirchen und Politik gesellten sich mit den Mitgliedern von Rosch zu einer gelungenen Feierstunde, zu der Vorstand Dittmar Leymannczyk alle herzlich willkommen hieß.

Bei der Gelegenheit wurde durch unseren Beauftragten für Johannisburg, Dr. Manfred Solenski auf die nachlassende Spendenbereitschaft hingewiesen, Spenden sind sehr nötig, gerade bei wachsender Armut, die Arbeit von ROSCH muss weitergeführt werden!

Unser Team ist gesund und munter nach erfüllter Mission zurück, wir blicken bereits auf das nächste Jahr. Klaus Downar

Nachruf

Mit großem Gedenken teilen wir mit, dass unser Mitglied und Heimatfreund Herbert Wallner am 4. September dieses Jahres, kurz nach seinem 101. Geburtstag verstorben ist. Sein Leben war zu jeder Zeit heimatverbunden, seine Erinnerungen vermochte Herbert Wallner zu teilen, wie kein anderer. Publikationen, Filme, Reiseleitungen und Vorträge bei Veranstaltungen und in Schulen. Wallner hat nachhaltig ein nennenswertes Erbe hinterlassen. Seine Verdienste

um die alte Heimat Masuren und die Menschen dort sind beispielhaft. Bis ins hohe Alter von 101 Lebensjahren konnten wir uns auf Herbert Wallner als Mitglied der Kreisgemeinschaft Johannisburg verlassen, stets bereit zum Zuhören und Helfen. Wir bewahren Herbert Wallner ein ehrendes Gedenken und verneigen uns in stiller Trauer. Vorstand, Mitglieder, Freunde, Freundeskreis ROSCH, Kreisgemeinschaft Johannisburg e.V. Klaus Downar

Memel-Stadt/Land

Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174) 9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de. **Gst. für alle Memellandkreise:** Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim

Termine

Dortmund – Sonntag, 11. Dezember, 13 Uhr, Ostdeutsche Heimattube, Landgrafenstraße/Ecke Märkische Straße, Eingang Märkische Straße 1-3, 44139 Dortmund: Adventsfeier. Anmeldung bei Gerhard Schikschnus unter Telefon (0231) 62836900, mobil: (0173) 8103050, E-mail: g.schikschnus@web.de.

Düsseldorf – Sonnabend, 3. Dezember, ab 14 Uhr, Eichendorff-Saal, Gerhart-Hauptmann-Haus,



Photograph showing a group of people gathered for a memorial service in front of a plaque.

Totengedenken: Am Totensonntag ehrte der Deutsche Kulturverein Memel die verstorbenen Bürger auf dem Friedhof der jüdischen Gemeinde und dem ehemaligen städtischen Friedhof am Stein der AdM. Vorsitzende Krefsin betonte die Wichtigkeit des Erinnerns an die Wurzeln und die Herkunft unserer Kultur, ohne die eine Bewahrung dieser unmöglich ist.

Bismarckstraße 90: Adventsfeier, Eintritt: 10,- Euro. Wegen der Vorbestellung von Kaffee und Kuchen bitten wir um Anmeldung unter Telefon (02452) 62492 oder schriftlich 52525 Heinsberg, Rurstraße 14, Karin Gogolka.

Köln – Sonnabend, 17. Dezember, 13 Uhr, Brauhaus Köln-Dellbrück, Dellbrücker Hauptstraße 61: Memellandtreffen. Ich würde mich freuen, wenn wir von Weihnachtsen im Memelland berichten könnten. Wer kann uns sagen, wie das Weihnachten 1944 oder früher oder später gefeiert wurde? Wir laden alle herzlich ein zu uns zu kommen und versprechen eine gute Gemeinschaft und die Freude, dass Jesus in Bethlehem geboren wurde. Herbert Jaksteit, Telefon (0170) 831 5959.

Mannheim – Sonnabend, 10. Dezember, 14 Uhr, Bürgerhaus, Ober-

dorfstraße: Adventsnachmittag. **Memel und Heydekrug** – Sonntag, 4. Dezember: Weihnachtsfeier des Deutsche Kulturvereins Memel und des Vereins Heide. Ort und Zeitpunkt erfragen Sie bitte bei: Gerlinda Stunguriene unter Telefon (0037) 067102051 oder bei Heiko Krefsin unter Telefon (0037) 067552084.

Memel

Deutsches Kulturforum lädt ein: Dienstag, 6. Dezember, 18 Uhr, Potsdam: Vortrag von Sonya Winterberg. Mittwoch, 7. Dezember, 19 Uhr: Filmpremiere im Kino Krokodil, Berlin.

ANZEIGEN

Was Du hast gegeben, dafür ist jeder Dank zu klein. Du hast gesorgt für Deine Lieben, von früh bis spät, tagaus, tagein. Du warst im Leben so bescheiden, viel Müh und Arbeit kanntest Du, mit allem warst Du stets zufrieden, nun schlafe sanft in ewiger Ruh.

Fernab ihrer geliebten Heimat in Ostpreußen nehmen wir in Liebe und Dankbarkeit Abschied von unserer Mutter, Schwiegermutter, Oma und Uroma

Irne Raikowski

geb. Radzimanowski
* 23. August 1928 in Pittehen Kreis Mohrungen
† 12. November 2022 in Oldenburg



Du wirst immer in unseren Herzen bleiben:
Dietmar und Monika Raikowski
Ingrid und Tim Bonhagen
mit Marit, Erik und Henrik

Die Beisetzung findet im Familienkreis statt.
Bestattungshaus Marks - A. & M. Janßen - Hundsmühler Straße 174 - 26131 Oldenburg

Wenn die Kraft zu Ende geht, ist die Erlösung eine Gnade. Vorbei für dich ist all der Schmerz. Schlaf wohl, du liebes Mutterherz.

In Erinnerung an eine unvergessene, gemeinsame Zeit nehmen wir in Liebe und Dankbarkeit Abschied von meiner geliebten Ehefrau, unserer Mutter und Oma



Elli Lemke

geb. Neumann
* 30. März 1930 † 29. Oktober 2022
Neusobrost / Popowken Hemer

Klaus
Klaus-Arno
Doris mit Melanie
Anverwandte und Freunde

Traueranschrift: Klaus Lemke, Auf dem Schilk 6, 58675 Hemer
Die Urnenbeisetzung hat im Familienkreis stattgefunden.

„Und meine Seele spannte weit ihre Flügel aus. Flog durch die stillen Lande, als flöge sie nach Haus.“
Joseph Freiherr von Eichendorff

Ingrid Podosek

geb. Piccenini
* 5. April 1927 † 20. November 2022



Im Alter von 95 Jahren holte der Herr sie zu sich in sein Reich.

In Liebe und Dankbarkeit
Roman Podosek
Sigrid, Astrid und Songrid Piccenini
alle Angehörigen und Freunde

Die Beisetzung hat in Erkelenz stattgefunden.

ANZEIGE



Ostpreußisches Landesmuseum

Lüneburg – Mittwoch, 7. Dezember, 18.30 Uhr: „E.T.A. Hoffmann – Universal-künstler aus Königsberg“, Vortrag von Jörg Petzel. Eintritt: 4,- Euro.

Der Vortrag ist der Versuch einer Gesamtschau über das vielfältige Leben und Werk des Königsberger Juristen und Mehrfachkünstlers.

Eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder E-Mail: info@ol-ig.de ist erforderlich.

Warm oppm Kopp

Mütze mit aufgestickter Eichschaufel. Innen: Thinsulatefutter. Außen: ostpreußisch. In den Farben blau und schwarz erhältlich. Je Strickmütze: 15,- Euro, zuzüglich 3,- Euro Porto und Verpackung.



Je 15,- Euro zzgl. Porto und Verpackung

Bestellung: Landsmannschaft Ostpreußen e.V. Buchstraße 4, 22087 Hamburg Telefon (040) 4140080 E-Mail: selke@ostpreussen.de

HENRIETTE ARENDT

Die streitbare „Schwester Henny“

Die in Königsberg geborene Krankenpflegerin trat als erste Frau in Deutschland 1903 in den Polizeidienst ein

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am 1. Februar 1903 trat erstmals eine Frau in den Dienst der deutschen Polizei. Der Name dieser Pionierin lautete Henriette Arendt. Die am 11. November 1874 in Königsberg geborene Tochter eines vermögenden jüdischen Großkaufmanns besuchte zunächst die Handelsschule in Berlin und arbeitete danach bis 1895 als Korrespondentin und Buchhalterin im väterlichen Unternehmen. Anschließend absolvierte sie eine Ausbildung zur Krankenpflegerin. Ab 1896 war Arendt unter anderem im Jüdischen Krankenhaus zu Berlin, diversen Nervenkliniken und der Neuen Lungenheilstalt Schömberg tätig.

Anfang 1903 empfahl Paula Steinthal, die Vorsitzende des Stuttgarter Pflegeverbandes, die engagierte 28-Jährige für die neu geschaffene Stelle einer Polizeiassistentin im städtischen Polizeiamt in



Als „lästige Schwester“ von vielen Seiten angefeindet aufgrund ihrer Kritik an den sozialen Problemlagen, setzte sie sich unbeirrt für Waisenkinder ein: Henriette Arendt

gen. Ab 1905 kam dann zusätzlich noch der Bereich Kinder- und Jugendfürsorge hinzu.

Da Arendt vom Amt wegen keinerlei finanzielle Mittel für die gesellschaftliche

Wiedereingliederung von „liederlichen Weibspersonen“ zur Verfügung standen, verwendete sie dafür ihr Privatvermögen und startete darüber hinaus zahlreiche Spendenaufrufe. Damit ermöglichte die

Polizeiassistentin die Betreuung von mehr als 4000 Frauen, von denen rund 800 nachweislich auf „den rechten Weg“ zurückfanden. Gleichzeitig hielt Arendt öffentliche Vorträge zu sozialen Problemlagen, die immer häufiger auf eine Generalkritik an den bestehenden Wohlfahrts-einrichtungen und der amtlichen Bürokratie hinausliefen. Damit lud sie den Zorn der „mildtätigen“ Vereine der Stadt beziehungsweise der darin aktiven Honoratioren auf sich. Deshalb forderte der Leiter der Stadtmission, der spätere evangelische württembergische Landesbischof Theophil Wurm, schließlich in aller Öffentlichkeit ihre Kündigung. In das gleiche Horn stieß Paula Steinthal, die Arendt einst zu der Stelle verholfen hatte.

Parallel hierzu wuchs die Zahl der Gegner der streitbaren „Schwester Henny“ innerhalb der Stuttgarter Polizei. In den Augen vieler ihrer Kollegen war sie eine „Nestbeschmutzerin“, die alle Beamten an den Pranger stellte. Also wurden drei Kampagnen gegen Arendt gestartet. Die erste wegen des angeblichen „Vollzuges einer Affäre“ mit einem Polizeiassessor in den Räumen der Dienststelle, die zweite aufgrund des Vorwurfes der unprofessionellen Aktenführung und die dritte wegen des Verdachts der Veruntreuung von Spendengeldern, wobei sich für die Letztere freilich nie Beweise fanden.

Drei Kampagnen gegen Arendt

Dennoch zermürbten die ständigen Angriffe Arendt am Ende derart, dass sie erkrankte und ins Stuttgarter Paulinenhospital eingeliefert werden musste. Dort verfasste die erste deutsche Polizeiassistentin am 18. Dezember 1908 resigniert ihre Kündigung. Diese nahm der Gemeinderat sogleich erleichtert und einstimmig an. Daraufhin schied Arendt ohne jeglichen Pensionsanspruch aus dem Dienst.

1909 zog die dergestalt Ausgebootete in die Schweiz. Dort engagierte sie sich als

Fürsorgerin für Waisen und Kämpferin gegen den internationalen Kinderhandel, der damals erhebliche Ausmaße angenommen hatte. In diesem Zusammenhang veröffentlichte die vormalige Polizistin 1911 und 1912 die seinerzeit vielbeachteten Bücher „Kleine weiße Sklaven“ sowie „Kinderhändler. Recherchen und Fürsorgetätigkeit“.

Engagement für Waisenkinder

Während Arendt auf einer Vortragsreise in England weilte, brach der Erste Weltkrieg aus. Daraufhin gab sich die Deutsche als Schweizerin aus. Das half ihr freilich genausowenig wie die im Februar 1915 eingegangene Scheinehe mit ihrem Vetter, dem französischen Offizier René de Matringe: Die britischen Behörden stellten Arendt zunächst als Spionin vor ein Kriegsgericht und schoben sie dann am 28. Mai 1915 nach Rotterdam ab.

Dem folgten Einsätze bei der Flüchtlingshilfe in Wien, bis es 1916 wegen ihrer Heirat mit de Matringe zur Ausweisung als „lästige Ausländerin“ kam. Anschließend arbeitete Arendt beim Roten Kreuz – zuletzt als Oberschwester der französischen Rheinarmee in einem Krankenhaus in Mainz. Hier starb die Tante der prominenten Philosophin Hannah Arendt dann vereinsamt vor gut hundert Jahren am 22. August 1922.

Arendt, die über ihre Tätigkeit in Stuttgart in dem 1910 erschienenen Buch „Erlebnisse einer Polizeiassistentin“ berichtete, löste eine breite öffentliche Diskussion über den Einsatz von Frauen im Polizeidienst aus. Infolgedessen wurden bis 1913 in weiteren 19 deutschen Städten Polizeiassistentinnen eingestellt, welche für die Kinder- und Jugendarbeit verantwortlich waren und wie Arendt Schwestertracht trugen. Uniformen gab es hierzulande für Frauen in der Polizei dahingegen erst in den 1920er Jahren – genauso wie weibliche Kriminalisten.

800

Prostituierte von insgesamt 4000 inhaftierten Frauen brachte Henriette Arendt während ihres Dienstes bei der Polizei wieder auf „den rechten Weg“ zurück.

der Büchsenstraße 37. In dieser Eigenschaft oblag es Arendt, sich rund um die Uhr – bei einem Gehalt von monatlich 250 Mark – der von der Polizei aufgegriffenen „verwahrlosten“ Frauen anzunehmen. Dazu gehörte nicht zuletzt die Präsenz bei Verhören und ärztlichen Zwangsuntersuchungen von vermeintlichen Prostituierten, um in solchen Situationen für „Sitte und Anstand“ zu sor-

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

„Niemandland Niederschlesien“ setzt aufs Lokale

Eine Schule in Waldenburg wird nach Fürstin Daisy Hochberg von Pless benannt

Schüler, Eltern und Schulpersonal der Schule Nr. 5 in Waldenburg [Walbrzych] haben Ende Oktober einen Namenspatron ihrer Schule bestimmt. An und für sich keine große Sache, doch für polnische Verhältnisse war das Ergebnis ungewöhnlich.

Zur Wahl standen drei Persönlichkeiten: Johannes Paul II., Faustyna Kowalska, eine Heilige der katholischen Kirche, und Fürstin Daisy Hochberg von Pless. 84 Prozent der Abstimmungsberechtigten wählten die letzte Besitzerin des Schlosses Fürstenstein [Książ] zur Patronin der Schule.

„Daisy war eine Philanthropin und Kriegsgegnerin, aber ihr Charakter erfüllt nicht vollständig die gesetzliche Anforderung eines Vorbildes für Kinder und Jugendliche“, sagte Piotr Sosiński, Sekretär der Partei PiS in Waldenburg gegenüber dem Portal wpolityce.pl. Daisy von Pless war Herrin immenser Ländereien in Schlesien und galt als großzügige Gastgeberin auf den prächtigen Schlössern Fürstenstein und Pless [Pszczyna]. Sie engagierte sich im Sozial- und Gesundheitswesen. Im Ersten Weltkrieg arbeitete sie als Rotkreuzschwester. 1922 ließ sich Daisy in Berlin scheiden, lebte in England, Cannes und

München, bis sie aus Kostengründen nach Waldenburg zurückkehrte.

Der Besitz der Familie von Pless wurde 1939 enteignet. Aus dem Schloss musste Daisy 1940 ausziehen, weil Fürstenstein zum Führerhauptquartier ausgebaut wurde. Sie besuchte mehrfach das Konzentrationslager Groß Rosen in der Nähe und sandte Lebensmittel dorthin. 1943 verstarb Daisy verarmt in Waldenburg. Ihr Sarg wurde vor dem Einmarsch der Roten Armee 1945 an eine unbekannte Stelle umstattet.

Philantropin und Kriegsgegnerin

Aus Anlass ihres 80. Todestages 2023 wollen die Waldenburger Stadträte das kommende Jahr zum Daisy-Jahr ausrufen. „Eine schöne Art des Gedenkens einer historischen Persönlichkeit“, freut sich Mateusz Myktytyszyn von der Fürstin-Daisy-von-Pless-Stiftung. Ganz und gar nicht passt das dem Politiker Sosiński. „Im Allgemeinen sind polnische Heilige ein abgenutzter und unattraktiver Bezugspunkt, der es nicht wert ist, als Beispiel genommen zu werden“, wettet er. In der Huldigung der Fürstin Daisy sieht er einen „peinlichen Beweis dafür, wie sich die Identität der Polen verändert, insbesondere in den



Die Schüler haben ihre Wahl getroffen: Ihre Schule soll künftig den Namen der Fürstin Daisy von Pless tragen

Foto: Wagner

westlichen Regionen Polens“. Die „Gazeta Wroclawska“ (Breslauer Zeitung) zitiert den aus Waldenburg stammenden Vize-marschall der Woiwodschaft Niederschlesien, Grzegorz Macko (PiS): „Es gibt viele andere Persönlichkeiten der polnischen Geschichte, die als Namenspatrone für Schulen geeignet sind. Dazu zählen solche aus unserer Gegenwart, wie der Heilige Jo-

hannes Paul II. Es sind aber auch schlesische Piasten. Daisy als englische Aristokratin, die mit dem deutschen Adel verbunden war, hat keine Verbindung zum polnischen Waldenburg und seinen heutigen Bewohnern“, betont er.

Der Geistliche Przemyslaw Pojasek, Sprecher der Diözese Schweidnitz [Świdnica], sagte: „Johannes Paul II. ist

zweifelslos eine für Polen und die Welt herausragende Persönlichkeit, aber es heißt doch nicht, er muss nun zum Patron jeder Institution gewählt werden“, sagt er.

Für den Journalisten des Nachrichtenmagazins TVP1, Maciej Walaszczyk, ist der Westen der Republik Polen und speziell Niederschlesien seit Anfang der 90er Jahre zum Niemandland geworden. „Es scheint ein Raum zu sein, der sich in einer unbestimmten Zukunft in eine Art schlesische Provinz der EU verwandeln wird, unter der stillen und wachsenden Schirmherrschaft europäischer und deutscher Sponsoren.“

Das Facebook-Profil der Schule Nr. 5, die nun Fürstin-Daisy-von-Pless-Schule heißen wird, füllte sich mit überwiegend positiven Kommentaren, wie: „Ein Paradebeispiel für Lokalpatriotismus, schließlich hatte die Fürstin mehr mit der Stadt zu tun als andere Kandidaten!“, „Toll. Eine mit der Region verbundene Patronin“, so die Posts. „Die Schülerschaft, die Eltern und das Schulpersonal haben ihre Wahl auf demokratische Weise getroffen. Dieses Abstimmungsergebnis soll respektiert werden“, sagte Schuldirektorin Iwona Początek gegenüber dem „Wochenblatt.pl“, der Zeitung der Deutschen in der Republik Polen. *Chris W. Wagner*

SCHIFFBAU

Die Beton-Schiffe aus Pommern

In Ostswine am Oderhaff und Rügenwalde in Hinterpommern wurden einst revolutionäre Boote gebaut

Einen schönen
2. Advent

VON MARTIN STOLZENAU

Die Firma „Dyckerhoff & Widmann“, die 1865 in Karlsruhe unter dem ursprünglichen Namen „Cementwarenfabrik Lang & Cie.“ gegründet worden war und dann als großer deutscher Baukonzern „Dywidag“ mit zahlreichen internationalen Tochtergesellschaften deutsche Baugeschichte schrieb, gehörte weltweit zu den „Pionierunternehmen des Bauens mit Stampfbeton, Stahlbeton und Spannbeton“. Die lange Palette der diesbezüglichen Pionierleistungen reichte von der Entwicklung der Schalenbauweise in Stahlbeton und des Spannbeton-Freivorbau über den Bau der Jahrhunderthalle in Breslau, die seit 2006 zum Weltkulturerbe gehört, bis zur Herstellung von Schiffen aus Beton im Zweiten Weltkrieg.

Die „Dywidag“ ist heute ein Teil des weltweit agierenden „Strabag-Konzerns“. Der Schalenschiffbau aus Beton erfolgte einst nach Gründung des speziellen Zweiges namens „Schalenschiffbau“ vor 80 Jahren vor allem in den Bauwerften für Betonschiffe in Ostswine am Oderhaff und Rügenwalde in Hinterpommern.

Konstrukteur Finsterwalder

Eine Schlüsselrolle spielte dabei der Ingenieur Ulrich Finsterwalder, der nach der Entwicklung und Herstellung von Bootskörpern aus Leichtbeton während des Zweiten Weltkrieges in der Nachkriegszeit durch die Entwicklung freitragender Schalendächer aus Spannbeton sowie spektakuläre Brückenbauten internationale Bekanntheit erlangte. Seine Schwarzwaldhalle in Karlsruhe gilt bis heute als bautechnische Glanznummer.

Seine Leistungen im Beton-Schiffbau sind allerdings inzwischen weitgehend vergessen. Doch ein bis heute intaktes Betonschiff, das in Ostswine erbaut wurde,



Es blieb erhalten: Das Betonschiff „Capella“, das im Museumshafen in Rostock liegt

seine Endausrüstung auf der Klotzwerft in Swinemünde erhielt und nach 1945 von der Oder in die Warnow gebracht wurde, liegt heute unter dem Namen „Capella“ als Bestandteil des Rostocker Schifffahrtsmuseums nach umfassender Restaurierung im Stadthafen von Rostock. Es wird vielgestaltig für Ausstellungszwecke genutzt und kann besichtigt werden.

In Frankreich und in den USA experimentierte man schon im 19. Jahrhundert beim Schiffbau mit Beton. In Deutschland sind erste diesbezügliche Versuche für die Zeit nach 1908 nachgewiesen. Das kulminierte im Zweiten Weltkrieg, als Stahl immer knapper wurde. Deshalb richtete man 1940 in Nußdorf bei Wien ein „Reichsamt für Wirtschaftsaufbau“ ein, das zunächst mit der Spantenbauweise des Stahlschiff-

baus experimentierte. Allerdings ohne Erfolg. Erst die Nutzung der von der Firma „Dywidag“ entwickelten Schalenbauweise unter dem Ingenieur Finsterwalder brachte den Durchbruch.

Schiffe aus Leichtbeton

Die Dywidag wurde von der Wehrmacht zum Hauptauftragnehmer erhoben. Ein Extra-Werft-Zweig wurde gegründet und vor allem in Pommern angesiedelt. Finsterwalder wurde als Chefentwickler für den Betonschiffbau vom Kriegseinsatz freigestellt. Dieser Ingenieur wurde am 25. Dezember 1897 in München geboren, war der Sohn eines Mathematikprofessors und studierte nach dem Abitur und Kriegseinsatz im Ersten Weltkrieg an der TH in München Bauingenieurwesen. Er

fungiert zuerst als Tragwerksplaner bei der Firma „Dywidag“, entwickelte zusammen mit Franz Dischinger dünne Kuppelschalen, wie sie bis heute als Dach der Markthalle in Basel beeindruckend, und stieg nach seiner Promotion 1930 zum Leiter des Konstruktionsbüros der „Dywidag“ auf.

Finsterwalder machte Karriere, gehörte ab 1941 zur Geschäftsleitung und glänzte dann vor allem auch bei der Entwicklung von Schiffen aus Leichtbeton in Schalenbauweise. Der Aufsteiger war viel unterwegs, pendelte zwischen München und den Werften an der Ostsee und brachte den Bau von vier verschiedenen Schiffstypen aus Beton auf den Weg.

Dazu gehörten ein Motortankschiff mit 3770 Tonnen Tragfähigkeit, der Typ

eines Frachtdampfers mit 3650 Tonnen, ein kleines Küstenmotorschiff und ein Leichter für Küstengewässer mit 1160 Tonnen Tragfähigkeit. Dazu gehörte das Küstenmotorschiff vom Typ Wiking für den Transport von Nachschub für die Wehrmacht. Davon sollten rund 50 Schiffe entstehen. Sie wurden hauptsächlich auf den Ostseewerften wie in Ostswine und Rügenwalde gefertigt.

Haben sich nicht bewährt

Doch letztlich kamen nur wenige Schiffe dieser Varianten bis zur Endausrüstung und zum Einsatz. Das Kriegsende nahte. Erhalten blieb allein das heute in Rostock als Museumsschiff dienende Betonschiff „Capella“.

Überliefert sind aber die Konstruktionspläne und Erfahrungsberichte der Ingenieure. Sie sagen aus, dass mit „diesen Schiffen ein Transportmittel geschaffen wurde, das schnell und kostengünstig produziert werden konnte und sich durch eine lange Lebensdauer und große Reparaturfreundlichkeit auszeichnete“. Doch in späteren Friedenszeiten erwiesen sich diese Schiffe wegen ihrer geringen Ladekapazität als unwirtschaftlich.

Finsterwalder, der maßgebliche Konstrukteur der Betonschiffe, fungierte ab 1949 in der „Dywidag“ als „persönlich haftender Gesellschafter“ und widmete sich vor allem dem Brückenbau. Er sorgte mit der Lahnbrücke in Balduinstein, der Nibelungenbrücke bei Worms über den Rhein und mit der 1965 fertiggestellten Bendorfer Rheinbrücke mit der damaligen Rekordspannweite für Spannbetonbalkenbrücken von über 200 Meter für spektakuläre Bauten, die ihm Ehrendoktorwürden und das Große Bundesverdienstkreuz eintrugen. Am 5. Dezember 1988 starb der Vater des Betonschiffbaus und spektakulärer Spannbetonbalkenbrücken in München.

BUCHREZENSION

Das abenteuerliche Leben des Wilhelm von Jordan aus Stettin

Paläopathologie trifft Geschichtsforschung – Offizier in preußischen und bayerischen Diensten – Geschichte bekommt ein Gesicht

Wahrscheinlich wäre das abenteuerliche Leben des 1775 in Stettin geborenen Diplomaten und Offiziers in preußischen, später bayerischen Diensten, Wilhelm von Jordan, in Vergessenheit geraten, wenn nicht im Jahr 2011 sein mumifizierter Leichnam das medizinische und historische Interesse des Münchener Paläopathologen Andreas Nerlich geweckt hätte.

Da der Professor gut schreiben kann und der Verlag weder bei der Bildersuche noch an der Ausstattung gespart hat, fasziniert sein großformatiger Band „Wilhelm von Jordan. Flügeladjutant von König Max I. Joseph“ von Seite zu Seite mehr. Er gibt Einblicke in die preußische, deutsche, bayerische, österreichische, französische und russische Geschichte zur Zeit der Koalitionskriege, an denen Jordan als Draufgänger teilnahm und die militärische Karriereleiter emporstieg. Nerlich hatte Kontakt zu 25 Archiven und konnte alle verfügbaren Quellen ausschöpfen. Das geht so weit, dass bei den Jordans Reisen in Mitteleuropa jeweils die Hotelunterkünfte genannt werden.

Der medizinische Teil kommt am Schluss des Buches. Mit vielen Bildern dokumentiert Nerlich die Untersuchungen von vier Mumien der Familie Jordan und des Generals Reuß. Die Leichen sind auf Grund besonderer klimatischer Bedingungen in der Grablege bei Schloss Wa-

ckerstein gut erhalten und mumifiziert: Wilhelm, seine Frau Violante, Tochter Caroline, Sohn Max und General Reuß.

Johann George Gottfried Wilhelm von Jordan wurde am 5. Januar 1775 als Sohn des „geschicktesten Rats von Stettin“, Immanuel Jordan, in Stettin geboren und in der Schlosskirche mit vielen Paten, wie damals in der pommerschen evangelischen Kirche üblich, getauft. So ist es im Matrikelbuch der evangelischen Landeskirche Berlin-Brandenburg festgehalten. Sein Vater wurde später in Berlin geadelt und erwarb 1792 für 45.000 Thaler das Gut Wietstock bei Anklam, ein Adelsgut in Vorpommern. Fotos von Stettin und Karten von Pommern sowie das Wappen derer von Jordan schmücken das Buch.

Wilhelm besuchte das Akademische Gymnasium von Stettin und studierte dann zwei Jahre an der Theologischen Fakultät der Viadrina in Frankfurt/Oder. Ein Jahr arbeitete er als Referendar beim Stadtgericht Berlin und wurde dann Legationssekretär bei der preußischen Gesandtschaft in Paris. Er genoss das Diplomatenleben, dessen Annehmlichkeiten er für sein Leben fortführte und somit in ständigen Geldsorgen war.

Als junger Diplomat leistete er zunächst Kurierdienste zwischen Paris und Berlin, ehe er 1797 zum Friedenskongress nach Rastatt geschickt wurde. Seine „Un-

tätigkeit“ wurde in manchen Briefen anderer Diplomaten erwähnt. Es ergaben sich erste Kontakte zum Baron (späteren Grafen) Montgelas in Bayern.

Nach dem Abbruch der erfolglosen Verhandlungen in Rastatt geriet die französische Delegation auf der Heimreise in einen österreichischen Hinterhalt. Von Jordan half und begleitete in preußischer Uniform die Überlebenden in ihre Heimat. Die erwartete „Belohnung“, eine Beförderung durch König Friedrich Wilhelm III., blieb aus: „Er ist jung und kann warten“. Beleidigt reichte Jordan seine Demission ein und reiste nach München. Eingefädelt durch hochstehende Freunde der Familie wurde er bereits nach neun Tagen Oberleutnant der Cavallerie a la Suite der Kurpfalz-bayerischen Armee.

Nerlich beschreibt Jordans militärische Erfolge, sieht ihn in Schlesien und als „Nachrichtenbeschaffer“ von Truppenbewegungen wiederholt in mehreren europäischen Staaten. Im September 1805 meldete er, dass kaum österreichische Truppen in Böhmen seien. Als Spion verkleidet hatte er auch in Eger nach feindlichen Truppen gesucht. Ob er später in Ostpreußen an den Schlachten von Preußisch-Eylau und Friedland teilgenommen hatte, bleibt offen. Er begleitete aber den bayerischen Kronprinzen nach Tilsit und Königsberg.

Nerlich hat die militärische Lage in den Koalitionskriegen, die er als damals unruhigste Zeit Europas bezeichnet, und den Aufstieg Jordans zum General ausführlich beschrieben, wendet sich aber dann dem Privatleben zu. Es kommt zur Hochzeit mit einer königlichen Hofdame und dem Erwerb Wackersteins auf einem Felsen direkt an der Donau.

Die Unterlagen sind erhalten und zeigen Jordan als unerbittlichen Verhandler, der den Kaufpreis erheblich drücken kann. Längere Aufenthalte führten nach Italien und Griechenland. 1816 starb Jordans noch nicht einmal zwei Jahre alte Tochter in Neapel. Sie wurde einbalsamiert und nach Bayern mitgenommen. Mumifiziert wird sie rund 200 Jahre später von Nerlich untersucht werden.

Es ging dabei nicht nur um medizinische Erkenntnisse. Nerlich konnte das Gerücht widerlegen, dass die kleine Tochter von dem für seine amourösen Abenteuer bekannten bayerischen König Maximilian I. Joseph gezeugt wurde. Tatsache ist, dass der König – über seine Vaterschaft unsicher – Jordan wieder einmal finanziell beisprang und die Hofdamenpension früher als üblich auszahlen ließ.

Statt in den Krieg zu ziehen, widmete sich von Jordan nach dem Erwerb von Wackerstein weiteren Immobilienkäufen: 1823 erwarb er durch des Königs Vermitt-

lung als „Schnäppchen“ das Schlösschen Suresnes in München Schwabing und bekam dadurch den „Fuß in die Tür“ zur Münchener Gesellschaft. Weitere Käufe folgten.

Die Familiengruft hatte Jordan auf dem Spitzberg bei Dötting in der Nähe Wackersteins errichten lassen. Töchterchen Caroline, deren Sarg 19 Jahre im Eiskeller von Wackerstein gestanden hatte, wurde überführt. 1841 starb von Jordan. Zum Obduktionsbericht Nerlichs der fünf Leichen im Jahre 2011 gibt es zahlreiche Fotos und einen kurzen Lebenslauf von Jordans. Das Werk vermittelt Informationen, die weit über die Inhalte historischer Dokumente hinausgehen. Geschichte bekommt plötzlich ein Gesicht.

Norbert Matern

● **Andreas Nerlich: „Wilhelm von Jordan. Flügeladjutant von König Max I. Joseph, eine medizinisch-historische Untersuchung“**, Anton H. Konrad Verlag, Weißenhorn 2022, Hardcover, 448 Seiten, 39,80 Euro



„Ein reiches Land sind wir schon lange nicht mehr“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Danke für diesen berührenden Beitrag. Ein immens wichtiges Thema aus unserer Menschenmitte“

Chris Benthe, Dresden

zum Thema: Glücksmomente am Ende des Lebens (Nr. 46)



Ausgabe Nr. 47

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

SO MANCHER SCHUSS DANEBEN ZU: EINE BLAMAGE VON HISTORISCHEM AUSMASS (NR. 47)

Die Berliner Wahl ist also ungültig. Ist das nun ein Drama oder mehr eine Medienshow? Wahrscheinlich beides. Denn die Preußen, um solche handelt es sich bei den Berlinern ja eindeutig, halten sich oft genug für superschlau und meinen den Mittelpunkt der Welt darzustellen. Dabei spaziert ihnen auch allzu oft der Schnabel vorneweg. Nicht immer kommt dabei etwas Gescheites heraus.

Und nun das Wahldesaster. Wie peinlich aber auch. Denn wer es nicht schafft, fehlerfreie Wahlen abzuhalten, der kann so schlau nicht sein. Und somit, liebe Berliner, merkt Euch eines: Im Leben, im Leben geht mancher Schuss daneben. Das sang schon Katja Ebstein. Das kann auch seine positiven Seiten haben, wenn man daraus lernt. Dazu gehört es aber auch, einmal einen Gang zurückzuschalten und nicht immer aus dem Vollen zu schöpfen. Das sollten eigentlich preußische Tugenden sein, man muss sie nur auch leben. Auch wenn's schwerfällt.

Claus Reis, Schwabach in Franken

EIN GEOPOLITISCHES INTERESSE? ZU: DAS ENDE DER MÄR VON DER „WERTEGELEITETEN AUSSENPOLITIK“ (NR. 46)

Der Artikel ist gut, kratzt aber auch nur an der Oberfläche. Denn wenn man bedenkt, dass die Politiker möglicherweise nicht die eigenen Interessen beziehungsweise die des Landes im Blick haben, dann machen auch die ganzen Widersprüche im Sagen und Handeln Sinn. Solche Floskeln wie „wertebasiert“ und „frei“ wurden auch importiert.

Zum Thema Iran: Ich bin kein Freund des dortigen Mullah-Regimes, aber man sollte dort genauer hinschauen. Wenn man in Deutschland regierungskritischen Demonstranten Waffen in die Hand gibt, mit dem Ziel, die Regierung zu stürzen, würde man diese hier auch blutig niederschla-

gen. Man würde es nur medial schöner verpacken und von Verhinderung von terroristischen Anschlägen oder dergleichen sprechen.

Komischerweise finden diese Umsturzversuche immer bei Verbündeten Russlands statt. Könnte dort möglicherweise ein geopolitisches Interesse dahinterstehen? Man hat sich im Westen sehr darüber aufgeregt, dass der Iran angeblich Drohnen an Russland geliefert hat, um sie gegen das ukrainische Regime zu verwenden. Und es besteht die Gefahr, dass sich die Staaten des Nahen Ostens versöhnen und eine eigene, unabhängige Macht dort entsteht, die auch die Rohstoffe dort ohne westliche Einflussnahme kontrollieren könnte.

Daniel Brandt, Hamburg

EIN GLOBALER VERGLEICH ZU: RUSSLAND SUCHT SEINEN WEG (NR. 44)

Putin hat seit acht Jahren dieselbe Situation wie Adolf 20 Jahre lang nach dem verunglückten Versailler Diktat, in dem die Mittelmächte, also das Deutsche Reich und Österreich, amputiert wurden zusammen mit den Ungarn und – im Sykes-Picot-Abkommen – dem Osmanischen Reich.

Die Sieger waren so feige, sie von anderen verwalten zu lassen, um als lachender Dritter dazustehen. Konflikte zwischen Deutschen und Polen wurden geschürt, die Polen verkannten die Ernsthaftigkeit der Situation und wichen Verhandlungen über den Korridor genauso aus wie der ukrainische Clown über den Donbass oder die Krim.

Einen Vergleich wagt auch Putin nicht, weil er bis heute nicht eingesteht, wofür Stalin die Menschen in den Krieg getrieben hat. Es sind dieselben globalen Kräfte, die am Krieg seit ewigen Zeiten verdienen und als globale Machthaber die Welt als Schachbrett ansehen, wo sie Völker hin- und herschieben, so wie sie heute Menschen wurzellos machen, um ihre Finanzblase noch zu halten.

Alle wissen es, aber keiner spricht es aus.

Kersti Wolnow

ES IST KEIN PLATZ MEHR ZU: NIEDERGANG UND WOHLSTANDSVERLUST (NR. 43)

Energie- und Lebensmittelpreise schnellen in die Höhe, dazu kommen neue Flüchtlings- und Einwandererströme: Diese Doppelkrise kann nicht ausschließlich dem Ukrainekrieg in die Schuhe geschoben werden. Beides hat es vor diesem Krieg schon gegeben. Auch schon vor Corona. Beides wurde lediglich durch den Ukrainekrieg beschleunigt. Die Gefahr wurde nicht erkannt oder ignoriert. Wobei Letzteres wahrscheinlicher ist.

Es gibt keine neuen Flüchtlings- und Einwandererströme (abgesehen von denen aus der Ukraine und möglicherweise aus Russland). Es sind die alten, die nur kaum noch kommuniziert werden, obwohl sie nie aufgehört haben. Bei der Flüchtlingskrise handelt es sich um eine Krise der deutschen/europäischen politischen Institutionen und der deutschen kommunalen und Länderverwaltungen sowie der Bildungs- und Gesundheitsinstitutionen wegen Schwierigkeiten bei Asylverfahren und der Integrierung von Flüchtlingen, aber nicht der Flüchtlinge auf ihrem Weg nach Europa.

Ex-Kanzlerin Merkel war es, die entgegen den Regeln des Schengenraums und des Schengener Abkommen, die Grenzen öffnete. Damit war das Chaos in Deutschland und Europa perfekt. Diese Krise hat die unterschiedlichen Auffassungen der EU-Mitgliedstaaten zur Asylpolitik aufgedeckt. Dieses Thema ist und war Mitauslöser und Symptom der Krise der Europäischen Union.

Es ist, zumindest in Deutschland, egal, warum jemand sein Land verlassen hat. Es sind ja nicht immer kriegerische Auseinandersetzungen entscheidend gewesen. Es kann nicht sein, dass jeder Disput auf der Welt Deutschland dazu bewegt, diese Menschen aufzunehmen. Diese Menschen werden gegenüber den deutschen Bürgern bevorteilt. Denn da wird zum Beispiel mit Macht auf Wohnraumbeschaffung gedrungen, während ein Deutscher dringend Wohnraum sucht, aber

nicht erhält mit der Begründung, dass Flüchtlinge zuerst Anspruch haben. Vielfach werden diese Menschen im Gesundheits- und Bildungswesen anders behandelt als Deutsche.

All das kostet die deutschen Bürger mindestens genauso viel, wie sie für Energie und Lebensmittel ausgeben müssen. Erschreckend ist, dass viele Geflüchtete gegenüber dem deutschen Staat Forderungen stellen, die dann auch vielfach erfüllt werden. Das sollte sich ein deutscher Bürger wagen. Es war die ehemalige Bundeskanzlerin, die den Bürgern 2015 versprochen hat, dass durch diese Situation keine Nachteile entstehen. Gelogen!

Jeder Flüchtling hat sich in unserem Land anzupassen. Es ist unser Land und unser Lebensstil. Wir geben diesen Menschen jede Möglichkeit, all diese Errungenschaften mit uns zu genießen und zu teilen. Aber wenn sich jene ständig beschweren, Mitleid suchen und unseren Lebensstil verurteilen, kann man sie doch nur dazu ermutigen, einen Vorteil unseres Landes zu nutzen: das Recht, das Land zu verlassen. Sie wurden nicht gezwungen, hierherzukommen.

Das gilt selbstverständlich auch für viele Hunderttausende, die seit Jahrzehnten aus einem Land kommen, in dem kein Krieg herrscht, dem angeblich besten Land der Welt mit dem besten Präsidenten der Welt. Die sich überwiegend nicht in die Gesellschaft einbringen, sondern genau das Gegenteil. Sie betrachten Deutschland als Selbstbedienungsladen.

Wir können uns diese Flüchtlings- und Einwandererströme nicht leisten. Ein reiches Land sind wir schon lange nicht mehr. Aber nach außen hin vermittelt die Politik dies noch immer. Wenn der Bundespräsident und die Außenministerin bekunden, dass der Ukraine umgehend bei einer neuen Infrastruktur geholfen werden muss (dabei ist der Krieg noch lange nicht vorbei), dann haben wir offensichtlich Geld im Überfluss. Aber für das „Aufmöbeln“ der eigenen Infrastruktur ist kein Geld vorhanden. Denn schon lange gilt: erst die anderen und dann das eigene Volk. *Heinz-Peter Kröske, Hameln*

ANZEIGE

Der geheime Auftrag der »Jungen globalen Führer«

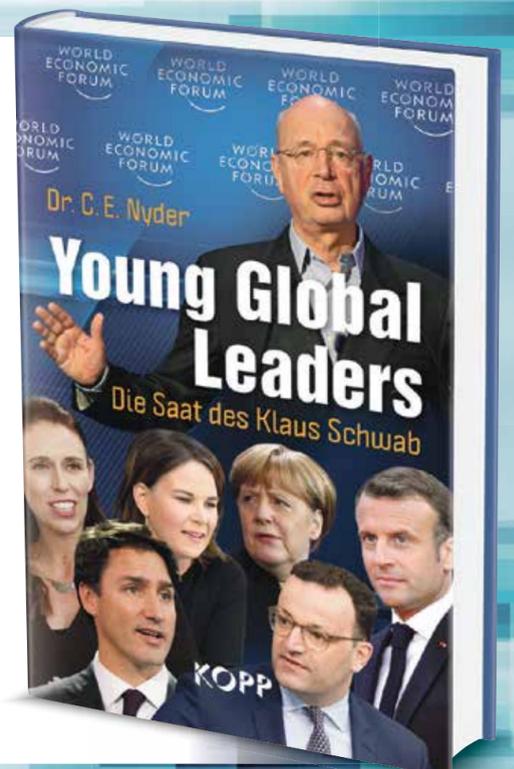
■ Sie nennen sich »Young Global Leaders« und sie sind heute in nahezu allen Parlamenten vertreten. Mehr als fünfzig Ministerpräsidenten und Meinungsführer absolvierten – unbemerkt von der Öffentlichkeit – das Ausbildungsprogramm einer von Klaus Schwab (Chef des World Economic Forum) finanzierten Stiftung, die sich offiziell »die Verbesserung des Zustands der Welt« auf die Fahnen geschrieben hat. Die Liste der prominenten »Alumni« reicht von Angela Merkel, Emmanuel Macron und Tony Blair über Wladimir Putin bis hin zu Annalena Baerbock und Justin Trudeau. Entstanden ist ein Netzwerk, das eine »Systemänderung in globalem Maßstab« mit mehr als fragwürdigen Mitteln durchsetzen will. Demokratische Entscheidungsprozesse? – Fehlanzeige!

In seinem neuen Buch *Young Global Leaders* beleuchtet das Autorenteam um Dr. Nyder die mehr als fragwürdigen Hintergründe eines elitären Zirkels, der die bewährten Grundlagen unseres Wirtschafts- und Sozialsystems ohne Zustimmung der Völker aushebeln will. Eigentum, Privatsphäre, ja Demokratie sollen abgeschafft werden.

Konkret geht es um eine knallharte Umverteilung der Macht und den politischen Kampf gegen eine weiße Bevölkerung, die für den Zustand der Welt (Stichwort: Klimawandel) verantwortlich gemacht wird. Angesichts der Liste von Absolventen der Schwab'schen Denkfabrik, die bereits in den höchsten Machtpositionen verkehren, wird deutlich, dass seine undemokratisch entstandene Weltregierung längst existiert.

Staatsfeinde in den Regierungen

- Das Brandgefährliche an den »Young Global Leaders« wird bei einem Vergleich mit totalitären Systemen der Vergangenheit deutlich.
- Von langer Hand geplant: WEF-Gründer Klaus Schwab erkannte schon vor Jahren, dass die Unterwanderung von Systemen erfolversprechender ist als ein gewaltsames Unterwerfen.
- Seit Anfang der 1990er-Jahre: Wie im Profi-Fußball suchen »Scouts« aufstrebende Nachwuchskräfte. Rund 200 Personen unter 43 Jahren bilden einen Jahrgang. Das Ausbildungsprogramm selbst dauert 6 Jahre.
- Dem »Young-Global-Leaders-Programm« stehen atemberaubende finanzielle Mittel zur Verfügung. 2018/2019 betrug der offizielle Umsatz sage und schreibe 338 Milliarden Dollar.



Dr. C. E. Nyder: *Young Global Leaders* • gebunden • 239 Seiten • zahlreiche Abbildungen • Best.-Nr. 986 400 • 22,99 €

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

ADVENTSZEIT

Himmelsboten aus dem Erzgebirge

Ein Markenzeichen mit nacktem Po – Die Engel einer Traditionsfirma aus Grünhainichen in Sachsen sind ein weltweiter Exportschlager

VON SILVIA FRIEDRICH

Lieber Hans, ich sende Dir viele herzliche Weihnachtsgrüße und auch einen kleinen Weihnachtsengel...“, schrieb Margarete „Grete“ Wendt 1914 an ihren Bruder Johannes an die Front. Kurz zuvor hatte die Künstlerin, Designerin und spätere Unternehmerin den kindlichen Weihnachtsengel mit weißem Sternendekor auf grünen Flügeln entworfen.

Dieser Weihnachtsbote, heute benannt mit der Katalognummerierung „28er Engel“, war von Anfang an heiß begehrt und wurde weltberühmt. Die Musikanten-Engel mit nacktem Po und grünen Flügeln sind die berühmtesten Himmelsboten aus der Firma „Wendt & Kühn“ und weltweit millionenfach verkauft worden. Dabei ist das Gesicht dieser Figuren, kindlich mit Pausbacken, genau von der Künstlerin vorgegeben. Es braucht mehr als zwei Jahre, bis eine Malerin die Fertigkeit erlangt, den Figuren ihren unverwechselbaren Charakter zu geben.

Die Engel sind das Markenzeichen der Firma. Doch wie begann das alles? Eng verbunden mit der Traditionsfirma ist der Name Albert Wendt. Ohne ihn hätte es die Firma sicher nie gegeben. 1884 wurde Wendt Lehrer an der Gewerbeschule in Grünhainichen im Erzgebirge. Der fortschrittliche Pädagoge und spätere Direktor der Spielwarenfach- und Gewerbeschule des Ortes förderte die Entwicklung der Spielwarenherstellung und stand den technischen Neuerungen der Zeit offen gegenüber. Seine Tochter Grete wurde 1887 in diese Welt hineingeboren und von Beginn an vom Vater gefördert. Schon früh hatte er ihr Talent erkannt.

Wendt sorgte dafür, dass Grete von 1907 bis 1910 die Königlich-Sächsische Kunstgewerbeschule in Dresden besuchte. Bereits während des Studiums bekam sie vom Gründer der Deutschen Werkstätten Hellerau, Karl Schmidt, den Auftrag, eine Weihnachtsskulptur zu entwerfen. Schmidt engagierte Grete sofort nach Studienabschluss als Zeichnerin für Spielzeugentwürfe und Möbel. Hellerau war Werk- und Denkstätte eines neuen Geistes der Moderne, von dem die junge Künstlerin ebenfalls beeinflusst wurde.



Sechs von elf Punkten: Die zeitlosen Engel von Wendt & Kühn erhalten auf den Flügeln stets die gleiche Anzahl von Punkten

Auch in München war sie kurzzeitig tätig und kehrte 1912 mit Kenntnissen der süddeutschen Bauernmalerei wieder in die Heimat zurück. 1913 nahm sie mit ihrer heute legendären Figurengruppe „Beerenkinder“ am Wettbewerb für gute Reiseandenken des Vereins Sächsischer Heimatschutz teil. Sie bestand aus Kinderfiguren mit prallgefüllten Heidelbeerkörbchen. Ihre Entwürfe errangen mehrere Preise, denen viele Bestellungen folgten. Die Herstellung der Figuren erfolgte teilweise in der elterlichen Wohnung.

Doch Grete wollte mehr. Sie kam auf die Idee, sich mit einer eigenen Firma selbstständig zu machen. Ihre Studienfreundin Margarete Kühn war von der Idee ebenfalls begeistert. Am 1. Oktober 1915 war es soweit: Beide Frauen gründeten die offene Handelsgesellschaft „M. Wendt u. M. Kühn“.

Die Arbeit wurde so aufgeteilt, dass Grete Wendt vor allem in der Figurenbilderei tätig war und ihre Kollegin Truhen

sowie Spanschachteln kreierte und bemalte. Gretes Bruder Johannes überlebte den Ersten Weltkrieg, stieg 1919 als Mitinhaber in die Firma ein und wurde Leiter der kaufmännischen Abteilung. Das Unternehmen wuchs, und noch im selben Jahr meldete man das Firmenzeichen „Wettergezeichnete Fichte mit Insignien W. u. K.“ an. Ein Jahr, bevor sie 1921 heiratete, verließ Kühn die Firma.

In Russland interniert

Schon 1920 kam eine ebenso begabte junge Frau aus Riga, Olga Sommer, genannt „Oly“, spätere Ehefrau von Johannes Wendt, ins Geschäft und bereicherte das Unternehmen nun mit eigenen, kunstvoll baltisch angehauchten Figurengruppen aus ihrer Heimat. Weltruhm erlangte die Firma 1937 auf der Pariser Weltausstellung mit einer Goldmedaille und dem Grand Prix für Grete Wendts „Engelberg mit Madonna“. Die eigene künstlerische Handschrift der Schöpferin in der Tradi-

tion des Erzgebirges begeisterte die Menschen nun auch weltweit.

Auch für diese Firma war die Zeit des Zweiten Weltkriegs ein herber Einschnitt. Doch mit dem Modellbau von Schiffen und Militärfahrzeugen für Offiziersschulen konnte sich „Wendt & Kühn“ einigermassen durchschlagen.

Aber dann schlug das Schicksal grausam zu, als Johannes Wendt im September 1945 verhaftet wurde und im Dezember des Jahres im russischen Internierungslager Tscherepewez verstarb. Die Familie wartete vergeblich auf seine Rückkehr und erfuhr erst Jahre später aufgrund eigener Nachforschungen von seinem Ableben. Ein Los, das viele Familien in dieser Zeit teilen mussten.

Die neuen politischen Verhältnisse verlangten nun eine große Umstellung für den Familienbetrieb. 1946 wurde die Firma zu 50 Prozent enteignet, Grete Wendt konnte jedoch ein Jahr später Firmenanteile mithilfe ihrer Mitarbeiter zurücker-

werben. Der Sohn von Oly und Johannes Wendt, Hans, stieg 1954 in die Firma ein, nachdem er eine Drechslerlehre und ein Ingenieursstudium erfolgreich absolviert hatte. Er übernahm 1957 die Werkstattleitung und konnte, als der Betrieb 1972 zwangsverstaatlicht wurde, diesen unter dem Namen „VEB Werk-Kunst Grünhainichen“ als Betriebsdirektor weiterführen. Immerhin blieben die Buchstaben „W“ und „K“ erhalten.

Verstaatlichte DDR-Engel

Auch in dieser Ära passten Engel nicht grade ins politische Konzept, dennoch waren sie ein lukrativer Devisenbringer. So gingen über 90 Prozent der Herstellung in den Export. Der Massenproduktion konnte sich der Betrieb entgegenstellen und so seine Qualität erhalten.

Grete Wendt verließ ihre geliebte Firma mit dem Tag der Verstaatlichung und verstarb 1979 im Alter von 92 Jahren. Ihre Schwägerin Oly Wendt blieb bis ins hohe Alter von 87 Jahren in der Manufaktur. So konnte sie auch noch die Reprivatisierung am 1. Juli 1990 erleben, als Hans Wendt mit der Firma „Wendt & Kühn KG“ neu begann. 1997 übernahm Sohn Tobias den Staffstab, um von 2002 bis 2010 den Traditionsbetrieb zu leiten.

Heute liegen Wohl und Wehe des erfolgreichen Unternehmens mit seinen 175 Mitarbeitern in den Händen der Geschwister Claudia und Florian. Zum Firmensitz gehört nach wie vor das Fachwerkhaus, das Grete Wendt einst erwarb. Im ebenso berühmten Ort Seiffen gibt es seit einigen Jahren auf 250 Quadratmetern eine „Wendt & Kühn“-Verkaufsgalerie, in der Besucher in die Welt der zauberhaften Figuren eintauchen können.

Die Kinder der schwedischen Königin Silvia wuchsen mit weihnachtlichen Spielfiguren aus Grünhainichen auf, ebenso war Albert Schweitzer von dem Engelberg begeistert, sodass er diesen bei sich in Afrika aufgestellt hatte.

Kein Wunder, denn beim Anblick der Engelsfigürchen wird der Betrachter beinahe magisch in deren Bann gezogen. Das liegt auch daran, dass alle von Hand gemacht sind und so ihre ureigenste Seele erhielten. Liebhaber und Sammler weltweit würden dem sicher zustimmen.

BUDDHISTISCHES HEILIGTUM

Eine indische Note vor dem Preußenschloss

„Kontrapunkt zur wilhelminischen Architektur“ – Replik eines indischen Torbaus soll am Humboldt-Forum die Blicke auf sich lenken

Der Naturforscher Alexander von Humboldt ist in der Welt bekanntlich viel herumgekommen, sogar im noch von ihm als „Westindien“ bezeichneten Südamerika war er. Doch bis Indien hat er es nicht geschafft. Dafür schafft es jetzt ein indischer Torbau vor das Humboldt-Forum. Das wiedererrichtete Berliner Stadtschloss, dessen völkerkundliche Museumswelt den Namen der Brüder Alexander und Wilhelm von Humboldt trägt, wird außen auf der Lustgartenseite künftig durch die Replik eines altindischen Tores bereichert: das berühmte Ost-Tor von Sanchi.

Der Torbau in Indien gehört als Teil eines der ältesten und bedeutendsten erhaltenen buddhistischen Heiligtümer zum UNESCO-Welterbe. Ein Gipsabguss des Originaltors war in Berlin ab 1886 im damaligen Königlichen Museum für Völkerkunde zu sehen, eine weitere Kopie aus Kunststein steht seit 1970 vor dem Ethnologischen Museum in Berlin-Dah-

lem. Die Fertigstellung der neuen Replik aus Sandstein für das Humboldt Forum, ist für Ende des Jahres geplant.

Da Sammlungsbestände des Dahlemer ethnologischen Museums und des Museums für Asiatische Kunst ins Humboldt-Forum umgezogen sind, lag es nahe, dort auch das Sanchi-Tor draußen aufzustellen. Ähnlich wie beim Kreuz und der Bibelinschrift auf und an der Schlosskuppel, dürfte auch ein politischer Hintergrund für die Aufstellung ausschlaggebend sein: Das exotische Tor soll die Betonung des Preußentums möglichst abschwächen und, wie es bei der Stiftung Preußischer Kulturbesitz heißt, „einen Kontrapunkt zur wilhelminischen Architektur“ setzen. Dabei hat man wohl übersehen, dass die Schlütersche Schlossfassade lange vor der Zeit Kaiser Wilhelms II. entstanden ist.

Bei der neuen Abformung handelt es sich um eine erstmalig aus Sandstein gefertigte Replik des fast zehn Meter hohen



Steht seit 1970 vor den Dahlemer Museen: Abguss des indischen Sanchi-Tors

und zirka sechs Meter breiten Ost-Tors von Sanchi. Detailfreudige Szenen schmücken die Bildflächen der drei Querbalken und der beiden Pfeiler. Meist sind es Episoden aus dem Leben des Buddha. Buddhistische Symbole, Darstellungen von erotisch anmutenden Glücksgenien, aber auch wunderschöne Tierdarstellungen. Elefanten, Löwen oder Pfauen rahmen die Bilderzählungen in festlicher Fülle ein. Ein figürliches Buddha-Bild wird man hier dennoch vergeblich suchen. Denn der Buddha wurde damals durch Symbole im Bild vertreten wie durch einen Thron unter einem Baum oder durch Fußabdrücke.

Der originale Torbau im indischen Bundesstaat Madhya Pradesh dient bis heute als einer von vier Eingängen des „Großen Stupa“, eines von drei großen Stupas der Stätte von Sanchi, das eines der ältesten erhaltenen buddhistischen Heiligtümer ist. Ein Stupa ist ein halbkugelförmiger, gebauter „Hügel“, in dessen

Innerem als segensreich betrachtete Reliquien und Reliquiare buddhistischer Heiliger aufbewahrt werden. Der „Große Stupa“ von Sanchi geht in seinen ältesten Teilen auf die Zeit König Ashokas zurück.

Die neue Kopie – aus massivem Main sandstein aus Röttbach in leicht rötlicher Färbung dem Original nun noch ähnlicher – wurde dank der alten, im Depot der Staatlichen Museen zu Berlin noch erhaltenen Gipsformen möglich. Diese wurden zunächst digital abgescannt. Die eigentliche bildhauerische Bearbeitung hingegen erfolgt nach wie vor von Hand. Einen ersten Eindruck von den kunstfertigen, filigranen Arbeiten werden sich Passanten Ende des Jahres bilden können, wenn die Arbeiten abgeschlossen sein werden.

Begleitend zum rekonstruierten Tor wird ein bronzenes Modell der „Großen Stupa“ von Sanchi aufgestellt, das die Rekonstruktion erklärt und die Gesamtanlage verständlich macht. H. Tews

● FÜR SIE GELESEN

Erlebnis auf dem Wasser

Schon ein flüchtiger Blick auf die Karte der Republik Polen überzeugt: Es ist ein vom Wasser geprägtes Land. Dieses Prädikat ist nicht nur der langen Ostseeküste geschuldet, sondern besonders den weiten Seenplatten in Ostpommern und Masuren sowie zahlreichen Flüssen und Kanälen, die man großenteils ohne Massenansturm befahren kann – ob per Kajak, Hausboot oder Kreuzfahrtschiff. Die Angebotspalette ist breit und nicht so teuer wie andernorts in Europa.

Seit Jahren bereist der Schifffahrts- und Reisejournalist Peer Schmidt-Walther das Land, bevorzugt auf Wasserwegen. Das hat den Stralsunder dazu inspiriert, diesen Erfahrungsschatz auch anderen interessierten Menschen anzubieten. „Polen auf dem Wasser erleben“ ist kein Reiseführer, sondern vielmehr eine Sammlung von selbsterlebten Geschichten und Reportagen, die zum Nachmachen anregen.

„Dieses Buch war für mich eine Überraschung. Polen als ‚Wasserland‘ zu beschreiben, wäre mir vorher nicht in den Sinn gekommen“, schreibt der ostpreußische Schriftsteller Arno Surminski in seinem Vorwort.

Schmidt-Walther hat sich bei zahlreichen Reisen in dieses ‚Wasserland‘ vertieft und eine Leidenschaft dafür entwickelt. Es lohnt sich, ihn zu begleiten.“

Christian Rödel



Peer Schmidt-Walther: „Polen auf dem Wasser erleben. Unterwegs mit Hausboot, Kreuzfahrtschiff, Segelboot, Kajak und Co.“, Motorbuch

Verlag, Stuttgart 2022, Flexcover, 208 Seiten, 19,95 Euro

Bernd Stelter über das Altern

Bernd Stelter, der als Berufskomiker bekannt geworden ist durch die Sendung „7 Tage, 7 Köpfe“, hat im Alter von 61 Jahren ein Buch mit dem Titel „Wer älter wird, braucht Spaß am Leben“ geschrieben, in dem er seine Ansichten über das letzte Drittel unserer Lebenszeit beleuchtet. Nach einer ermüdenden und langen Einleitung entwickelt sich die Biografie doch noch zu einer interessanten Lektüre. Stelter schreibt darüber, was uns länger fit und vor allem auch zufrieden und glücklich hält, indem man nicht ungesund und verbittert jeden Tag nur auf der Couch sitzt und Knabbersachen in sich hineinwirft.

Mit lustigen Kommentaren macht Stelter einen Selbstversuch mit Fitnessuhr, täglich 10.000 Schritten zu gehen sowie neuen Interessen und Besprechungen mit anerkannten Forschern über ein zufriedenes Leben. Das Buch ist besonders für Senioren gut geeignet, da es eine Anleitung bietet, zufriedener und aktiver zu werden, denn auch das letzte Drittel unseres Lebens sollte lebenswert und wertvoll sein. Angela Selke



Bernd Stelter: „Wer älter wird, braucht Spaß am Leben“, Lübbe Verlag, Köln 2022, gebunden, 221 Seiten, 20 Euro

TECHNIK-GESCHICHTE



Es klappert die Mühle

Wie Wind und Wasser in der Vergangenheit genutzt wurden, um Rohstoffe in Nahrungsmittel zu verwandeln

FOTO: PA

In Sagen und Volksliedern sind Mühlen sehr präsent. Doch über die Zeiten sind nur noch wenige der vorindustriellen Technikwunder erhalten geblieben wie die Gran-der-Mühle (Foto) in Kuddewörde. Einen informativen

Einblick in die Geschichte, die Architektur und Funktionsweise verschiedener Mühlen liefert das Buch „Wind- und Wassermühlen“, das neben Referaten einer Vortragsreihe Fotos noch erhaltener Modelle enthält. MRK

Oliver Auge/Carsten Walczok: „Wind- und Wassermühlen in den Kreisen Stormarn und Herzogtum Lauenburg“, Husum Verlag, Husum 2022, broschiert, 127 Seiten, 14,95 Euro

ZEITGESCHICHTE

Weiße Flecken in der Erinnerung

Die Osteuropahistorikerinnen Franziska Davies und Katja Makhotina haben mit ihren Studenten Orte von Kriegsverbrechen in Osteuropa aufgesucht

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Die Osteuropahistorikerinnen Franziska Davies und Katja Makhotina suchten 2015 bis 2017 gemeinsam mit ihren Studenten in Polen, der Ukraine, Weißrussland, Litauen und Russland Erinnerungs-orte und Gedenkstätten an die Kriegsverbrechen der Nationalsozialisten auf. Orte, an denen während des Zweiten Weltkriegs Wehrmacht, SS und Einsatzgruppen der Polizei, oft mit lokalen Helfern, gemordet haben: Warschau, Baby Jar in der Ukraine, Minsk und das Vernichtungslager Malyj Trostenez in Weißrussland, Chatyn, Pirćipiś und Korjukiwan, Stalingrad, Leningrad, das „Wilner Ghetto“, Belzec und Majdanek.

Mit ihrem Reportageband „Offene Wunden Osteuropas. Reisen zu den Erinnerungsorten des Zweiten Weltkriegs“ sind die Autorinnen ihrem Anspruch, blinde Flecken in der deutschen Erinnerungskultur im Hinblick auf Osteuropa auszu-leuchten sowie Konflikte um die Erinnerungskulturen in den ostmitteleuropäischen Ländern greifbar zu machen, vollauf gerecht geworden.

Der wichtigste Beitrag hierzu sind die erschütternden schriftlichen Selbstzeugnisse von Menschen, die den grausigen Geschehnissen entronnen sind. Die Gewalt gegen die Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten Osteuropas setzte sich auch nach dem Ende der Kriegshandlungen und nach der Ermordung eines Großteils der jüdischen Bevölkerung fort.

Hierzulande ist der Blick auf die deutschen Opfer der Vernichtung jüdischer Menschen gerichtet. Doch waren die meisten Opfer des Holocaust sowjetische und polnische Juden, betonen Davies und Makhotina. Zurückzuführen sei diese Wissens-lücke auf mangelnde Kenntnisse von den Geschehnissen des Zweiten Weltkriegs im weitgehend unbekanntem Osten Europas.

In der vielschichtigen Darstellung werden auch die „problematischen Aspekte“ der oftmals komplexen lokalen Zusammenhänge in Polen, Litauen, Russland und der Ukraine angesprochen, insbesondere die Kooperation der lokalen Bevölkerung bei der Ermordung der Juden.

Die Einleitung und der Epilog zu den zehn Essays wurden erst nach dem russischen Angriff auf die Ukraine geschrieben. Putins imperialer Machtanspruch und sein Krieg gegen die Ukraine unter dem Vorwand einer notwendigen „Anti-Nazi-Operation“ verurteilen die Autorinnen als Beispiel eines extrem verzerrten nationalen Diskurses: Geschichte werde mit dem Rückgriff auf das totalitäre System der Sowjetunion missbraucht.

Franziska Davies/Katja Makhotina: „Offene Wunden Osteuropas. Reisen zu den Erinnerungsorten des Zweiten Weltkriegs“, Verlag wgb Theiss, Darmstadt 2022, Taschenbuch, 288 Seiten, 28 Euro



INTERNET

Warnung vor Torwächtern

Alicia Joe und Sabine Winkler klären in ihrem Buch „Falsche Vorbilder“ über die Gefahren für Kinder und Jugendlichen durch soziale Netzwerke auf

VON SILVIA FRIEDRICH

Bei allen Vorteilen, die das Internet bietet, sind leider auch Nebenwirkungen nicht auszuschließen. Die Autorin Alicia Joe ist selbst auf einem YouTube-Kanal im Netz aktiv und kennt sich in der Social-Media-Welt bestens aus. Zusammen mit der Journalistin Sabine Winkler versucht sie in dem Buch „Falsche Vorbilder. Wie Influencer uns und unsere Kinder manipulieren“, den dunklen Seiten der im Netz aktiven „Beeinflusser“ auf die Schliche zu kommen.

Ältere Menschen werden, so ihnen dieses Buch in die Hände fällt, schon beim Lesen des zweiten Kapitels an den Untergang des Abendlandes denken. Dort wird von Jugendlichen berichtet, die durch Videokanäle im Internet dazu animiert wurden, Waschtabs zu essen oder sich bis zur Ohnmacht selbst zu würgen und sich dabei zu filmen, mit am Ende katastrophalen Gesundheitsschäden. Auch wenn einem allein diese Vorstellungen das blanke Entsetzen ins Gesicht schreiben, dürfen wir die Augen nicht davor verschließen, dass sich die Welt mit dem Internet massiv geändert hat. Eine Welt ohne Internet ist nicht mehr vorstellbar und Millionen Menschen jedes Alters sind tagtäglich stundenlang auf verschiedenen Kanälen unterwegs, informieren sich, posten selbst Dinge, ohne zu ahnen, wie sehr sie von den „Machern“ diverser Kanäle beeinflusst werden können.

In alten Zeiten wollten junge Menschen Lokomotivführer, Tischler oder Kapitän werden. Heute hört man sehr häufig von 16- bis 29-Jährigen, dass sie eine „Influencer“-Karriere anstreben. Laut Wikipedia sind das Menschen, die seit den 2000er Jahren „ihre starke Präsenz und ihr Ansehen in sozialen Netzwerken nutzen, um Produkte oder Lebensstile zu bewerben“. Einige von ihnen sind enorm erfolgreich und durch ihre Millionen Follower auch finanziell gut gepolstert.

Wie man im Netz berühmt wird und Geld verdient, erklärt die Autorin, die im Internet mit kritischen Videos über Netzphänomene begeistert, im ersten Abschnitt des Buchs. In sieben Kapiteln erfährt man vieles über die dunklen Seiten von Social Media und wie man sich davor schützen kann, wie Familien-Blogger ihre eigenen Kinder massiv gefährden, warum Influencer die Menschheit uniformieren, wieso man sich von völlig fremden Personen beeinflussen lässt und dass Influencer, nach Ansicht der Autorinnen, die modernen Torwächter sind, die dafür sorgen, wie wir die Welt wahrnehmen und gestalten sollten.



Alicia Joe/Sabine Winkler: „Falsche Vorbilder. Wie Influencer uns und unsere Kinder manipulieren“, Yes im mvv-Verlag, München 2022, gebunden, 288 Seiten, 19,99 Euro

PRIVATE GEDENKTAFELN

Jeder kann denken, was er will

Heinrich Wilhelm Ahrens erinnerte mit Tafeln an seinem Haus in Bremen an die deutschen Ostgebiete – Rückblick zum 20. Todestag

VON HEINRICH LOHMANN

Als Finnland nach dem Zweiten Weltkrieg endgültig auf den größten Teil Kareliens vor allem nordwestlich des Ladogasees verzichten musste, verloren mehr als 400.000 Finnen und Karelier ihre Heimat. Sie wollten nicht unter der kommunistischen Diktatur leben und flüchteten daher ins Innere des Landes, wo sie von der finnischen Mehrheitsgesellschaft mit großer Empathie aufgenommen wurden.

Die Trauer um den kulturellen Verlust, den Finnland durch die Abspaltung Kareliens erlitten hatte, bewegte und bewegt das gesamte Land bis heute. Unter dem Motto „Wir sind alle Karelier“ wurden in mehreren Orten des Landes volkskundliche und kriegshistorische Museen eingerichtet. Sie erinnern an die historischen Ereignisse und die Kultur der Karelier und sind in ganz Finnland überaus anerkannt.

In Deutschland findet sich eine solche Solidarität der westdeutschen Bevölkerung mit den Vertriebenen aus Ostdeutschland und ihrer Kultur eher selten. Der vom NS-Regime herbeigeführte Zweite Weltkrieg und der Holocaust an den Juden werden von vielen Menschen im Zusammenhang mit diesen Verlusten gesehen. Sie erschweren das differenzierende Empfinden dieses von den Vertriebenen erlittenen Unrechts und verhindern so das Trauern um die kulturellen Verluste.

Umrisstafeln des geteilten Landes

Eine Ausnahme bildete der im Jahre 1903 geborene Versicherungskaufmann Heinrich Wilhelm Ahrens, ein Bremer Kaufmann in 13. Generation. Er hatte den Zweiten Weltkrieg von Beginn an mitmachen müssen und war im Juni 1944 in sowjetische Kriegsgefangenschaft geraten. 1954 zurückgekehrt, baute er sein Unternehmen wieder auf und errichtete auf seinem Grundstück in sehr zentraler Lage, unmittelbar an der Böttcherstraße, auch das im Krieg zerstörte Geschäftshaus wieder neu.

Das Gebäude verzierte er 1970 mit Umrisstafeln in den Formen des mehrfach geteilten Deutschlands. Diese Tafeln enthalten unzweideutige historische Aussagen, die dem offiziellen Bremen offenbar unangenehm sind. Sie werden in keinem Reiseführer erwähnt und auch die Bremer Medien vermeiden es, ihre Existenz in irgendeiner Form zu nennen.



Erinnerung an die verlorenen Ostgebiete: Haus in der Bremer Martinistraße

Foto: Lohmann

1993 recherchierte ich die Entstehungsgeschichte mehrerer bremischer Erinnerungszeichen an die Vertreibung und die ostdeutschen Heimatgebiete der Vertriebenen, um darüber einen Beitrag im 1994 erschienenen Jahresheft der Landsmannschaft Ostpreußen, „Ostpreußen in Bremen 1993“ zu veröffentlichen. In diesem Zusammenhang wandte ich mich auch an Heinrich Wilhelm Ahrens und fragte ihn nach den Hintergründen der Entstehung der Tafeln an seinem Haus an der Martinistraße, einer Hauptverkehrsstraße in Bremens Altstadt.

Ich erhielt den folgenden Antwortbrief: „Die Deutschland-Tafeln am Hause Martinistraße 27/Kirchenstraße 3 in Bremen: Als die Franzosen 1871 nach dem verlorenen Krieg und der Gründung des Deutschen Reichs Elsaß und Lothringen an Deutschland zurückgeben mußten, errichteten sie in Paris zur Erinnerung daran die bekannte schöne Marmorgruppe zweier junger Mädchen in der National-

tracht der beiden Länder. Diesem Beispiel bin ich gefolgt, als ich 1970 an der Nordseite des Hauses durch den aus Elbing stammenden Bildhauer Mrosowsky aus englischem Schiefer die Deutschland-Tafeln gestalten und anbringen ließ. Ich wollte damit den abgetrennten, seit 800 Jahren deutschen Ländern Ostpreußen, Pommern und Schlesien, immerhin ein Viertel des alten Reichsgebiets, ein Denkmal setzen und die Unnatürlichkeit und Unerträglichkeit der Spaltung Deutschlands zum Ausdruck bringen.

Die Schaffung eines solchen Denkmals erschien mir umso notwendiger, als offensichtlich wohl amtliche Stellen, wie auch die Medien, die Schulen und Parteifunktionäre in dem Bemühen wetteiferten, das Deutsche dieser drei Länder immer mehr vergessen zu lassen.

Mit den Tafeln sollte nicht nur ein Denkmal für diese drei Länder gesetzt werden, sondern auch für die Menschen, die darin seit vielen hundert Jahren gelebt

und zum Teil große Leistungen vollbracht haben. Ihrer sollte gedacht werden, der Vertriebenen und der Heimatberaubten und der dabei Getöteten.

Erinnern an Gemeinsamkeiten

Die große historische und kulturelle Gemeinsamkeit wird durch die in weißer Farbe auf dem grauen Schiefer markierten symbolischen Bilder betont: Die Marienburg als Kern des deutschen Ostens, das Stralsunder Tor, das Breslauer Rathaus, das Brandenburger Tor, die Wartburg als Ursprung der alle vereinigenden deutschen Hochsprache durch Luther, der Bremer Schlüssel, der Aachener Kaiserdom in Erinnerung an Karl den Großen, als erstem Europäer und gemeinsamen Kaiser der Deutschen und Franzosen, und die Münchener Frauenkirche.

Die einzigen drei Worte, ‚keyn unglück ewigk‘ sind der Fahnenspruch des ältesten Brandenburg-Preussischen Regiments des Obersten Hildebrandt von Kracht, [...]

Daß an diesem alten Fahnenspruch etwas Wahres ist, hat sich inzwischen erwiesen. Die Wiedervereinigung vom 3. Oktober 1990 war ein großartiger Anlaß für eine Ergänzung der Tafeln, indem um die beiden wiedervereinigten Teile Deutschlands ein Ring aus einem glänzenden Spezialstahl gelegt und aus dem gleichen Material das historische Datum eingefügt wurde.

Kein Verbot im Gesetz verankert

Unvermeidlich war dabei der Nachteil, daß die außerhalb dieses Stahlrings verbliebenen Tafeln für Ostpreußen, Pommern und Schlesien nunmehr optisch verloren. Um dieses auszugleichen und den jetzt besonders wichtigen verbleibenden Erinnerungswert auszugleichen, habe ich unter Verzicht auf die Nutzung als lukrative Reklamefläche auf der Westseite des Hauses in 70 cm großen aus dem gleichen Spezialstahl gefertigten Buchstaben die Worte Ostpreußen, Pommern und Schlesien angebracht. Das zuständige Ortsamt, das zunächst von der für die Genehmigung der Anbringung zuständigen Behörde befragt werden mußte, hatte das Projekt mit der Begründung abgelehnt, es sei revanchistisch und geeignet, polnische Gefühle zu verletzen. Die Behörde mußte die Anbringung trotzdem genehmigen, weil es leider in Deutschland kein Gesetz gäbe, wonach es verboten ist, die drei Worte Ostpreußen, Pommern und Schlesien in deutscher Sprache auszusprechen, oder, wenn es einem Spaß macht, an die Wände des eigenen Hauses zu schreiben. Jetzt stehen sie da, ohne jeden Zusatz, und jeder, der sie liest, kann sich dabei denken, was er will.“

Ahrens setzte sich zeitlebens mit großem Engagement für die deutsch-russische Verständigung ein. Er wurde 99 Jahre alt und starb am 5. Dezember 2002 in Bremen.

Die Deutschland-Tafeln an seinem Haus werden von seinen Erben bis heute in seinem Sinne erhalten. Die Umrisstafeln daran können heutzutage allerdings nur unter Inkaufnahme eines ungünstigen Blickwinkels besichtigt und fotografiert werden. Die Baubehörde genehmigte vor wenigen Jahren den Neubau des Atlantic Grand Hotels in der unmittelbaren Nachbarschaft mit einem sehr geringen Abstand zum Ahrens-Haus.

TANNENBERG-DENKMAL

Die kleine Geschichte eines großen Monumentes

Jürgen Ehmann legt ein neues Buch zum Tannenberg-Denkmal vor, herausgegeben von der Kreisgemeinschaft Osterode Ostpreußen

Wer heute am Rand der mit Sträuchern überwucherten Mulde steht, wo einst das Tannenberg-Denkmal stand, braucht viel Fantasie, um sich vorstellen zu können, was hier einmal war. Jürgen Ehmann hat in jahrelanger historischer Fleißarbeit alles auffindbare Wissen zusammengetragen, um die kurze Geschichte dieses bedeutenden Monuments zu dokumentieren.

Das Denkmal war „groß“ im Sinne von „bedeutend“. Unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg kam unter den Ostpreußen der Wunsch auf, der Dankbarkeit für die Rettung ihrer Provinz durch ein Denkmal Ausdruck zu verleihen und gleichzeitig denjenigen, die in der Tannenberg-Schlacht ihr Leben verloren hatten, einen würdigen Erinnerungsort zu schaffen. Dieses Anliegen fand in ganz Deutschland viel Zustimmung. Über die Ästhetik des

Monuments mag sich jeder selbst seine Meinung bilden.

Die Geschichte des Denkmals ist „klein“ im Sinne von „kurz“. Dieses wuchtige, an eine mittelalterliche Burg erinnernde Bauwerk stand nicht einmal 18 Jahre. Denn schon wenige Jahre nach seiner Einweihung traten die Nationalsozialisten die Herrschaft über Deutschland und damit auch über das Tannenberg-Denkmal an. Geschickt verstanden sie es, den Mythos von Tannenberg und die große Beliebtheit Hindenburgs für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Im Sinne eines historischen Determinismus konstruierten sie eine Kontinuität, wo keine war. Aus heutiger Perspektive ist die Verlogenheit des Regimes hinter Hitlers theatralischen Auftritten im Denkmal leicht zu durchschauen.

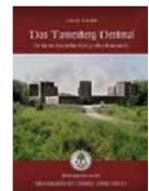
Das Erstlingswerk von Jürgen Ehmann richtet sich weniger an eine kunsthistorisch oder architektonisch interessierte Leserschaft. Vielmehr erzählt der Autor prägnant und lebendig die Geschichte des Denkmals, die bereits unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg beginnt und mit dem Untergang Ostpreußens endet. Dabei beschränkt er sich auf das Wesentliche, sodass sein Buch lediglich 88 Seiten umfasst. Ins Detail geht er nur dann, wenn es die Sache erfordert. So versucht er am Ende mit geradezu kriminalistischem Elan aufzuklären, wie die Hindenburgsärge in den Wirren des Frühjahres 1945 in den Westen gelangten, und in welchem Zustand das Denkmal am und nach dem Ende des Krieges war. Der Text wird durch zahlreiche, bislang weitgehend unbekannte Fotos illustriert.

In einem einleitenden Kapitel informiert der Historiker Uwe Dempwolff umfassend und gut verständlich über die Schlacht bei Tannenberg. Diese Darstellung wird durch eine Lagekarte veranschaulicht, sodass die militärischen Bewegungen nachvollziehbar und verständlich werden.

Nur wenige Wochen vor dem Zweiten Weltkrieg fiel in dem Denkmal der Satz: „Nach Tannenberg gehen, heißt deutsche Geschichte begreifen!“ Dieser Satz gilt – wengleich in einem ganz anderen Sinne als vom damaligen Redner gemeint – auch heute noch. Wer das Wissen über die kurze Geschichte dieses bedeutenden Denkmals hat, spürt, dass die mit Sträuchern überwucherte Mulde ein Ort ist, an dem sich Geschichte verdichtet. Ohne die unvoreingenommene Erinnerung an die Vergangen-

heit ist es nicht möglich, eine Zukunft zu gestalten, in der die Menschen in Frieden zusammenleben. Mögen wir Nachgeborenen aus der Geschichte dieses Denkmals die richtigen Lehren ziehen.

Burghard Gieseler



Jürgen Ehmann: „Das Tannenberg-Denkmal. Die kleine Geschichte eines großen Monuments“, Kreisgemeinschaft Osterode Ostpreußen (Hrsg.), Leer 2022, 88 Seiten,

Hardcover, 14,90 Euro zzgl. Versandkosten, erhältlich über: Kreisgemeinschaft Osterode Ostpreußen, Bergstraße 10, 37520 Osterode am Harz, E-Mail: Tannenberg-Denkmal@web.de

● AUFGESCHNAPPT

Die fatale Wirtschafts- und Energiepolitik der Bundesregierung, die noch immer von einem Großteil der Wähler mitgetragen wird, ist vor allem für kleinere Betriebe unmittelbar existenzbedrohend. Zu vernünftigem Protest ruft jetzt der Zentralverband des Deutschen Bäckerhandwerks auf. Im Rahmen der Aktion „#Alarmstufe_Brot“ sollen sich die Bäcker „an Politik und Kunden“ wenden. Der Verband hilft mit Plakaten sowie „Social Media Vorlagen“ und regt an: „Schreiben Sie Ihren Landtags- und Bundestagsabgeordneten und schildern Ihre Probleme. Laden Sie Politiker ein in Ihre Backstube.“ Andere Handwerker sprechen mehr Klartext. So meint ein Heizungs- und Sanitärbetrieb aus dem Vogtland per Firmenfahrzeug-Aufschrift: „Jagt die Grünen aus dem Land, tut es für den Mittelstand!“ Und ein privater Anbieter von Brennholz versieht seine Anzeige mit dem Zusatz: „Kein Verkauf an Grünwähler. Euch ist nicht kalt, euch ist nur nicht mehr so warm wie im Sommer!“

E.L.



DER WOCHENRÜCKBLICK

Zufall? Na ja!

Wie ein Debakel dem anderen folgt, und wieso das alles so furchtbar zielstrebig aussieht

VON HANS HECKEL

Angesichts der immer längeren Liste von Fehlleistungen ihrer Regierung fragt sich eine wachsende Zahl von Deutschen: Sind das alles bloß Missgeschicke und unglückliche Zufälle – oder machen die das mit Absicht (falsch)? Absicht zu vermuten, fühlt sich allerdings unangenehm düster an. Daher sträubt sich etwas in uns. Andererseits sprechen mittlerweile selbst führende Wirtschaftsvertreter von einer „mutwillig“ herbeigeführten De-Industrialisierung Deutschlands durch die Ampelpolitik.

Und tatsächlich: Wer es aus dieser Warte betrachtet, dem wird manches erklärbar, was als großes Rätsel erscheinen musste, solange man den Regierenden nur guten Willen unterstellt hat. Nehmen wir mal das neue Lieferkettengesetz, das kommenden Januar in Kraft tritt.

Was hat Deutschland reich gemacht? Unsere Industrie und ihre Exportstärke. Was die deutsche Wirtschaft von der anderer großer Industrienationen abhebt, ist hier vor allem ein Mittelstand, der auf den Märkten weltweit präsent ist und zahllose „Hidden Champions“ hervorgebracht hat. So nennt man Firmen, die – obwohl ziemlich klein – es geschafft haben, in ihrem Segment zur Weltspitze aufzusteigen.

Dieser besonderen deutschen Stärke rückt das Lieferkettengesetz ab Januar zu Leibe. Es verpflichtet die Betriebe, die Arbeitsbedingungen und die Einhaltung von Umweltstandards bei ihren ausländischen Zulieferern penibel zu überprüfen. Erst trifft es Firmen mit mehr als 3000 Beschäftigten, ein Jahr später mit mehr als 1000, und ab 2025 bekommen „Geschädigte“ überall auf der Welt die Möglichkeit, Entschädigung bei den deutschen Unternehmen einzuklagen.

NGOs scharren schon mit den Hufen, um auf breiter Front gegen die deutschen Betriebe zu klagen, eine gewaltige Bürokratie von „Lieferkettenzertifizierer“ wird entstehen, welche den Firmen die Unbedenklichkeit ihrer Lieferanten bestätigt – es wird Milliarden kosten, was unsere durch Lockdown, Sanktionsfolgen und explodierende Energiekosten ohnehin gebeutelte Wirtschaft noch einmal tiefer unter Wasser drücken wird. Zumal die Unsicherheit stetiger Begleiter der deutschen Unternehmen bleiben wird, denn welcher Mittelständler hat schon die Mittel und den

Apparat, seine sämtlichen Zulieferer rund um die Welt ständig zu kontrollieren?

Kenner der Materie erwarten daher, dass sich viele der deutschen „Hidden Champions“ dann lieber aus dem Weltmarkt zurückziehen und das Feld der Konkurrenz internationaler Großkonzerne überlassen. Damit wäre diese starke Stütze unserer Ökonomie gefällt. Alles nur aus Versehen? Oder aus Inkompetenz? Schon eher sehen wir hier wohl eine sehr „kompetente“, sehr wirksame Abrißbirne am Wirken, geschwungen von Leuten, denen die „deutsche Wirtschaft“ immer schon als kapitalistisch-neokolonialistische Pestbude erschien, die es endlich auszuräumen gilt.

Ganz zufällig ließen die Regierenden vergangenen Sommer auch noch das Abkommen mit der Industrie über den kontrollierten „Lastabwurf“ bei Energiemangel einfach auslaufen, ohne eine Nachfolgeregelung zu erlassen. „Lastabwurf“ (auch „Brownout“ genannt) heißt: Wenn Energie knapp wird, werden einzelne Betriebe kurzzeitig vom Netz genommen, das aber nach Absprache und vorheriger Information. Da es diese 2013 getroffene und im Sommer 2022 ausgelaufene Regelung nun nicht mehr gibt, droht den Unternehmen ein unangekündigter, plötzlicher Stromausfall, der berüchtigte „Blackout“.

Missgeschick? Wer's glaubt ...

Hier war übrigens die EU sehr hilfreich, welche die deutsche „Brownout“-Regelung als Wettbewerbsverzerrung geißelte. Aber Berlin hätte ja einen anderen, Brüssel-konformen Modus zum Lastabwurf finden können. Stattdessen tat man einfach – nichts. Und das, als längst unübersehbar war, dass wir diesen Winter in ernste Energieprobleme geraten dürften. Missgeschick? Wer's glaubt ...

Da reimte denn ein heller Geist nach dem Japan-Debakel der deutschen Mannschaft bei der Fußball-WM in Katar recht treffend: „So siegt das Land der aufgehenden Sonne über das Land der ausgehenden Lichter.“

Übrigens trifft der durch die Hand der Politik abermals wahrscheinlicher gewordene ungeordnete, plötzliche Blackout natürlich auch die Privathaushalte, die nunmehr ohne jede Vorwarnung vom Netz genommen werden könnten. Aber die Haushalte können sich ohnehin auf was gefasst machen, wenn es nach den „Klimaschutzzielen“ der Bundesregierung geht. Bis 2030 und 2045 müssen sie demnach weitere drei Billionen (3000 Milli-

arden) Euro für Wärmedämmung hinblättern. Der Kostendurchschnitt liegt laut der Beratungsgesellschaft EY bei rund 1000 Euro pro Quadratmeter Grundfläche. Gut, aber dafür tut man ja auch etwas für den „Klimaschutz“ und rettet damit den Planeten, oder?

Nun ja, bislang deutet eher wenig darauf hin, genauer gesagt: Es spricht überhaupt nichts dafür. Schon von 2010 bis 2018 sind 342 Milliarden Euro für die energetische Modernisierung deutscher Immobilien ausgegeben worden. Resultat: 2010 hatten die Deutschen 130 Kilowattstunden Wärmeenergie pro Jahr und Quadratmeter verbraucht. Und 2018, ganze 342 Milliarden Euro für Wärmedämmung später? Sie glauben es nicht: Ebenfalls 130 Kilowattstunden. Sagt sowohl das Bundeswirtschaftsministerium wie auch das regierungsnahe Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Was hat das Ganze dann gebracht? Der Dämmstoffbranche eine Menge. Und die Politik kann immerhin verkünden, dass sie mit ihrer Dämm-Offensive „ein Signal für mehr Klimaschutz“ gesetzt habe. Das war's aber auch schon.

Was aus solchen „Signalen“ werden kann, hat die Bundeswehr hautnah erlebt. Seit dem „Zeitenwende“-Signal des Bundeskanzlers von Ende Februar hat die Kampfkraft der Truppe nicht etwa zugenommen wie großspurig versprochen. Der Verfall der Verteidigung ging stattdessen sogar munter weiter. Nun erreicht uns die Meldung, dass unsere Streitkräfte nur noch Munition für zwei Tage Krieg hätten. Anders gerechnet: In den Depots liegt nur so viel, wie Russen und Ukrainer zusammen an einem einzigen Tag abfeuern.

Aus diesen Beispielen kann man nur einen Schluss ziehen: Wehe dem, dem diese Bundesregierung ihre Aufmerksamkeit schenkt, sofern er nicht zu den bekannten besonders gehätschelten Gruppen zählt. Alle anderen müssen sich auf ein gezielt herbeigeführtes Fiasko einstellen.

Immerhin liegt in dieser düsteren Gewissheit auch etwas Beständiges. Zudem beantwortet diese Gewissheit die eingangs gestellte Frage aufs Gründlichste. Denn so viel Missgeschick, so viel Inkompetenz ist kaum noch zu glauben. Hier sind Köpfe am Werk, die wissen, was sie tun. Oder meinen Sie, dass Scholz oder Habeck dem widersprechen wollen? Schon Merkel ließ einst durchblicken: „Ich habe einen Plan.“ Die genannten Herren scheinen auch einen zu verfolgen. Viel Glück uns allen!

„So siegt das Land der aufgehenden Sonne über das Land der ausgehenden Lichter“



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

● STIMMEN ZUR ZEIT

Otmar Issing, 1998 bis 2006 Chefökonom der EZB und „Architekt des Euro“, äußert gegenüber dem „Focus“ (25. November) große Sorgen über die Zukunft der Euro-Zone:

„Zusammenwachsen in Stabilität kann ich befürworten. Ein Zusammenwachsen in eine Schuldenunion aber gewiss nicht. Sehr häufig wird unter dem Mantel ‚Wir brauchen mehr Gemeinsamkeit‘ allerdings genau das verstanden. Wenn man gemeinsam hohe Schulden macht, Reformen verschläft und nicht daran arbeitet, Wirtschaftswachstum zu erzeugen, dann ist das eine Gemeinsamkeit, die unweigerlich ins Chaos führt.“

Der US-Regisseur David Zucker („Die nackte Kanone“) sagte laut „Spiegel“ (19. November) auf die Frage, ob man Komödien wie die „Kanone“ heute, unter dem Eindruck von „Wokeness“, noch drehen könne:

„Nur ohne die Witze.“

Nach dem marokkanischen Gewaltexzess in Brüssel und in weiteren Städten der Beneluxstaaten infolge des WM-Fußballspiels Marokko-Belgien lenkt Max Roland auf dem Portal „pleiticker.de“ (28. November) den Blick auf die Einwanderungspolitik:

„Europas Migrationspolitik, die Idee von ‚Multikulti‘ und einer postnationalen Einwanderungsgesellschaft als tragfähiges Zukunftsmodell der europäischen Gesellschaften, ist gescheitert. Wie absurd wirken da die Pläne der Ampel-Koalition und der Innenministerin Nancy Faeser, Einbürgerungen zu vereinfachen und schneller durchzuführen! Hilft ein Pass dabei, solche Krawalle zu vermeiden? Natürlich nicht. Denn Integration ist nicht von einem Stück Papier abhängig.“

Henryk M. Broder sieht in den Ausschreitungen eine eindeutige Botschaft, wie er auf „achgut.de“ (28. November) schreibt:

„Was in Belgien und Holland passierte, war keine Feier, die ein wenig aus dem Ruder lief, es war eine Demonstration der Macht. Die Botschaft der ‚marokkanischen Fans‘ war klar wie der Himmel über dem Rif-Gebirge: Wir haben euch geschlagen, wir können und wir werden es wieder tun, nicht nur auf dem Rasen, sondern auch in den Straßen eurer Städte. Wir sind nicht gekommen, um mit euch zu spielen, wir sind gekommen, um euch zu besiegen.“

Michael Klonovsky ahnt in seinem Online-Tagebuch „Acta diurna“ (27. November), warum Einbürgerung noch mehr erleichtert werden soll:

„Nanny Faesers Einbürgerungsinitiative dient nicht zuletzt oder sogar vor allem dem Zweck, Negativstatistiken zu verschleiern. Wir erleben ja schon seit längerem, dass Hinweise auf die Eigenart krimineller Delikte und die Herkunft der Täter in der Öffentlichkeit stärker stigmatisiert werden als die Taten selbst.“

● WORT DER WOCHE

„Mit Habecks Planwirtschaft verschwindet nicht die Energiekrise aus Deutschland, sondern der Wohlstand.“

Dorothea Siems in der „Welt“ vom 25. November über die erratische, ideologietriebene Politik des Bundeswirtschaftsministers